

DIETER KLEIN

EINE ZWEITE GROSSE TRANSFORMATION UND DIE LINKE

Die jüngste Gesellschaftskrise, die mit dem Abklingen der Finanzkrise und der Überwindung der Weltwirtschaftskrise keineswegs beendet sein wird, könnte als Beginn eines fundamentalen Einschnitts in die globale Entwicklung verstanden werden. Auf die historische Agenda gerät nach der Großen Transformation, die Karl Polanyi in seinem Werk «The Great Transformation» analysierte, nicht weniger als eine zweite Große Transformation, die alle Sphären des gesellschaftlichen Lebens auf der Erde umwälzen wird.

Die erste Große Transformation umfasste den Übergang vom Feudalismus, von der kleinen Warenproduktion, der Subsistenzwirtschaft und anderen vorkapitalistischen Formen zur kapitalistischen Warenproduktion.¹ Im Ergebnis dieses Prozesses von mehr als 300 Jahren (Kossok, 1988: 42) dominiert der Profit die Wirtschaft und die Gesellschaft, ist die Wirtschaft nicht mehr in die Gesellschaft eingebettet, sondern ist diese der Wirtschaft unterworfen. Die Natur ist der Kapitalverwertung einverleibt, als sei sie grenzenlos verfügbar und als könnten die ökologischen Gleichgewichte beliebig und folgenlos dem kapitalistischen Wachstum geopfert werden.

1. TRANSFORMATIONSDISKURS 1989 UND HEUTE

Der neoliberale Kapitalismus der letzten Jahrzehnte hat diese Entwicklung auf die Spitze getrieben, bis sie in die gegenwärtige Krise einmündete. Diese hat eine historische Scheidewegssituation konstituiert. Alle gesellschaftlichen Kräfte sehen sich gezwungen, ihre Antwort darauf zu suchen, welchen Weg sie künftig gehen wollen. Bereits die Deutung einer Krisensituation stellt Weichen für die Art und Richtung ihrer Bearbeitung. Wer die Deutungshoheit gewinnt, wird vorerst die Reaktionen auf die Krise im eigenen Interesse bestimmen. Wer die Deutung verliert, ist bereits dabei, in den Kämpfen um das Danach zu verlieren.

Mehr als zwanzig Jahre nach dem Fall der Berliner Mauer liegt es nahe, unter diesem Gesichtspunkt auf den Herbst 1989 und die folgenden Jahre zurückzuschauen. In den Umbrüchen der Geschichte entsteht stets ein unschätzbare Vorrat an Erkenntnissen und Erfahrungen, ob durch Siege oder Niederlagen. Sie sind lebendig zu machen für die Aufgaben der Gegenwart. Walter Benjamin schrieb: «Die jeweils Lebenden erblicken sich im Mittag der Geschichte. Sie sind gehalten, der Vergangenheit ein Mahl zu rüsten. Der Historiker ist der Herold, welcher die Abgeschiedenen zu Tische lädt.» (Benjamin, 1984: 155)

Die Herausforderungen des Herbstes '89 wurden von den Machteliten des Westens als Aufgabe «nachholender Modernisierung» (Zapf 1992) oder «nachholender Revolution» (Habermas, 1990) im Osten Deutschlands und Europas gedeutet.

Wolf Lepenies' Befund lautete: «Die politische Klasse der alten Bundesrepublik hat, mit wenigen Ausnahmen, aus der Vereinigung und ihren Folgen ein Festival der Selbstbestätigung gemacht.» (Lepenies, 1992: 31) Sie konnte sich dabei auf das mehrheitliche Interesse der Ostdeutschen stützen, schnell an den Freiheiten und dem Wohlstand teilzuhaben, die das westdeutsche Modell versprach. Die deutsche Einheit vollzog sich als nahezu totale Ausweitung der Strukturen der alten Bundesrepublik auf Ostdeutschland, als Transfer von Institutionen, Eliten und Ressourcen von West nach Ost.

Der Mainstream der Sozialwissenschaften begleitete den Übergang vom Staatssozialismus zum Kapitalismus in einer großen Welle der durch Drittmittel reichlich geförderten Transformationsforschung. 1999 resümierte Professor Wolfgang Merkel vom Wissenschaftszentrum Berlin in seinem Buch «Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung» mit dem Anspruch, deren internationalen state of the art zusammen zu fassen, was der Inhalt von Transformationsprozessen in unserer Epoche sei: «der Übergang von einem Ordnungssystem zu einem grundsätzlich anderen System. Dies umfasst den Übergang von Diktaturen zu Demokratien, der Plan- und Kommando- zur Marktwirtschaft sowie den Wandel von geschlossenen zu offenen Gesellschaften.» (Merkel, 1999: 15) Außerhalb des Denkhorizonts der etablierten scientific community blieb die Perspektive einer Transformation von repräsentativen zu partizipativen Demokratien, von profitorientierter Marktwirtschaft zu einer solidarischen Mischwirtschaft mit starkem gesellschaftlichem Eigentum und sozialökologischer Rahmensetzung für den Markt, von offenen Gesellschaften, deren Offenheit in Wahrheit durch den sozialen Ausschluss großer Teile der Erdbevölkerung eine Fiktion ist, zu tatsächlich offenen Gesellschaften sozial gleicher Teilhabe aller Erdenbürgerinnen und -bürger an den elementarsten Bedingungen eines selbstbestimmten Lebens. Die Eigentums-, Verfügungs- und Machtverhältnisse der OECD-Welt wurden nicht in Frage gestellt. Ulrich Beck brachte den Kern des herrschenden Transformationskonzepts auf den Punkt: «Marktwirtschaft und keine Widerworte!»

Dies beruhte auf einer einäugigen Auffassung der tatsächlichen historischen Herausforderungen gegen Ende des 20. Jahrhunderts. Der Staatssozialismus war an den Defiziten seiner Grundstrukturen gescheitert. Seine Überwindung war schon längst dringliches Gebot. Aber seit den siebziger Jahren befand sich auch der bis dahin sozialstaatlich regulierte Kapitalismus auf einem zunehmend konfliktären neoliberalen Pfad

¹ Rolf Reißig entwickelte mit Bezug auf Polanyis Analyse der ersten Großen Transformation für die Umwälzungen des 21. Jahrhunderts den Begriff der «zweiten Großen Transformation» (Reißig, 2009)

Hochtechnologische Umwälzungen und die Globalisierung hatten ebenso Reichtumszuwächse mit zuvor nicht gekannten Chancen wie Großgefahren für die menschliche Zivilisation hervorgebracht. Seit dem Militärputsch in Chile 1973 wurde dort die Durchsetzung der marktradikalen Wirtschaftstheorie Milton Friedmans praktiziert. Besonders in den USA und in Großbritannien war der Abbau des Sozialstaats längst im Gange und schritt auch in Deutschland schon voran, ehe er später in Gestalt der Agenda 2010 einen entscheidenden Schub erhielt. Der Bericht «The Limits to the Growth» an den Club of Rome hatte schon längst spektakulär auf die Gefährdung der natürlichen Existenzbedingungen der Menschheit durch profitorientiertes Wachstum verwiesen. Für die Entwicklungsländer waren die 80er Jahre ein verlorenes Jahrzehnt. Deshalb wurde am Institut für interdisziplinäre Zivilisationsforschung der Humboldt-Universität, das aus dem reformkritischen Projekt «Moderner Sozialismus» hervorgegangen war², das Konzept einer doppelten Modernisierung (Klein 1990; Klein 1991) entwickelt. Einer Transformation im Westen nach zwei Jahrzehnten neoliberal geprägter Entwicklung zu einer gerechten, solidarischen Gesellschaft und einer Transformation im Osten, der sich die Evolutionspotenziale moderner bürgerlicher Gesellschaften anzueignen, sich aber mit den eigenen Erfahrungen in einen gesamteuropäischen Transformationsprozess mit der Perspektive der Überwindung des Kapitalismus einzubringen hätte. Natürlich widersprachen die realen Kräfteverhältnisse einer solchen Transformation. Aber zu fragen ist mit Blick auf die heutigen Herausforderungen für antizipatorisches Denken, ob dies verantwortlich Denkende und zumal Intellektuelle legitimiert, realitätsbezogene Zukunftsvorstellungen gegen die Akklamation für eine Politik auszutauschen, die an den wirklich großen Fragen unserer Zeit vorbeigeht.

Transformationsdenken als Herausforderung der Intellektuellen

Max Weber hatte über solchen Konflikt geschrieben: «Selbstverständlich aber ist nun ferner ... für den Einzelnen ein stets erneut auftauchendes Problem, ob er die Hoffnung auf Realisierbarkeit seiner praktischen Wertungen aufzugeben habe angesichts seiner Erkenntnis des Bestehens einer eindeutigen Entwicklungstendenz, welche die Durchsetzung des von ihm Erstrebtens ... derart unwahrscheinlich macht, dass seine Arbeit daran, an der Chance des Erfolgs bewertet, als sterile «Donquixoterie» erscheinen müsste» (Weber 1988: 513).

Für diesen Fall erwog Weber, dass die Menschen unter solchem Druck zur Preisgabe ihrer Ideale neigen und stellte – überaus aktuell – fest: «In Deutschland glaubt man dies mit dem Namen «Realpolitik» schmücken zu dürfen. Es ist jedenfalls nicht einzusehen, warum gerade die Vertreter einer ... Wissenschaft das Bedürfnis fühlen sollten, dies noch zu unterstützen, indem sie sich als Beifallssalve der jeweiligen «Entwicklungstendenz» konstituieren» (ebenda). «Die spezifische Funktion der Wissenschaft scheint mir gerade umgekehrt: Dass ihr das konventionell Selbstverständliche zum Problem wird.» (ebenda: 502)

Die Verdrängung von Alternativen im Westen 1989 und danach begünstigte eine zunehmend marktradikale Entwicklung des Kapitalismus und eine Entfaltung des Finanzmarktkapitalismus, bis dies in die jüngste Finanz- und Weltwirtschaftskrise hineinführte. Zusammen mit der fortschrei-

tenden Schädigung der Biosphäre, vor allem der Gefährdung der Klimastabilität und der Reduzierung der Artenvielfalt, mit dem Andauern von Armut, Hunger, akuten Ernährungskrisen und millionenfachem Tod durch «an sich» längst mit Erfolg behandelbare Krankheiten in den Entwicklungsländern, mit Kriegen und mit der Erosion der in vielen Erdregionen gerade erst neu aufkeimenden Demokratie ist eine Gesellschaftskrise heraufgezogen, die die gesamte Zivilisation betrifft.

Die FAZ vom 22.10.2008 schrieb zu dieser Krise:

«Die Lage war derart verzweifelt, dass alleiniges Vertrauen in die Selbstheilungskräfte des Marktes sehr wahrscheinlich in eine Katastrophe geführt hätte.» Der damalige Finanzminister Peer Steinbrück fasste das Gefühl in den inneren Zirkeln der Macht zusammen: *«Da haben wir alle in einen Abgrund geblickt.»* (Der Spiegel, 29.9.2008)

Dringlich: ein alternatives Gesellschaftsprojekt

Die europäische Linke präsentierte in der Krise eine Vielzahl richtiger Forderungen zur Bändigung der Finanzmärkte, zum Schutz der Bürgerinnen und Bürger vor der Abwälzung der sozialen Krisenfolgen auf sie und zur Stabilisierung der Wirtschaft durch Zukunftsinvestitionsprogramme in Bildung, Gesundheit, Infrastrukturen und Umwelt. Aber in Deutschland und auch in anderen Ländern hat die Linke auf die öffentlich diskutierte Krise des Neoliberalismus nicht mit dem Aufrufen eines alternativen Gesellschaftsprojekts geantwortet. Sie hat nicht vermocht, in die öffentliche Suche nach Antworten auf die Krise Konturen einer zukunftsfähigen gerechten Gesellschaft einzubringen. So als ließe sich eine linke Gesellschaftsalternative auf die Summe einzelner Forderungen und Projekte reduzieren. In Zeiten tiefer Erschütterung der kapitalistischen Regulationsweise, der Delegitimierung der Machteliten, des offenen Zutagetretens der Inkonsistenz und Untauglichkeit herrschender Politik hätte eine linke radikale Realpolitik den Legitimationsverlust der herrschenden Politik nutzen und die Unausweichlichkeit einer emanzipatorischen Alternative in das öffentliche Bewusstsein heben müssen – ohne allerdings auch nur im Geringsten auf praktische Maßnahmen und Reformschritte im unmittelbaren Interesse der von der Krise schuldlos Betroffenen zu verzichten. Aber eine solche grundsätzliche Antwort bleibt die Linke bisher schuldig oder kann sie zumindest nicht vernehmbar in den öffentlichen Diskurs einbringen. Sie handelt in Europa schon seit der zweiten Hälfte der 90er Jahre aus einer Situation der Schwäche heraus. Doch die Zeit ist gekommen, an die Adresse der Herrschenden zu erklären: Eure vom Kapitalismus bestimmte Transformation hat keine Zukunft. Die kommende Große Transformation wird eine emanzipatorische, soziale, ökologische und feministische sein.

² Das Institut wurde durch Jürgen Habermas, Cornelius Castoriades, Günter Gaus und andere seiner Gäste zur Verwirklichung seines eigenständigen Entwicklungskonzepts ermuntert, von Jürgen Kocker positiv bewertet – und als nicht passfähig zu den Wissensschaftsstrukturen der alten Bundesrepublik nach anderthalb Jahren aufgelöst. (Brie, Michael/Klein, Dieter, 1992: 235 ff.)

Für eine mittlere Perspektive ist zunächst im günstigsten Fall weitreichender Verschiebung der Kräfteverhältnisse nach links eine Überwindung der neoliberalen Phase des Kapitalismus zu erwarten, jedoch nicht ein unmittelbarer Übergang zu einer sozialistischen Gesellschaft, sondern eine *ökosoziale ReformAlternative* im Rahmen des Kapitalismus. Eine solche progressive Transformation des Kapitalismus in großen Teilen Europas könnte allerdings einer entschieden gestärkten Linken Raum für die demokratische Durchsetzung von sozialistischen Elementen und Tendenzen eröffnen. Ein Einstieg in die Große Transformation des 21. Jahrhunderts würde Gestalt annehmen.

Ihr Inhalt wird auf lange Sicht die Überwindung des Kapitalismus durch eine solidarische, gerechte und nachhaltige Gesellschaft sein. Ihre Akteure werden sowohl das Scheitern des Staatssozialismus als auch die Grenzen des Kapitalismus verarbeiten. Sie wird vielleicht viele Namen tragen. Die moderne Linke wird sie demokratischer Sozialismus nennen. Gegen solche eindeutige Aussage stehen viele Einwände. Der stärkste Einwand ist der Verweis auf die Schwäche der Linken, die eher Abwehrkämpfe als weitreichende Perspektiven nahelegt. Vielen erscheint der Begriff Sozialismus durch die Praxis des Staatssozialismus diskreditiert. Andere haben das Bedenken, dass Sozialismus als bloße Utopie vorbei an den gegenwärtigen Sorgen und Aufgaben missverstanden wird. Wieder andere fürchten, dass programmatische Debatten um konsistente linke Identitäten die Linke noch weiter auseinandertreiben könnten. Sie halten für das Wichtigste eine noch nie gekannte Bereitschaft zu Kooperation und Kommunikation zwischen den ganz verschiedenen Strömungen und Akteuren der Linken. Susann Georges' Aufforderung, «to think big» gerade in der Krise, verhält allzu leicht in den Kämpfen zur Abwehr der schlimmsten Krisenfolgen.

2. FÜNF MÖGLICHE ZUKÜNFTEN

1989 hat es die deutsche und europäische Linke nicht vermocht, eine Transformationsperspektive auch für den Westen zur Geltung zu bringen. In der gegenwärtigen Scheidewegkonstellation sollte sie daraus die Lehren ziehen. Denn es zeichnen sich gegensätzliche Varianten möglicher Zukünfte ab. In den nächsten zehn Jahren oder länger werden die Elemente unterschiedlicher Gesellschaftsprojekte neben- und gegeneinander existieren, bis die Kämpfe zwischen ihnen für eine nächste Phase entschieden sein werden (Institut für Gesellschaftsanalyse, 1/2009; Candeias, 2009). Fünf Entwicklungswege zeichnen sich ab:

«Ich habe diese beiden Alternativen als den «Geist von Davos» und den «Geist von Porto Alegre» bezeichnet. ... Wichtig ist es, die möglichen organisatorischen Strategien auf den beiden Seiten dieses entscheidenden Kampfes zu sehen – eines Kampfes, der auf die eine oder andere Weise ... bis etwa 2050 nicht entschieden sein wird.» (Immanuel Wallerstein, 2010: 12)

■ *Variante I:* Ein neoliberales Weiter so. Es ist hier nicht näher zu beschreiben. Aus der Erfahrung in mehr als drei Jahrzehnten ist bekannt, was dieses Weiter so bedeutet (Candeias, 2009; Klein, 2008). «Dass es so weiter geht, ist die Katastrophe.» (Walter Benjamin, 1984: 151)

■ *Variante II:* Ein Mix von neoliberalen Grundtendenzen und staatlichen Interventionen zu deren Rettung. Er ist das Resultat einer deutlichen Schwächung des Marktradikalismus in der jüngsten Krise. Das Ergebnis dieses Mix könnte das Paradoxon eines neoliberal-staatsinterventionistischen Kapitalismus und eine instabile zeitweilige Stabilität sein. Die halbherzigen Schritte zur Regulierung des internationalen Finanzsystems und zur Bearbeitung des Klimawandels bei ungebrochener Macht des stärker als vor der akuten Krise konzentrierten Finanzkapitals deuten darauf hin. Aber immerhin haben die Machteliten mit Bankenrettungsschirmen, Konjunkturprogrammen und sozialen Absicherungen einen noch tieferen Krisenabsturz abgewendet. Vieles spricht für die Wahrscheinlichkeit der mit der ersten Entwicklung eng verwandten Variante II.

«Die Krise schafft gefährliche unmittelbare Situationen, weil die verschiedenen Bevölkerungsschichten nicht dieselbe Fähigkeit besitzen, sich rasch zu orientieren und sich mit derselben Schnelligkeit zu reorganisieren. Die traditionell führende Klasse, die über ein zahlenmäßig starkes geübtes Personal verfügt, wechselt Menschen und Programme aus und gewinnt die Kontrolle wieder, ... sie bringt womöglich Opfer, setzt sich mit demagogischen Versprechen einer ungewissen Zukunft aus, behält aber die Macht.» (Antonio Gramsci, 1996: Gefängnishefte. Bd. 7: 1578) Sozialdemokratische Formen dieser Variante wurden in Deutschland, Österreich, Italien, England und anderen Ländern abgewählt. In Deutschland steht die Regierungskoalition aus CDU/CSU und FDP für eine rechtszentristische Gestalt des Szenarios II, für den Versuch, den von der FDP repräsentierten Marktradikalismus autoritär-etatistisch auszutarieren (Rilling, 2010: 2).

■ *Variante III:* Postneoliberaler Kapitalismus. Konsequenter als im Rahmen des zweiten Szenarios würden staatliche und zivilgesellschaftliche Interventionen einen Green New Deal vorantreiben. Er könnte mit einem Public New Deal verbunden sein, d. h. als Gegenbewegung zu neoliberaler Privatisierung mit einem Ausbau des Öffentlichen – öffentlicher Güter, öffentlicher Daseinsvorsorge und Infrastruktur, öffentlichen Eigentums und öffentlicher Räume – anknüpfend an einigen Elementen in den gegenwärtigen Konjunkturprogrammen und in teilweiser Anlehnung an skandinavische Erfahrungen. Das Versagen der neoliberalen Regulationsweise bei der Lösung der größten Herausforderungen unseres Jahrhunderts rückt dieses Szenario in den Bereich des Möglichen. Die Schwäche der Linken spricht eher gegen die Wahrscheinlichkeit dieses Entwicklungspfades in absehbarer Zeit. Aber auch in dieser Variante würden kapitalistische Eigentums-, Verfügungs- und Machtverhältnisse die Entfaltung einer neuen Soziallogik immer wieder beschränken. Es würde sich bewegen zwischen dem Rückfall in die Varianten II oder gar I und der Möglichkeit der Öffnung für weitergehende Transformationsprozesse. Im letzteren günstigen Fall für den gesellschaftlichen Fortschritt würde sich ein postneoliberaler Kapitalismus allmählich zu einer ökosozialen ReformAlternative entwickeln.

■ *Variante IV:* Entzivilisierter Kapitalismus. Weniger wahrscheinlich als die Varianten I und II, aber nicht auszuschließen ist, dass eine Eskalation ungelöster Probleme, der Verlust von Fähigkeiten der Eliten zur Governmentalität – des Regierens mit Hilfe von Selbstregierung und Selbstanpassung der Indi-

viduen – und künftige große Krisen von den konservativsten Fraktionen der Herrschenden durch autoritäre Regime, Gewalt, Militarisierung und Rechtsextremismus beantwortet werden könnten. Starke Tendenzen dieser Art wirken bereit heute.

Gegenwärtig zeichnet sich jedoch ab, dass ein modifiziertes Festhalten am neoliberalen Kapitalismus mit Hilfe staatlicher Interventionen, mit sehr begrenzter sozialpolitischer Abfederung und mit grünen Tendenzen Präferenz für die Machteliten in vielen OECD-Ländern gewinnt.

Bürgerlicher Erdrettungsgeist

Aber über die andauernde Profitdominanz, die die Realpolitik bestimmt, legt sich in der medienvermittelten öffentlichen Meinungsbildung ein neues Phänomen. Es besteht in der kulturellen Reaktion der Weitsichtigeren unter den Herrschenden, des engagierten Bürgertums und der kritischen Bildungseliten (Neugebauer, 2007; Brie, 2007: 13 ff.) auf den Schock der Krise. Zu dem noch dominanten Festhalten an neoliberalen Denken tritt mit wachsender medialer Unterstützung ein anschwellender Strom von mehr oder weniger diffusen Bekundungen für eine bessere, gerechtere menschliche Welt, für eine umweltpolitische Wende und eine Welt der Kooperation und Solidarität. Ein bürgerlicher «Erdrettungsgeist» durchweht die Medien (Der Spiegel, Nr. 30/2007).

«Was hat sich eigentlich ereignet? ... Es ist das immer aufs Neue gespielte Stück von menschlicher Torheit, Verblendung und Vermessenheit. Es ist das Stück vom Menschen, der nur allzu geneigt ist, irgendwelchen Trugbildern hinterherzulaufen, vor allem solchen, die ihm Reichtum und Macht vorgaukeln, um am Ende festzustellen, dass sie sich umso weiter entfernen, je näher er sich ihnen wähnt. ... Es ist das Stück vom Fischer und seiner Frau, die immer höher hinaus will, bis sie dort ankommt, wo sie hergekommen ist: in ihrer alten, windschiefen Kiste». «Der Mensch hat sich durch seine Form des Wirtschaftens in Bedrängnis gebracht». «Inzwischen keimt die Hoffnung, dass der Riesentanker der Menschheit seine Richtung zu ändern beginnt». «Immerhin: Offenbar ist eine kritische Schwelle erreicht, lassen sich krisenhafte Erscheinungen nicht länger verdrängen» (Meinhard Miegel, 2010: 13 f., 88, 87 f.).

Darin äußern sich ganz unterschiedliche Interessen, Motivationen, Strategien, geistige Strömungen und individuelle Positionen. Nach den Niederlagen des Wirtschaftsliberalismus wirken Tendenzen zum Wiedererstarken eines Gesinnungs- und Verantwortungsliberalismus und verbinden sich mit dem Aufstieg eines gewachsenen Umweltbewusstseins. Als Gegenreaktion auf die imperiale und arrogante Politik der Bush-Administration gewinnt die von Barack Obama vertretene Idee globaler Kooperation und Kommunikation Gewicht. Der bürgerliche Humanismus wird durch akute Großgefahren herausgefordert und mischt sich mit dem allerdings geschwächten sozialdemokratischen Reformismus, mit der Suche nach neuen, insbesondere grünen Feldern der Kapitalakkumulation und mit der Mobilisierung der dem Kapital eigenen Fähigkeit, Bewegungen und Strömungen von unten aufzunehmen und in seinen Herrschaftsmechanismus zu integrieren.

Vieles spricht dafür, dass das Gesamtergebnis dieser unterschiedlichen Anstöße für eine globale Renaissance des Prinzips Verantwortung (Hans Jonas) eher eine größere Anpassungsfähigkeit der Machteliten sein könnte. Doch dieser neue Trend in der geistig-politischen Arena könnte auch Chancen für transformatorisches Handeln zunächst im Rahmen des Kapitalismus und vielleicht darüber hinaus bergen. Das Resultat wird in starkem Maße von der Entwicklung der Kräfteverhältnisse zwischen den herrschenden Klassen und eines erst in Ansätzen erkennbaren Blocks für eine solidarische nachhaltige Gesellschaft, von der Differenzierung zwischen den Fraktionen der herrschenden Eliten selbst, aber vor allem vom Druck linker Gegenmacht auf sie abhängen. Die Linke sollte sich durch die bereits entbrannten heftigen Kämpfe um die Wege nach der jüngsten Krise und durch die Drohung eines Weiter so aufs Höchste alarmiert sehen. Der überaus ambivalente neue Verantwortungsdiskurs, der Eigentums- und Machtfragen weitgehend ausklammert und eine Sphäre der Unverbindlichkeit zwischen hoffnungsvollem Neubeginn und Neugewandung gegenwärtiger Herrschaftsverhältnisse verbreitet, fordert ebenfalls dazu heraus, dass Die Linke ihren Handschuh in die Arena der geistig-politischen Hegemonialkämpfe wirft. Sie ist zu einer radikalen Realpolitik gefordert. Diese umfasst die weitere konkrete Ausarbeitung ihrer Projektangebote auf allen entscheidenden Politikfeldern, die Arbeit daran in Initiativen, Bewegungen, Parlamenten, Verwaltungen, Unternehmen und Regierungen und das Wirken für Bündnisse, die die Lage der Bürgerinnen und Bürger durch deren eigenes Handeln verbessern können. Linke radikale Realpolitik umfasst aber auch Entwürfe für ein alternatives Gesellschaftsprojekt, dessen Leitideen der Gesamtheit einzelner Politikangebote eine Richtung und ein Ziel geben. Also ist die Herausforderung für die internationale Linke in der noch offenen gegenwärtigen Scheidewegssituation die praktische und theoretisch-konzeptionelle Arbeit an einer fünften Entwicklungsvariante, an ihrem Entwurf für eine gerechte Gesellschaft:

■ *Variante V:* Emanzipatorische Transformation – darzustellen in den kommenden Abschnitten:

3. DIE ZWEITE GROSSE TRANSFORMATION – INHALTE

Zunächst mag der Begriff emanzipatorische Transformation nur als eine umständliche Umschreibung für eine solidarische gerechte Gesellschaft oder für demokratischen Sozialismus erscheinen. In der Tat ist der zu erstrebende Inhalt einer zweiten Großen Transformation zunächst mit diesen oder ähnlichen Begriffen zu kennzeichnen. Doch eine gerechte Gesellschaft oder demokratischen Sozialismus als *transformatorischen Prozess* aufzufassen, macht erheblichen Sinn im Unterschied zu ihrem möglichen Verständnis als *bloße Reformfolge* in sozialdemokratischer Tradition oder als Resultat der *Revolution* nach kommunistischer Lesart.

«Ohne eine Transformationsperspektive, durch die Erfahrungen im Kapitalismus zu handlungsmotivierenden Erwartungen mit sozialistischer Perspektive geraten, verspielt die Linke ihre potenzielle hegemoniale Anziehungskraft.» (Georg Bollenbeck, 2010: 86)

Freiheit, Gleichheit, Solidarität und Frieden

Erstens umschließt eine zweite Große Transformation eine umstürzende Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse zwischen den Menschen, zwischen ihren Klassen und sozialen Gruppen: Eine Gesellschaft der individuellen Freiheit, in der jede und jeder in sozial gleicher Weise an den Bedingungen eines selbstbestimmten Lebens in sozialer Sicherheit und Solidarität teilhaben – das ist der Grundgedanke des demokratischen Sozialismus. Das ist die Leitidee nicht erst für eine künftige Gesellschaft, sondern für den transformatorischen Prozess, der mitten in der bürgerlichen Gesellschaft beginnt und über sie hinausführen wird.

Individuelle Freiheit – genau dies entspricht dem allgegenwärtigen Wunsch der einzelnen, über ihr eigenes Leben selbst zu bestimmen.

«Es gibt im Westen der Welt wohl kaum einen verbreiteteren Wunsch als den, ein eigenes Leben zu führen. Wer heute in Frankreich, Finnland, Polen, der Schweiz, in England, Deutschland, Ungarn, in den USA und Kanada herumreist und fragt, was die Menschen wirklich bewegt, was sie anstreben, wofür sie kämpfen, wo für sie der Spaß aufhört, wenn man es ihnen nehmen will, dann wird er auf Geld, Arbeitsplatz, Macht, Liebe, Gott usw. stoßen, aber mehr und mehr auf die Verheißungen des eigenen Lebens ... Mit nur leichter Übertreibung kann man sagen: Das alltägliche Ringen um das eigene Leben ist zur Kollektiverfahrung der westlichen Welt geworden.» (Beck, 1997: 9)

Sozial gleiche Teilhabe an allen Gütern und Lebensbedingungen, die die Voraussetzung solcher Freiheit sind – genau dies entspricht den Gerechtigkeitsvorstellungen großer Bevölkerungsteile, ist aber durch den profitdominierten Marktmechanismus ausgeschlossen. Bedingungen freier Persönlichkeitsentfaltung sind existenzsichernde sinnvolle Arbeit, Bildung und Kultur, hochwertige Leistungen des Gesundheitswesens und der sozialen Sicherungssysteme, demokratische Beteiligung an gesellschaftlichen Entscheidungen und Umweltgerechtigkeit in einer befriedeten Welt. Die sozial gleiche Teilhabe an diesen Grundgütern für jede und jeden ist die Grundlage individueller Freiheit. Deshalb können diese Güter Freiheitsgüter genannt werden. Immer gilt, dass solche Gerechtigkeit in allen Fragen Geschlechtergerechtigkeit einschließt.

Solidarität ist die Bedingung, um soziale Gleichheit erkämpfen zu können, sie ist die Voraussetzung globaler Kooperation als einer Zentralidee zur Lösung der Menschheitsprobleme des 21. Jahrhunderts (Bahr, 2008: 264). Doch die neoliberale Entfesselung der Weltmarktkonkurrenz und des Überlebenskampfes aller gegen alle steht dazu in scharfem Gegensatz.

Frieden weltweit, das ist der Traum der Menschheit, der im Irak, in Afghanistan, in vielen anderen Ländern täglich verglüht und doch die elementarste Lebensbedingung bleibt.

Zweitens gehört zum Inhalt der kommenden alternativen Transformation Nachhaltigkeit durch sozialökologischen Umbau, d. h. eine Revolution im Verhältnis von Gesellschaft und Natur. Dies ist neben einer gerechten Umwäl-

zung der Verhältnisse zwischen den Menschen der andere große Grundprozess einer künftigen Transformation. Genauer, der Wandel der gesellschaftlichen Produktions- und Lebensweisen muss so erfolgen, dass er den Übergang zu einem neuen Verhalten der Gesellschaft zur Natur einschließt. Gesellschaftliche Verhältnisse müssen in Zukunft stets als gesellschaftliche Naturverhältnisse verstanden werden.

Das erfordert eine fundamentale Erweiterung linker Programmatik und eine neue Zentralität der Umweltpolitik als zentrale Achse linker Politik. Das gilt auch für linke Parteien. DIE LINKE hat auf diesem Überlebensfeld die starke Herausforderung durch die Grünen im deutschen Parteienspektrum noch nicht angenommen. Sie hat dafür jedoch eine strategische und konzeptionelle Chance. Die Grünen verstehen den von ihnen angestrebten Green New Deal als grünen Kapitalismus. Es ist der staatsinterventionistisch modifizierte Markt- und Profitmechanismus, der eine nachhaltige Entwicklung bewirken und orientiert auf grüne Technologien Arbeitsplätze schaffen soll. Die Chance der LINKEN besteht darin, im Unterschied zu den Grünen auf die für einen sozialökologischen Umbau notwendigen Veränderungen der Eigentums-, Verfügungs- und Verteilungsverhältnisse zu drängen, nicht unternehmerische Interessen schlechthin, wohl aber die Profitdominanz in Frage zu stellen, eine Überschätzung marktkonformer Instrumente wie die totale Verpreisung und Zertifizierung der Natur zu vermeiden, aber durchaus marktliche Instrumentarien in politisch gesetzte, demokratisch erarbeitete Ziele und Standards, in Strukturpolitik, Ge- und Verbote einzufügen und konsequent für soziale Gerechtigkeit als Bedingung des ökologischen Strukturwandels zu wirken. Green Democratic Socialism ist eine wirkliche Alternative, vorzustellen als zugleich sozialer und ökologischer Transformationsprozess.

Vom profitbestimmenden Wachstum zu nachhaltiger Entwicklung

Ein zentrales Problem einer sozialökologischen Transformation, das hier nicht näher behandelt wird, weil es den Rahmen der vorliegenden Arbeit sprengen würde und im Übrigen noch nicht genügend Bearbeitung erfahren hat, ist der notwendige Abschied vom bisherigen Wachstum in den Industrieländern und der Übergang zu nachhaltiger Entwicklung (Binswanger, 2006; Bischoff u. a., 2006; Falkinger, 1986; Reuter, 2000; Zinn, 2002; Zinn, 2008). Die der Kapitallogik entsprechende herrschende Politik, aber auch das Konzept eines grünen Kapitalismus setzen auf ein erneuertes Wachstum als entscheidendes Medium für Problemlösungen. Die Linke, vor allem die Gewerkschaften, haben in ihrer gesamten Geschichte stets im Wirtschaftswachstum die bestmögliche Bedingung für Verteilungskämpfe zu ihren Gunsten gesehen. Der Staatssozialismus sollte durch höheres Wachstum den Kapitalismus besiegen. Aber das Wachstum, das in seiner kapitalistischen Gestalt einen nie zuvor gekannten Reichtum hervorgebracht hat, ist zur existenziellen Bedrohung unserer natürlichen Lebensbedingungen geworden.

■ Das Wachstum zerstört die Biosphäre. Bis zum Jahr 2050 muss der Verbrauch von fossilen Energieträgern und anderen wichtigen Rohstoffen im Vergleich zu 1990 auf mindestens 20 Prozent gesenkt werden. Selbst bei einem jährlichen Null-Wachstum würde das eine Steigerung der Materialprodukti-

vität oder Effizienz auf das Fünffache erfordern. Ein Prozent Wirtschaftswachstum würde eine solche Steigerung auf das Achtfache, 2 Prozent Wachstum auf das 13-fache, 2,5 Prozent auf das 17-fache und die in der Lissabon-Strategie für die Europäische Union und auch von McKinsey für Deutschland angepeilte Wachstumsmarke von 3 Prozent sogar eine Erhöhung der Materialproduktivität auf das 22-fache erfordern. Sollte angesichts der in schnellerem als noch vor kurzem angenommenen Tempo verlaufenden Klimaveränderungen eine Senkung des Verbrauchs fossiler Energieträger und anderer Grundressourcen auf 10 Prozent in den Industrieländern unabdingbar werden, wie dies der Generalsekretär der Vereinten Nationen vor dem Kopenhagener Klimagipfel gefordert hat, würde das eine Steigerung der Materialeffizienz auf das 34-fache bis 2050 erfordern (Witt, 1998; Rosa-Luxemburg-Stiftung (Hrsg.), 2000: 124). Das erscheint jedoch trotz aller umwelttechnischen Innovationen ausgeschlossen.

Wachstum frisst die Entlastungen durch die Verbesserung der Ressourceneffizienz wieder auf, wenn die Rate der Effizienzsteigerung nicht bedeutend viel höher als die Rate des Wirtschaftswachstums ist (Rebound-Effekt). Aber die Verbesserung der Materialproduktivität ist nicht grenzenlos und nicht in beliebigem Tempo möglich. Die absolute Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Ressourcenverbrauch stößt auf Grenzen. Deshalb schlussfolgert das Wuppertal Institut für Klima, Umwelt und Energie, wenn auch sehr vorsichtig formuliert: «Eine Gesellschaft, die zukunftsfähig werden will, muss sich mit der Möglichkeit auseinandersetzen, dass schon sie selbst und ebenso die kommenden Generationen mit weniger und schließlich ohne Wirtschaftswachstum auskommen müssen.» (Wuppertal Institut, 2008: 112 f.) Die Scheidewegkonstellation zu Beginn des 21. Jahrhunderts verläuft nicht zuletzt zwischen Zerstörung der Biosphäre durch das Festhalten am profitorientierten Wirtschaftswachstum und Einstieg in eine nachhaltige Entwicklung der Industrieländer ohne herkömmliches Wirtschaftswachstum. Sie erfordert einen demokratischen Prozess öffentlicher Entscheidungen darüber, welche Bereiche der Gesellschaft und welche Wirtschaftsbranchen wachsen, welche zurückgebaut werden müssen, wo Konversionsprozesse einzuleiten sind und wie dies in sozialvertraglicher Weise geschehen soll.

■ Ein radikaler Strukturwandel in der Wirtschaft zugunsten der Herstellung von ressourcensparenden Technologien und umweltverträglichen Produkten würde in riesigen Dimensionen neue Felder der Kapitalakkumulation eröffnen. Ein solcher Schub des ökologischen Umbaus des gesamten Produktionsapparates und der Konsumtionsweisen würde wahrscheinlich in den ersten ein bis zwei Jahrzehnten zu Wachstum im Interesse gesteigerter Ressourcenproduktivität führen, um spätestens danach in den alten Industrieländern in eine Entwicklung ohne Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts zu münden.

Gegen solche Annahmen werden viele Argumente geltend gemacht: dass sich eine innovative Wirtschaft auf Gewinninteressen stützen müsse – also auf Wertzuwachs über vorge-schossene Fonds hinaus und folglich auf Wachstum; dass eine moderne Wirtschaft auf Kredit beruht – also darauf, dass die Gläubiger einen Zins erwarten dürfen, der Wachstum voraus-

setzt; dass Lohnsteigerungen auf Wertzuwachs hinauslaufen – also auf Wachstum. Die Prüfung dieser Argumente wird an anderer Stelle erfolgen.

■ Nicht weniger wichtig als ein enormer Schub der Entwicklung von Effizienztechnologien wird ein Übergang zu einem einschneidenden Wandel der Lebensweisen erfordern. Der materielle Verbrauch der Bessergestellten wird sinken – zugunsten höherer Lebensqualität für alle durch mehr und anspruchsvollere Bildung und Kultur, durch Arbeitszeitverkürzung und sinnvolle Freizeitnutzung sowie solidarische zwischenmenschliche Beziehungen.

■ Materielle Einschränkungen für die Bevölkerungsmehrheit werden durch Umverteilung zu Lasten der Reichen und Superreichen in Grenzen gehalten werden können – vorausgesetzt, dies wird in den zu erwartenden heftigen Verteilungskämpfen erstritten. Bei Andauern der gegenwärtigen Schwäche der Lohnabhängigen werden die Tendenzen zur Wachstumsstagnation hochgradig zu deren Lasten wirken.

«Parteien, die ihren Wählern in Aussicht stellen, den Reichen zu nehmen, um den Armen zu geben, erfreuen sich wachsender Beliebtheit. Allein die Enttäuschung ist unvermeidlich. Denn auch die Reichen sind nicht mehr, was sie einst waren und in den Vorstellungen vieler noch immer sind».
«Der ernüchternde Befund ist: Umverteilung ist nicht der Joker, für den sie oft ausgegeben wird». (Meinhard Miegel, 2010: 176, 179)

■ Die Tiefe der Einschnitte für die Konsumenten wird sich – wiederum entsprechende Kämpfe vorausgesetzt – auch dadurch erheblich begrenzen lassen, dass Reichtumsverluste und solche Formen des Wirtschaftswachstums überwunden werden, die für die meisten Menschen gegenwärtig mit Wohlstandsverlusten identisch sind. Dazu gehören riesige Verluste von bereits Geschaffenem durch Kriege, Umweltzerstörung und Krankheiten. Dazu gehört, dass Reichtum in solchen Formen produziert und bewegt wird, die für die meisten Menschen einen Abzug von dem bedeuten, was sie wirklich brauchen. Das betrifft u. a. Investitionen in Billionenhöhe in Finanzprodukte und Werbung, Rüstungsproduktion, den Umsatz von Hunderten Milliarden im Bereich des organisierten Berufsverbrechens, der Kriminalität und Korruption und Verluste durch die Normalität der Wegwerfgesellschaft (Klein, 2006).

Eine solidarische nachhaltige Gesellschaft der Zukunft in den Industrieländern wird auf einem neuen Entwicklungspfad jenseits der Wachstumsgesellschaft den Schwellen- und Entwicklungsländern Umweltraum für deren Wachstum frei machen und ihnen mit diesem neuen Entwicklungspfad zugleich eine Alternative bieten müssen, um den Weg des Westens mindestens nicht bis zum bitteren Ende nachzuvollziehen.

Dieser Übergang vom herkömmlichen Wachstum zu nachhaltiger Entwicklung birgt tiefste Einschnitte in die Lebensweise jeder und jedes Einzelnen, bedeutet Brüche mit Werten und Alltagsmustern, die seit Jahrhunderten verinnerlicht wurden, verlangt Kulturbrüche und Zeit, die eigentlich nicht mehr zur Verfügung steht. Dieser Übergang wird dem demokratischen Sozialismus Charaktere verleihen, die die Mütter und Väter sozialistischer Visionen noch nicht ahnen konnten und die erst gefunden werden müssen.

Der Profit- und Marktmechanismus vermag eine Einheit von Freiheit und Gleichheit nicht herzustellen. Er produziert das Gegenteil von Solidarität. Er zerstört die natürlichen Reproduktionsbedingungen der Gesellschaft. Das Marktversagen wird daher durch eine zentrale Stellung des Öffentlichen in einer zweiten Großen Transformation beantwortet werden müssen. Anders werden die Millenniumsaufgaben des 21. Jahrhunderts nicht lösbar sein: die Überwindung von Kriegen, Hunger und Elend in der Welt, von Analphabetismus und Statusabhängigkeit der Bildung, von Mangelkrankheiten, ungerechter Teilhabe am Umweltraum und an gesellschaftlichen Entscheidungen. Das bedeutet:

Zentralität des Öffentlichen

Drittens: In der Transformation zu einer zukunftsfähigen Gesellschaft wird das Öffentliche – öffentliche Güter, öffentliche Daseinsvorsorge, öffentliches Eigentum, öffentliche und öffentlich geförderte Beschäftigung, öffentliche Räume und Teilhabe der Öffentlichkeit an Entscheidungen – zur *conditio humana* für individuelle Freiheit.

Es wird zum Medium der Solidarität, weil es Teilhabeberechtigung an elementaren Lebensbedingungen oder Freiheitsgütern wie Bildung, Gesundheit und Mobilität zu bieten vermag. Das Öffentliche wird zum Halt der Einzelnen gegen eine Zukunft der Entsicherung und Ausgrenzung. Nicht zuletzt schließt das Öffentliche den Schutz globaler öffentlicher Güter ein: der Stabilität der Biosphäre und besonders der Klimastabilität, des Friedens und der menschlichen Sicherheit gegen Armut, Hunger und behandelbaren Krankheiten.

Das linke Projekt der Transformation zu einer gerechten Gesellschaft erfordert daher die Rückgewinnung, Stärkung und Gestaltung des Öffentlichen als Klammer zwischen den Einzelnen in der Gesellschaft, zwischen Ich und Wir. Wer individuelle Selbstbestimmung will, muss die Ausweitung und Gestaltung des Öffentlichen wollen. Das Projekt des Neoliberalismus ist die Individualisierung aller gegen alle. Das Projekt der Linken ist die Individualität aller durch Teilhabe am Öffentlichen für alle. Die von allen anderen Bundestagsparteien außer der LINKEN mitgetragene Privatisierungspolitik schließt eine zentrale Stellung des Öffentlichen in ihrer Programmatik und politischen Praxis aus.

Demokratischer Sozialismus ist dagegen ein transformativer Prozess der Veränderung von Eigentums- und Machtverhältnissen, der dem Öffentlichen größtes Gewicht verleiht. Seine ökonomische Grundstruktur könnte durch eine solidarische Mischwirtschaft bestimmt sein, die einen starken öffentlichen Sektor, private Wirtschaft unter strenger Wettbewerbskontrolle und Formen genossenschaftlicher und solidarischer Wirtschaft umfasst. Sie würde sich im Rahmen indikativer Planung, gestaltender Struktur-, Wirtschafts- und Forschungspolitik und wirtschaftsdemokratischer Formen des Einflusses von Belegschaften, Gewerkschaften, VerbraucherInnen, Kommunen und sozialen Bewegungen von der betrieblichen bis zur EU-Ebene entwickeln.

Sowohl die erstrangige Bedeutung der Bereitstellung von Freiheitsgütern für alle als auch im Besonderen die dringliche

Ausweitung öffentlicher Daseinsvorsorge verweisen darauf, dass emanzipatorische Alternativen *tiefgreifende sozialökologische Strukturumwälzungen in der Gesellschaft* umfassen: beispielsweise Veränderungen in den Proportionen zwischen allgemeinen Reproduktionsbedingungen (Bildung, Gesundheit, Kinderbetreuung, Fürsorge für Ältere und gesundheitlich Belastete, Kultur, soziale Sicherungssysteme, Mobilität) und individuellem Konsum, zwischen dem Produktionssektor und dem Dienstleistungssektor; einen Umbruch von einer fossilen zu einer solaren Energiewirtschaft; Rüstungskonversion; Übergang zu umweltverträglichen Lebensweisen; Neutarierung des Verhältnisses zwischen Binnen- und Exportmärkten, zwischen Inlandsverbrauch und solidarischer Unterstützung von Entwicklungsländern.

Viertens: Das geistig-politische Wirken der Linken für einen emanzipatorischen Transformationsprozess hat seinen Bezugspunkt nicht in der bloßen gedanklichen Konstruktion einer schönen neuen Welt. Links sein heißt, dort zu sein, wo an Projekten für ein besseres Leben gearbeitet wird. Das heißt, für die Mobilisierung alternativer Akteure durch eigene Teilnahme an deren Engagement, für deren Vernetzung zu veränderungsmächtigen Bewegungen, Allianzen und Bündnissen in den Kämpfen um bessere Zukünfte zu wirken.

Beschwörungen einer besseren Welt allein reichen nicht aus. Sicher kann die medial wirksame Präsentation von Bildern einer gerechten und solidarischen Gesellschaft zu veränderndem Denken und Handeln beitragen. Aber wenn sie wie beispielsweise die Global Scenario Group im Umfeld des Stockholm Environment Institute in ihrer Studie «Great Transition» (Global Scenario Group, 2003: 14) die Vorstellung suggeriert, der notwendige Wandel sei schon im vollen Gange und die Verantwortlichen für die Krisen in der jüngsten Vergangenheit seien bereits dabei, zu Erdenrettern zu mutieren, enthalten sie auch Tendenzen zur Blockierung der notwendigen Transformationsprozesse. Der realpolitische Kern des Aufbruchs zu einer anderen Gesellschaft ist die Herausbildung eines breiten politischen Blocks der Gegenmacht zu den Herrschenden. Das ist ein Mitte-Unter-Bündnis für eine solidarische und gerechte Gesellschaft.

Ein Zwischenfazit zum Inhalt einer zweiten Großen Transformation kann wie folgt formuliert werden: Der Inhalt der von Karl Polanyi beschriebenen ersten Großen Transformation war der Übergang vom Feudalismus zur kapitalistischen Warengesellschaft und die volle Entfaltung der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaften. Der Inhalt einer zweiten Großen Transformation wird der Übergang zu einer Gesellschaft sein, die die strukturellen Grunddefizite des Kapitalismus überwindet und deshalb gerecht, solidarisch und nachhaltig orientiert ist. Eine solche Gesellschaft wird hier als demokratischer Sozialismus bezeichnet. Er wird beschrieben als Komposition von:

- Freiheit durch Gleichheit und Solidarität,
- sozialökologischem Umbau,
- Verteidigung und Ausweitung des Öffentlichen in einer solidarischen Mischwirtschaft,
- Mobilisierung eines breiten Blocks von Akteuren für eine gerechte Gesellschaft.

Jean François Lyotard hatte Ende der siebziger Jahre als Merkmale der Postmoderne das «Ende der großen Erzählungen» verkündet. Das hinderte den Neoliberalismus jedoch nicht an der Fortsetzung seiner Erzählung von der Lösung der Weltprobleme durch entfesselte Märkte. Linke Alternativen kommen heute in einem vielstimmigen Konzert eigener Standpunkte und Ansätze daher. Eine Herausforderung für die sozialistische Linke ist, ihre eigene große Erzählung vom Sozialismus, die von der Realität des Staatssozialismus gründlich diskreditiert wurde, als Erzählung eines von Grund auf erneuerten demokratischen und libertären Sozialismus so wieder aufzunehmen, dass Anschlüsse zu anderen progressiven Erzählungen und Allianzen mit ihren Trägern hergestellt werden. Dies ist umso dringlicher, als keineswegs sicher ist, dass die neoliberale Erzählung die gegenwärtigen Krise nicht überlebt. Der Verlust ihrer hegemonialen Stellung als Ideologie ist jedoch nicht auszuschließen und wird von vielen als wahrscheinlich angesehen.

Die Erzählung der Linken gibt Antworten auf die einfache Frage «Was brauchen Menschen, um selbstbestimmt leben zu können?» (DIE LINKE.PDS, 2005: 3 ff.) Diese Frage bestimmt den roten Faden linker Programmatik. Sie könnte eine Dauerfrage im öffentlichen Auftritt der Linken samt ihrer Antworten darauf werden. Demokratischer Sozialismus hat – unter der bisher nicht eingelösten Voraussetzung, den vielschichtigen emanzipatorischen Gehalt dieses Begriffs tatsächlich vermitteln zu können! – durchaus das Zeug, eine Gesellschaftsalternative zum Kapitalismus begrifflich auf den Punkt zu bringen und zum Inhalt einer zweiten Großen Transformation zu werden.

4. FÜNF DISKURSRICHTUNGEN ÜBER TRANSFORMATION

Das fordert der Linken allerdings ab, mit Engagement die politisch-geistige Auseinandersetzung um den Inhalt des Begriffs Transformation mit den praktischen Kämpfen um Richtungswechsel in der Politik zu verbinden³. Mindestens fünf Deutungen von Transformation rivalisieren gegenwärtig miteinander und haben Einfluss auf die Richtungen praktischer Politik.

Übergang zu solidarisch-gerechten Gesellschaften, zum demokratischen Sozialismus

Erstens wurde hier als Inhalt einer zweiten Großen Transformation der Übergang zu einer solidarischen, gerechten Gesellschaft oder zum demokratischen Sozialismus dargestellt, der auch als grüner und feministischer Sozialismus verstanden wird.

Übergang zu Demokratie und Marktwirtschaft

Zweitens wird der Begriff Transformation verbreitet in dem von Wolfgang Merkel ausführlich dargestellten Sinn des Übergangs von einem zu einem grundsätzlich anderen Gesellschaftssystem verstanden, für die Gegenwart und Zukunft jedoch per saldo zu bürgerlichen Demokratien mit kapitalistischen Grundstrukturen. In den 90er Jahren des letzten Jahrhunderts überlagerte die Auffassung, dass Transformation in unserer Epoche der Übergang vom Staatssozialismus und anderen autoritären Systemen zu bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaften sei, alle anderen Deutungen von Transformation. Diese Sicht hatte ihre ironische Pointe. Die marxistisch-leninistische teleologische Interpretation der Epoche als gesetzmäßige Überwindung des Kapitalismus durch den Sozi-

alismus/Kommunismus wurde einfach umgedreht und genauso als Ankunft am Ende der Geschichte ohne Alternative verstanden, wie das die kommunistische Lehre für sich beanspruchte.

Diffuse Transformationsvorstellungen

Drittens mischt sich dieses Grundverständnis inzwischen mit einer anderen, höchst diffusen Auffassung von Transformation. Ein typisches Beispiel dafür liefert Jeremy Rifkin in seinem Buch «Die empathische Zivilisation» (Rifkin, 2010). Typisch für diesen Diskurstyp ist auch die Studie «Great Transition. Umbrüche und Übergänge auf dem Weg zu einer planetarischen Gesellschaft» der Global Scenario Group im Umfeld des Stockholm Environment Institute (SEI). Die Grundaussage dieser Gruppe international anerkannter Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler lautet: «Wir befinden uns inmitten eines großen historischen Übergangs, dessen Zukunft noch offen ist, begrenzt und geformt von gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen. In solchen Übergangsphasen, die von Strukturbrüchen, Krisen und Turbulenzen geprägt sind, kann die gesellschaftliche Entwicklung sich in unterschiedliche Pfade gabeln.» (Stockholm Environment Institute, 2003: 7) Die Globalisierung veranlasst die Gruppe zu der Aussage, die Menschheit befindet sich «derzeit mitten in dem dritten Übergang, den wir als planetarische Phase der Zivilisation bezeichnen» (ebenda: 14 f.). Sie folge dem ersten Übergang von der Steinzeit zu den ersten Hochkulturen und dem zweiten Übergang von diesen Hochkulturen zur Moderne im Lauf des letzten Jahrtausends.

Transformation zu einer planetarischen Zivilisation umfasst nach den Vorstellungen der Global Scenario Group den Kampf zwischen *konventionellen Welten* auf richtungskonstanten Pfaden, einer zweiten Möglichkeit des *Verfalls und der Barbarei* und dem *Szenario der Großen Übergänge zu einer neuen Nachhaltigkeit* und neuen Lebensqualitäten.

In emphatischer Sprache werden Solidarität und ökologische Sensibilität als bestimmende Momente eines Prozesses beschworen, der sich im globalen Maßstab bereits vollziehe. Macht-, Eigentums- und Herrschaftsverhältnisse bleiben in diesem Typ eines allgemein-menschlichen Diskurses ausgeblendet. Transformation gerät zum Dachbegriff für die Gesamtheit globaler Veränderungen, sowohl der Gefahren wie der Chancen, verbunden durch die Suggestion einer Hoffnung auf guten Ausgang der offenen Situation. Transformation wird auf diese Weise zum freundlich-unverbindlichen Allerweltsbegriff. Ihr antikapitalistisches Potenzial erfährt eine «diskursive Entsorgung» (Georg Bollenbeck).

Seine Verführungskraft besteht in der vagen Aussicht darauf, dass alles sich irgendwie zum Guten wenden werde. Ein Teil der Machteliten stimmt in diesen Diskurs ein – teils mit der Ahnung von der Notwendigkeit neuer Strategien, teils um sich selbst als hegemoniefähig auch im Umgang mit neuen Problemlagen darzustellen. Eine solche Transformationsauffassung findet zuweilen Anschlüsse auch in solchen linksintellektuellen Kreisen, die eine Kritik kapitalistischer Profitorientierung und der finanzkapitalistischen Eigentums-

³ Rolf Reißig hat in seinem Buch «Gesellschafts-Transformation des 21. Jahrhunderts» Theorien des sozialen Wandels und theoretische Deutungen des Begriffs Transformation dargestellt und in allgemeiner Form Herausforderungen auf dem Weg zu einer «nachhaltigen Solidargesellschaft» herausgearbeitet. Hier geht es mehr um die Herausforderung für die Linke durch eine Transformation im 21. Jahrhundert.

und Machtverhältnisse hinter der Hoffnung auf die Einsicht der politischen Klasse in die Dringlichkeit verantwortungsvollen Handelns zurückstellen.

Grüne Transformation

Viertens zeichnet sich im internationalen Diskurs zunehmend ein Gebrauch des Begriffs Transformation für Prozesse in der Richtung eines Green New Deal ab (Dellheim, 2009): Konzentriert auf die Entwicklung und den Einsatz von Umwelttechnologien verbreitet sich im Sprachgebrauch der EU-Administration «transformation to a low-carbon economy». In Gremien der Vereinten Nationen wird Transformation vielfach als Übergang zu nachhaltiger Entwicklung verstanden. Die Weltversammlung der Vertreter von etwa 60 Wissenschaftsakademien im Mai 2000 erklärte sich als mobilisiert für eine weltweite Transition zu nachhaltiger Entwicklung (www.interacademies.net). Die erste Potsdamer Konferenz von Nobelpreisträgern im Jahr 2007 fasste eine künftige Große Transformation als Realisierung von Kohlenstoffgerechtigkeit und als Nutzung der Atmosphäre auf abgesenktem Niveau der CO₂-Emissionen auf. In ihrem Memorandum wird formuliert: «Wir stehen an einem geschichtlichen Wendepunkt, wo der Bedrohung unseres Planeten nur mit einer Großen Transformation begegnet werden kann. Diese Transformation muss jetzt beginnen.» Die zweite Potsdamer Konferenz 2009 formulierte «Meilensteine der Großen Transformation» und verstand als solche ein effektives und gerechtes globales Abkommen über den Klimawandel, einen energiewirtschaftlichen Strukturwandel zu geringeren CO₂-Emissionen und den Erhalt und die Wiederaufforstung der tropischen Regenwälder.

Die Europäische Kommission begründete 2007 in der Konferenz «Towards a «Post-Carbon Society». European research on economic incentives and social behaviour» ihr Verständnis einer Transformation zu einem kohlenstoffarmen Zeitalter als Modernisierung der Lissabon-Strategie: Wachstum und Spitzenpositionen für die Europäische Union in der Welt durch Entwicklung von Umwelttechnologien und Erschließung von Umweltmärkten! In diesem Transformationsverständnis der Kommission wird die Orientierung auf eine technologisch verstandene Nachhaltigkeit zum genauen Gegenteil von gesellschaftlicher Transformation.

Systeminterne Transformation

Fünftens: Auf einer ganz anderen Ebene des Diskurses wird der Begriff Transformation für den Übergang von einer Entwicklungsstufe oder -phase zu einer anderen innerhalb ein und desselben Gesellschaftssystems gebraucht. Transformationen *im* Kapitalismus fanden statt vom Kapitalismus der freien Konkurrenz zum Monopolkapitalismus, zum sozialstaatlich regulierten Kapitalismus (Fordismus) oder zu autoritär-militaristischen und faschistischen Regimen und zum neoliberalen Kapitalismus schließlich.

Im Kontext der französischen Regulationsschule (Michel Aglietta, Robert Boyer und Alain Lipietz) analysiert, entstehen Transformationen dieser Art innerhalb gegebener Gesellschaftssysteme als Folge von Regulationskrisen, die zu neuen Regulationsweisen und Akkumulationsregimen führen.

In Antonio Gramscis Verständnis gehen sie aus strukturellen oder organischen Krisen hervor, d. h. aus der Verflechtung unterschiedlicher elementarer, nicht schnell vorübergehender Krisen bis zu politischen Krisen im Rahmen des jeweili-

gen Herrschaftsmechanismus, die auch zu Kräfteverschiebungen innerhalb der Macheliten und zu veränderten Herrschaftsstrategien führen.

Beim Studium einer Struktur gilt es indessen, die organischen (relativ dauerhaften) Bewegungen von denen zu unterscheiden, die konjunkturell genannt werden können ... Beim Studium einer historischen Epoche zeigt sich die große Bedeutung dieser Unterscheidung. Es kommt zu einer Krise, die sich manchmal über Jahrzehnte hinzieht. Diese außergewöhnliche Dauer bedeutet, dass sich in der Struktur unheilbare Widersprüche offenbart haben (herangereift sind) und die positiv für die Konservierung und Verteidigung derselben Struktur wirkenden politischen Kräfte trotzdem bemüht sind, sie innerhalb gewisser Grenzen zu heilen und zu überwinden. (Gramsci, 1996: 1556 f.)

Die Geschichte zeigt, dass systeminterne Transformationen sowohl zu politisch und sozial progressiven Veränderungen führen können (etwa zur Herausbildung des sozialstaatlich regulierten Kapitalismus/Fordismus) als auch reaktionär (autoritäre und faschistische Ordnungen) oder durch Auslöschung der Demokratie und Sozialstaatlichkeit gekennzeichnet sein können (neoliberaler Kapitalismus).

Ökosoziale Reform-Alternative

Die jüngste mehrdimensionale Gesellschafts- und Zivilisationskrise markiert erneut eine Regulationskrise oder organische Krise – diesmal die des neoliberalen Kapitalismus. Abermals reift eine Transformation heran. Sie kann herrschaftskonservierende Gestalten gewinnen (Entwicklungsvarianten I, II und IV); sie kann unter der – gegenwärtig noch nicht absehbaren – Voraussetzung erheblicher Stärkung alternativer Kräfte und ihrer Vernetzung zu einem Block von Gegenmächten in eine *emanzipatorische Transformation* münden. Angesichts der Komplexität und Kompliziertheit der ungelösten großen gesellschaftlichen Probleme und ihrer Globalisierung ist es allerdings äußerst unwahrscheinlich, dass in Europa der neoliberale Kapitalismus unmittelbar in eine Große Transformation jenseits des Kapitalismus einmünden wird.

Bei erheblichem Erstarken demokratischer kapitalismuskritischer und antikapitalistischer Kräfte könnte in der Europäischen Union das strategische Ziel der Linken für die nächsten Jahrzehnte eine Transformation zu einem demokratischeren, mehr sozialen, stärker ökologisch orientierten und friedlichen Kapitalismus sein, zu einer «*ökosozialen Reformalternative*» (Hans-Jürgen Urban).

«Demokratisierung unaufhörlich vorantreiben. Die populärste Forderung an den Staat ist die nach «mehr»- mehr Bildung, mehr Gesundheit, mehr lebenslang garantierter Einkommen. Sie ist aber nicht nur populär, sie ist auch unmittelbar nützlich im Leben der Leute.» (Immanuel Wallerstein, 2002: 14)

Noch befindet sich die europäische Linke im Unterschied zu Lateinamerika in einer Situation der Defensive. Es wäre ein großartiger Erfolg, wenn es ihr im Bündnis mit anderen demokratischen Kräften gelänge, eine Transformation über

den neoliberalen Kapitalismus hinaus einzuleiten und voranzutreiben. Das wäre keine Beschränkung allein auf quantitative Veränderungen. Bereits im Rahmen des Kapitalismus ginge es um Wandel zugunsten einer Soziallogik gegen die Kapitallogik.

Gleichwohl erscheint die Orientierung auf Kämpfe für einen «besseren Kapitalismus» einem Teil der Linken als reformistische Zumutung. Das ist jener Teil, der nur in Antagonismen und nicht in Prozessen zu denken vermag.

«Wichtig ist nur, dass wir denn auch zu unserer Zeit stehen und gerade ihren ›Übergangscharakter‹ als das eventuell Große ansehen, ohne jedes Schielen nach den Zeiten der ›Erfüllung‹ (trägerischen Spiegelungen guter alter Zeiten in unseren Köpfen).» (Brecht, 1981: 531)

Für eine moderne Linke gehören zusammen und sind nicht gegeneinander zu setzen: Anerkennung von Zivilisations- und Entwicklungspotenzialen der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaften, Protest und heftigster Widerstand gegen die kapitalistischen, patriarchalen, ethnisch begründeten und anderen Herrschaftsverhältnisse, gestaltende Reformen in den gegebenen Verhältnissen und deren Öffnung für die Überschreitung des Kapitalismus.

Jörg Huffs Schmid hat – ohne dafür den Begriff Transformation zu benutzen – über einen Übergangsprozess in solchem Verständnis schon 1988 geschrieben: «Muss nicht der Übergang als eine Folge evolutionärer Schritte gedacht – und befördert – werden, in deren Verlauf sich die ›Natur‹ des Kapitalismus verändert (oder diese verändert wird) und sich die ›Natur‹ des Sozialismus allmählich herausbildet?» (Huffs Schmid, 1988: 102)

Die Pointe: Doppelte Transformation

Dies könnte zur Pointe linker Strategie werden: dass der Kampf um die postneoliberale Entwicklung eine Transformation im Kapitalismus zu einer progressiven Variante des Kapitalismus (Variante III), zu einer ökosozialen ReformAlternative, mit dem Einstieg in eine zweite Große Transformation *über den Kapitalismus* hinaus verbunden wird (Variante V). Das bedeutete einen *Kurs auf eine doppelte Transformation!*

In die nächste «kleine» Transformation im Kapitalismus zu einer ökosozialen ReformAlternative würden mit deren Entfaltung zunehmend Elemente einer zweiten Großen Transformation hineingeholt werden. Sie bliebe damit eben keine kleine Transformation im Sinne bloßen Gestaltwandels des Kapitalismus – keine nur «systeminterne» Transformation. Transformation *im* Kapitalismus und Transformation *über ihn hinaus* gingen ineinander über.

«In Frankreich, wo doch der Boden seit über hundert Jahren durch Revolution auf Revolution unterwühlt ist ... und wo überhaupt die Umstände für einen insurrektionellen Handstreich weit günstiger liegen als in Deutschland – selbst in Frankreich sehen die Sozialisten mehr und mehr ein, dass für sie kein dauerhafter Sieg möglich ist, es sei denn sie gewinnen vorher die große Masse des Volkes ... Langsame Arbeit

der Propaganda und parlamentarische Tätigkeit sind auch hier als nächste Aufgabe der Partei erkannt.» (Engels, 1963: 523) Der alte Engels war überzeugt, dass das Proletariat «weit entfernt, den Sieg mit einem großen Schlag zu erringen, in hartem, zähem Kampf von Position zu Position langsam vorzudringen muss» (ebenda: 515).

Reißigs Konzept der Gesellschafts-Transformation

Es ist wohl diese Ambivalenz, die auch Rolf Reißig in seinem Buch «Gesellschafts-Transformation im 21. Jahrhundert. Ein neues Konzept sozialen Wandels» bewegt: Der Begriff Gesellschafts-Transformation «muss nicht nur Wandel im System, sondern Wandel des Systems – sowohl was Ursachen, Triebkräfte als auch gesellschaftliche Konsequenzen betrifft – beschreiben. Im Unterschied zum Begriff der ›Revolution‹ muss ein solcher Begriff mehr die Ereignisgeschichte, die Entwicklung des ›Neuen‹ im ›Alten‹, die Kontingenz, die Offenheit des Prozesses, die unterschiedlichsten Formen und den Verzicht auf Mystifizierung und Heilserwartung reflektieren können.» (Reißig, 2009: 33)

Die nach seiner Auffassung seit den siebziger Jahren des letzten Jahrhunderts als Herausforderung virulente, aber noch bevorstehende Gesellschafts-Transformation als «Such- und Leitbegriff ... ; als Struktur- und Entwicklungsmodell; als Theorie-Rahmen, als Paradigma» (Reißig, 2009: 11) werde zu einer «nachhaltigen Solidargesellschaft» führen (ebenda: 12). Reißig erwartet sie als qualitativ grundlegend verschieden von bisherigen Entwicklungsphasen im Rahmen des Kapitalismus. «Bei ›gelingender‹ sozialökologischer und demokratischer Transformation» wären dies einige ihrer Konturen:

- «Herausbildung eines neuen, zukunftsfähigen Typs gesellschaftlicher und kultureller Entwicklung, der durch den Primat einer demokratischen Gesellschaft und deren kulturelle Werte sowie insbesondere durch Nachhaltigkeit, Effizienz und soziale Kohäsion auf der Makroebene und durch Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit und demokratische Partizipation als Basis der individuellen Lebensführung gekennzeichnet ist;
- Entstehung einer Weltgesellschaft auf Grundlage von Nachhaltigkeit, Solidarität und internationaler Sicherheit
- ... gemischte Wirtschafts- und Eigentumsformen» (ebenda: 197).

Rolf Reißig unterscheidet die so charakterisierte Gesellschafts-Transformation von einem Begriff der Transformation als Wandel, Übergang, Wechsel zwischen *Formationstypen* wie Kapitalismus und Sozialismus (ebenda: 39 ff.) und meint zu Prozessen der «Gesellschafts-Transformation»: «Sie dauern im Gegensatz zu klassischen Formationsübergängen nicht Jahrhunderte, sondern zumeist ›nur‹ mehrere Jahrzehnte.» (ebenda: 42) Diese Erwartung bedarf sicher noch der Diskussion. Teils wohl, weil er den Sozialismus-Begriff als diskreditiert ansieht, teils auch – so wird hier vermutet –, weil er mit einem sehr umfassenden kritisch-konstruktiven Bezug auf Theorien des sozialen Wandels in den vorherrschenden bürgerlichen Diskursen bestrebt ist, Anschlüsse zwischen diesen und linken Gesellschaftskonzepten zu zeigen, stellt Reißig in seinem Konzept keinen Bezug zu einem Verständnis des demokratischen Sozialismus als Transformationsprozess her. Dies u. a. unterscheidet die in der vorliegenden Publikation präsentierte Auffassung über eine Große Transformation

des 21. Jahrhunderts begrifflich von Rolf Reißigs Darstellung. Die von ihm skizzierten Charaktere gelingender Transformation stimmen allerdings mit Prozessen überein, die hier als demokratischer Sozialismus verstanden werden. Allerdings werden in dieser Schrift Veränderungen der Eigentums- und Machtverhältnisse weit stärker als von Reißig betont und wird das «Gelingen» der zweiten Großen Transformation eher in fernerer Perspektive erwartet. Als nähere Perspektive gilt dem Autor eine «ökosoziale ReformAlternative», die in eine weiter reichende Transformation hineinführen kann.

5. DIE ZWEITE GROSSE TRANSFORMATION – ILLUSION ODER REALPOLITISCHE PERSPEKTIVE?

Konzeptionelle Logik und politische Realität fallen jedoch oft auseinander. Die Geschichte folgt nicht objektiven Gesetzen ihres Ablaufs – anders als lange Zeit in der marxistisch-leninistischen Theorie angenommen wurde. Wohl trifft Marx' Feststellung zu: «Die Menschen machen ihre eigene Geschichte, aber sie machen sie nicht aus freien Stücken, nicht unter selbst gewählten, sondern unmittelbar vorgefundenen, gegebenen und überlieferten Umständen.» (Marx, 1960, MEW, Bd. 8: 226). Doch aus den gegebenen Umständen folgt nicht mit Notwendigkeit, welche soziale Gruppe oder Klasse, welche Bewegungen und welche Interessen zu dieser oder jener Variante und Richtung historischer Entwicklung führen. Gerade weil im Unterschied zur Wirkung von Naturgesetzen die Menschen mit ihren unterschiedlichen und oft gegensätzlichen Interessen ihre Geschichte selbst machen, ist diese Geschichte offen.

Ist es gleichwohl realistisch, linke Politik auf die Einleitung transformatorischer Prozesse zu einer anderen Gesellschaft zu orientieren? Widerspricht eine solche Politik nicht der oben angedeuteten Wahrscheinlichkeit einer modifizierten, womöglich angegrüneten Fortsetzung des neoliberalen Kapitalismus? Die Gesamtheit der strukturellen Krisen des gegenwärtigen Kapitalismus spricht für die Annahme, dass selbst ein vorläufiges Überwiegen neoliberaler Tendenzen ihre Schwächung durchaus einschließen wird. Die Verlängerung der Verhältnisse, die in die tiefste Krise seit 1929/32 bis 1945 hineingeführt haben, lässt mit Sicherheit die nächsten Krisen erwarten. Deshalb darf eine alternative Strategie, die auf eine zweite Große Transformation zielt, als notwendige und in diesem Sinne realistische Politik, als radikale Realpolitik, angesehen werden.

Erstens gilt dies, weil die jüngste mehrdimensionale Krise nicht zuletzt eine Regulationskrise ist, die wie die Regulationskrisen zuvor eine neue Regulation- und Akkumulationssweise herausfordert.

Zweitens hat diese jüngste Krise anders als andere Krisen nicht zu (relativen) Lösungen der ihr zugrunde liegenden globalen Widersprüche geführt – nicht zu einer neuen Weltfinanzordnung und nicht zu einer Verständigung über die Abwendung einer Klimakatastrophe und die Überwindung des Hungers. Unterschiedliche Großgefahren treten in eine unheilvolle Wechselwirkung, die alternatives Handeln ohne Zeitverzug erfordert. *Drittens* münden die Maßnahmen zur Dämpfung der Krise in so extreme Staatsverschuldung und in solche Überhöhung des globalen Geldumlaufs, dass auch die daraus folgenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten und sozialen Konflikte in den kommenden Jahren gravierende wirtschaftliche und gesellschaftliche Umbrüche unumgänglich machen.

5.1. VIER REGULATIONSKRISEN – AUSGANGSPUNKTE NEUER ENTWICKLUNGSPHASEN

Einen emanzipatorischen Transformationsprozess einleiten zu wollen, kann sich zunächst auf die in Frankreich entwickelte *Regulationstheorie* von Michel Aglietta (Aglietta, 1979), Robert Boyer (Boyer, 1986) und Alain Lipietz (Lipietz, 1985) stützen (Hübner, 1989). Danach unterscheiden sich verschiedene Phasen oder «Formationen» kapitalistischer Entwicklung durch Akkumulationsregime, Regulationsweisen und spezifische Sets von institutionellen Formen voneinander (Hübner: 139 ff.). Große Krisen der Regulationsweise bildeten in der Geschichte des Kapitalismus den Ausgangspunkt neuer Phasen seiner Entwicklung.

Die *erste tiefe Regulationskrise* war in Deutschland die Große Depression 1873 bis 1895. Diese umfasste eine Folge von zyklischer Überproduktionskrise und Stagnationsjahren nach der vorausgegangenen Spekulation der Gründerjahre (Baar, 1980: 60 ff.). Im Verlauf dieser Krise vollzogen sich starke Konzentrationsprozesse des Kapitals und nahm die Zahl der Kartelle und Syndikate stark zu. Die Krise führte zu einem Hinüberwachsen des Konkurrenzkapitalismus in die neue Phase des Monopolkapitalismus. Die Regulationsweise der freien Konkurrenz wurde durch eine von Monopolen bzw. Oligopolen dominierte Konkurrenz abgelöst. Das ökonomische Potenzial der Großunternehmen ermöglichte einen enormen Schub der Produktivkraftentwicklung und des Wirtschaftswachstums. Die Konzentration von Arbeitermassen in den Großbetrieben begünstigte deren Organisiertheit und Erfolge der Gewerkschaften in Kämpfen um höhere Löhne.

Zugleich führte die monopolistische Konkurrenz zu internationaler Expansion, zum Kampf um Außenmärkte, Rohstoffe und Kolonien, zu imperialistischer Politik und zu bewaffneten Konflikten bis zu zwei Weltkriegen.

Die Weltwirtschaftskrise 1929/32 und die ihr in einigen Ländern folgende Depression mündeten in den Zweiten Weltkrieg und in Italien, Japan und anderen Staaten in Faschismus und Militarismus, in Deutschland bis zum Holocaust. Die monopolistische Konkurrenz hatte in die *zweite große Regulationskrise* 1929/32 bis 1945 hineingeführt. Aus dieser Regulationskrise ging wiederum eine neue Phase des Kapitalismus, ein sozialstaatlich regulierter Kapitalismus hervor, auch als Fordismus bezeichnet.

Fordismus: Zuerst in den USA von Henry Ford in seinen Automobilwerken eingeführte Produktionsweise, die in den Jahrzehnten nach dem zweiten Weltkrieg in den Industrieländern kennzeichnend wurde.

Dies geschah in Gestalt des New Deal in den USA, in den skandinavischen Wohlfahrtsstaaten und nach der Zerschlagung der faschistischen und militaristischen Regime in der Nachkriegszeit in allen entwickelten kapitalistischen Industrieländern. Ein starkes Wirtschaftswachstum, ein gleichzeitiges Wachstum von Massenproduktion und Massenkonsumtion, ein Klassen- oder Verteilungskompromiss zwischen Unternehmen und Lohnabhängigen, die volle Herausbildung des Sozialstaates und das Familienmodell des männlichen Familienernährers und der abhängigen, allenfalls etwas hinzuverdienenden Hausfrau waren Hauptmerkmale des Fordismus.

In den siebziger Jahren geriet auch diese Formation des Kapitalismus in eine weitere, *dritte Regulationskrise*. Die Wachstumsraten gingen zurück, die zuvor fast erreichte Vollbeschäftigung schlug in ansteigende Arbeitslosigkeit um. Der Druck auf die Löhne wuchs an. Die Herrschenden kündigten den fordistischen Verteilungskompromiss auf und suchten Auswege aus der Beschränktheit der Binnenmärkte in einer forcierten Globalisierung. Gleichzeitig zeichnete sich der Niedergang des Staatssozialismus ab. Die konservativsten marktradikalen Teile der Machteliten nutzten die entstandene Scheidewegssituation für eine neoliberale «Revolution» von oben. Sie begann 1973 mit dem Militärputsch in Chile und der ihm folgenden schockartigen Umsetzung der marktradialen Theorie Milton Friedmans und seiner Chicagoboyes in praktische Wirtschaftspolitik. Es folgte deren Übernahme auch in Uruguay, durch das Junta-Regime in Brasilien und die blutige Militärdiktatur in Argentinien, ehe Margaret Thatcher und Ronald Reagan die globale Dominanz des neoliberalen Kapitalismus einleiteten (Klein, Naomie, 2007: 107 ff.).

Mit der neuen neoliberalen Phase des Kapitalismus ging abermals ein Schub der Produktivkraftentwicklung einher, insbesondere der Informations- und Kommunikationstechnologien, aber auch der Biotechnologien.

Doch ein Wohlfahrtszuwachs fand nur sehr begrenzt und vorwiegend für die Minderheit der Gesellschaft statt. Im Gegensatz zu den Wohlfahrtseffekten der vorangegangenen fordistischen Phase gehörten eine Ökonomie der Enteignung großer Teile der Lohnabhängigen und sozial Schwächerer sowie zu ihren Lasten eine fortschreitende Privatisierung zuvor öffentlicher Daseinsvorsorge von Beginn an zu den Grundprozessen des neoliberalen Kapitalismus. Seine Dynamik beruhte teils darauf, teils auf der Globalisierung, auf der In-Wert-Setzung neuer Sphären – etwa durch die Patentierung von Genen –, auf der nahezu unbegrenzten Überausbeutung der Natur und auf riesigen Kapitalinvestitionen in den zunehmend von der sogenannten Realwirtschaft abgekoppelten Finanzmärkten.

Das Resultat war die mehrdimensionale Gesellschafts- und Zivilisationskrise gegen Ende der ersten Dekade des neuen Jahrhunderts. Sie ist nicht zuletzt eine – vierte – große *Regulationskrise*, die Krise der weitgehend marktradikalen Regulation. Wie die vorangegangenen Regulationskrisen wird auch sie mit großer Wahrscheinlichkeit in eine neue Phase kapitalistischer Entwicklung einmünden.

Eine Frage von erstrangiger Bedeutung ist, ob diese neue Phase nichts anderes als eine weitere Formation im Rahmen des Kapitalismus sein oder ob sie doppelt bestimmt sein wird: als kapitalistische Phase der Entwicklung und zugleich als eine solche, in der sich der Beginn des Übergangs zu einer anderen Gesellschaft abzeichnet. Die praktische Antwort auf diese Frage kann ausschließlich durch die Formierung eines handlungsmächtigen linken Gegenblocks zum herrschenden Block an der Macht gegeben werden – oder eben durch das Ausbleiben einer umwälzenden Gegenmacht.

Wir können nicht wissen, ob der kommenden Entwicklungsphase abermals eine weitere *im* Kapitalismus folgen wird. Wenn dies aber wahrscheinlich so sein wird: Wird

sie anders als früher Entwicklungsphasen des Kapitalismus zugleich zu einer *Transformation über den Kapitalismus hinaus* führen? Wohl aber können wir auf solche Umstände und Faktoren verweisen, in denen sich Möglichkeiten und Chancen für eine zweite Große Transformation abzeichnen.

5.2 KEINE PROBLEMLÖSUNG DURCH DIE JÜNGSTE KRISE

Gravierende Widersprüche, die den verschiedenen Krisendimensionen gegen Ende der ersten Dekade im neuen Jahrhundert zugrunde liegen, haben durch die jüngste Krise keine oder nur eine extrem brüchige Lösung für kurze Zeit erfahren. Deshalb ist die Suche nach alternativen Wegen geboten, die zu einem Bruch mit den bisherigen Verhältnissen führen.

Finanzkrise und keine Lösungen

Zwar wurden einige Maßnahmen zur Kontrolle und Regulierung der Finanzmärkte beschlossen – in den USA beispielsweise die Einrichtung einer Verbraucherschutzbehörde für den Finanzsektor, die rechtliche Möglichkeit der Bildung mehrerer Unternehmenseinheiten aus einem unlenkbar gewordenen Finanzgiganten und die Vorbereitung eines Sicherungsfonds gegen Bankmalaisen, in den die Banken selbst einzahlen sollen. Auch in Deutschland ist ein solcher Fonds – mit einem lächerlich geringen Umfang – in Vorbereitung.

Auf dem Gipfel der G 20 vom September 2009 in Pittsburgh wurden Möglichkeiten zur Begrenzung der Boni für Manager vereinbart – aus denen jedes einzelne Land allerdings seine eigenen Richtlinien und Gesetze erst ableiten soll.

Nach Ermittlungen des New Yorker Generalstaatsanwaltes Andrew Cuomo haben die neue größten US-Banken 2009 33 Milliarden Dollar für Bonuszahlungen ausgewiesen. Gleichzeitig verbuchten sie Verluste in Höhe von 80 Milliarden Dollar und Stützungen von 175 Milliarden Steuergeldern aus dem Bankenrettungspakt der Regierung (Dyer, 2009). Die zehn Spitzenverdiener im Bankenmanagement kassierten nach einer Studie des Forschungsunternehmens «The Corporate Library» insgesamt mehr als 2,2 Milliarden Dollar, darunter Blackstone-Chef Stephen Schwarzman 702 Millionen. (Tagesspiegel, 26.9.2009)

Die USA schlossen sich auf dem Pittsburgh-Gipfel dem Basel II-Abkommen an und verpflichteten sich, ihre Vorschriften für das Eigenkapital von Banken bis 2011 zu verschärfen. Das Abkommen bedurfte bis zu seiner Inkraftsetzung in europäischen Ländern 13 Jahre und sieht vor, dass Banken ihr Geschäft mit mindestens vier Prozent Kernkapital unterlegen müssen (FAZ, 30.6.2009). Jetzt wird der amerikanische Beitritt zur Baseler Vereinbarung, die 2007 für die EU-Staaten in Kraft trat und die europäischen Banken keineswegs vor Fehlspekulationen bewahrt hat, als Erfolg gefeiert. Über die Einführung einer Steuer auf Finanzmarktumsätze konnte in Pittsburgh keine Einigkeit erzielt werden.

Im Dezember 2009 verabschiedete der Basler Ausschuss der Bankenaufsichter, das «Forum für Finanzstabilität», weitere Regeln, nach denen Banken für besonders riskante Transaktionen ihre Eigenkapitalreserven erhöhen sollen. Aber:

«Schon jetzt sind die Länder dabei, Sonderregeln für die heimische Finanzindustrie auszuhandeln. Deutschland betreibt dieses Spiel genauso wie die viel gescholtenen angelsächsischen Länder.» (Die Zeit, 22.12.2009).

Eine ernsthafte Einschränkung hochgefährlicher Derivategeschäfte ist auch fast zwei Jahre nach Ausbruch der Immobilienkrise in den USA nicht in Sicht. Barack Obamas ursprüngliches Vorhaben war, die Derivategeschäfte zu standardisieren und sie unter öffentlicher Kontrolle über die Börse anstatt außerbörslich betreiben zu lassen. Als Minimalvariante sollten Derivate über ein Clearinghaus gehandelt werden, wo die Beteiligten Sicherheiten zu hinterlegen hätten, damit die Clearingstelle im Fall der Geschäftsunfähigkeit von Finanzakteuren einspringen könnte. Diese Absichten wurden im Gesetzentwurf des Repräsentantenhauses zur Regulierung der Finanzmärkte zu Fall gebracht.

Im Jahr 2009 kursierten weltweit Derivate im Nominalwert von rund 600 Billionen Dollar außerhalb jeder Kontrolle. Die fünf größten US-Banken erzielten 2009 nach Schätzungen der Finanznachrichtenagentur Bloomberg allein mit Derivategeschäften einen Gewinn von 35 Milliarden Dollar (Die Zeit, 17.12.2009). Und überdies: «Die Derivatebranche reagiert mit neuen Produktvarianten auf das erhöhte Sicherheitsbedürfnis.» (Financial Times Deutschland, 25.9.2009)

Insgesamt zeichnet sich ab, dass die im Herbst 2008 unter dem Schock des Finanzcrashs allgemein geforderte radikale Reform und Regulierung der globalen Finanzmärkte bestenfalls punktuell, aber nicht annähernd mit der Wirkungsmacht zustande kommen wird, die eine nächste große Finanzkrise vermeiden könnte. Die Finanzmärkte bleiben eine Großgefahr für globale Stabilität. Eine Alternative zur Profitdominanz wird zur Bedingung menschlicher Sicherheit.

Klimakrise und keine Lösungen

Der Ausgang des Weltklimagipfels von Kopenhagen im Dezember 2009 liefert einen noch katastrophaleren Befund. Die Elite der internationalen Klimaforschung hat längst in einer Flut seriöser Studien die voraussehbaren verheerenden Folgen der Erderwärmung für das Leben oder den Tod von Hunderten Millionen Menschen dargestellt. Die Hauptverantwortung der früh industrialisierten Länder für das Herannahen einer Klimakatastrophe ist unbestreitbar. Die Mitverantwortung der großen Schwellenländer wird angesichts ihres hohen Wirtschaftswachstums immer deutlicher. Das Zeitfenster für die Begrenzung der Erderwärmung bei plus 2 Grad Celsius im Vergleich zum vorindustriellen Status umfasst nur noch ein bis anderthalb Dekaden. Selbst dieses Ziel würde für große Erdregionen schon die Vernichtung oder radikale Verschlechterung der Lebensgrundlagen erheblicher Teile der Bevölkerung bedeuten. Zwei Jahre wurde mit diesem Wissen der Kopenhagener Weltklimagipfel vorbereitet, um einen befreienden Ausbruch aus der Klima- und Umweltkrise völkerrechtlich zu begründen und die Wege dazu verbindlich zu vereinbaren.

Das Resultat von Kopenhagen war ein Desaster. Auch für diesen zweiten großen Krisenkomplex zeichnet sich keine Lösung ab. Die gegenwärtige Verfasstheit des globalen

Kapitalismus macht ihn unfähig, die wahrscheinlich größte Herausforderung des 21. Jahrhunderts in dem notwendigen Tempo mit der erforderlichen Konsequenz anzunehmen.

Hermann Scheer hält es daher für eine höchst fragwürdige Prämisse des Mechanismus von Weltklimakonferenzen, dass für ein globales Problem auch eine globale Vertragslösung mit relativ gleichwertigen Verpflichtungen erforderlich sei. (Scheer, 2010) Und Helmut Wiesenthal schlussfolgerte: «Aussichtsreicher als Bemühungen um ein Klimaabkommen im UN-Rahmen sind vermutlich gemeinsame Anstrengungen der industriell avancierten (G 20-)Staaten.» (Wiesenthal, 2010)

Zwar zeigen sich die USA erstmalig bereit, sich in einem internationalen Rahmen zum Klimaschutz zu bekennen, aber die eigene Zielsetzung, die CO₂-Emission bis 2020 um vier Prozent im Vergleich zu 1990 zu senken, liegt extrem unterhalb des absolut Notwendigen. Zwar hat der Kopenhagener Gipfel das Ziel benannt, die Erderwärmung um nicht mehr als zwei Grad Celsius steigen zu lassen, aber das Abschlussdokument mit diesem Ziel wurde nur «zur Kenntnis genommen». Es enthält keine einzige Aussage darüber, welche Länder welche Verpflichtungen zur Emissionsminderung bis wann einzulösen haben und auf welchen Wegen dies geschehen soll. Im Rahmen der Europäischen Union sollen die CO₂-Emissionen bis 2020 um 20 Prozent verringert werden. Aber offen bleibt, was das für die einzelnen Mitgliedstaaten bedeutet. Vor dem Gipfel hatten die EU-Regierungschefs in Aussicht gestellt, ihr Emissionssenkungsziel auf 30 Prozent zu erhöhen, wenn es zu bindenden Verpflichtungen der anderen Staaten käme. In solchem Falle wollte Deutschland seine Emissionen statt um 30 Prozent um 40 Prozent senken. Nach dem Scheitern des Kopenhagener Gipfels haben die EU und Deutschland solche höheren Verpflichtungen fallen lassen. Den armen Ländern wurde durch die Industrieländer eine Unterstützung in Höhe von insgesamt 30 Milliarden Dollar für die nächsten drei Jahre zur Anpassung an den Klimawandel und für ihre Klimapolitik in Aussicht gestellt. Das ist ein Bruchteil der erforderlichen Unterstützung und entspricht nicht annähernd der Verantwortung der Hauptverursacher von Klimawandel, Zerstörung der Biodiversität und anderen Umweltschäden gegenüber den am meisten betroffenen, aber nicht schuldigen Ländern. Zu Unverständnis und Empörung führte in Entwicklungsländern das Vorhaben der Bundesrepublik, ihre Klimahilfe aus der ohnehin zu leistenden Entwicklungshilfe zu bezahlen, die seit über 25 Jahren nicht einmal die im Rahmen der UNO vereinbarte Quote von 0,7 Prozent des Brutto-sozialprodukts erreicht.

«Viele ahnen es, aber wenige sagen es: Der Klimawandel ruft nach einem Zivilisationswandel. Der Übergang zu einer postfossilen Zivilisation wird das bestimmende Verhalten des Jahrhunderts sein.» (Wuppertal Institut, 2008: 25)

Armut und keine Lösungen

Die Armut in den Ländern der Peripherie als Folge des Kolonialismus, des späteren Neokolonialismus, der Zerstörung der Subsistenzwirtschaft, der wirtschaftlichen Abhängigkeit des «Südens» vom «Norden», imperialer Aneignung von Naturressourcen und neoliberaler Handelspolitik war von

Beginn des Kapitalismus an und ist bis heute eine Kehrseite des Reichtums der Industrieländer. Natürlich schließt das innere Ursachen der Armut in vielen Entwicklungsländern keineswegs aus.

In neuerer Zeit wird die Überwindung der Armut jedoch aus mehreren Gründen zu einer erstrangigen Herausforderung des 21. Jahrhunderts – während der Kapitalismus auch dieser Herausforderung nicht gewachsen ist. Besonders skandalös ist dies, weil die kapitalistischen Metropolen so reich sind wie nie zuvor – und doch die selbst gesetzten Millenniumsziele verfehlen werden. Der Global Monitoring Report 2008 der Weltbank weist für 42 von 59 untersuchten Ländern eine Vergrößerung der Kluft zwischen arm und reich aus. Die UN-Landwirtschafts- und Ernährungsorganisation (FAO) meldet eine Erhöhung der Zahl der absolut Hungernden von 854 Millionen 2007 auf 1,02 Milliarden 2009.

Die besondere Brisanz des Armutsproblems in der Gegenwart und in der nächsten Zukunft resultiert aus seiner Wechselwirkung mit anderen großen krisenhaften Prozessen. Die Verschärfung der Weltmarktkonkurrenz durch die Weltwirtschaftskrise trifft die wettbewerbsschwachen armen Länder besonders hart. Der krisenbedingte Rückgang der Nachfrage nach Rohstoffen ist für viele Entwicklungsländer, die vom Export ihrer Naturressourcen abhängig sind, besonders verlustreich. Experten führen 20 bis 40 Prozent der Preisexplosion bei Nahrungsgütern wie Mais, Reis und Weizen seit dem Frühjahr 2008 auf Finanzspekulationen zurück. Die Verluste durch die Finanzkrisen der letzten 25 Jahre für die Entwicklungsländer werden auf ein Drittel ihres Bruttoinlandsproduktes geschätzt, ihre Steuerverluste durch Kapitaltransfers in Offshore-Zentren und Steuerparadiese auf jährlich rund 500 Milliarden Dollar.

Schon heute sind Ernteverluste und Hungersnöte vor allem in Afrika in wachsendem Maße auf den Klimawandel, auf Dürren, Austrocknen der Flüsse, Vordringen der Wüsten und Überschwemmungen zurückzuführen. Im Sudan beispielsweise haben die katastrophalen Dürren der letzten Jahrzehnte zu Flüchtlingsströmen von etwa sieben Millionen Menschen beigetragen. Die Wüste hat sich in den letzten 40 Jahren um rund 100 Kilometer nach Süden ausgeweitet. Die nomadischen Viehzüchter verlieren dort ihre Weidegründe und drängen mit ihren Herden in die von Ackerbauern besiedelten Gebiete. Gewaltsam ausgetragene Konflikte entstehen und verbinden sich mit den anderen Kriegsursachen. In Darfur wurden bisher 200.000 bis 500.000 Menschen getötet (Welzer, 2008: 23ff.).

Das Center for Strategic and International Studies hält bewaffnete Konflikte im Gefolge des Klimawandels für 46 Staaten mit 2,7 Milliarden Einwohnern schon um das Jahr 2040 für «eher wahrscheinlich».

Verflechtung von Konfliktfeldern

Schon heute ist die Armut von Hunderten Millionen Menschen ein Urgrund, aus dem Kriege erwachsen, die ihrerseits die Armut vergrößern. In naher Zukunft werden Konflikte durch Armut, Klimawandel, Migration und Ressourcenverknappung zu einem extrem brisanten Krisengeflecht verwachsen. Die intensive Ausbeutung der Naturressourcen ohne Rücksicht auf ihre Endlichkeit führt bereits heute zur Verknappung wichtiger strategischer Ressourcen. Die Ölförderung hat in manchen Ländern ihren Höhepunkt (Peak Oil)

bereits überschritten oder nähert sich ihm. In der Nationalen Sicherheitsstrategie der USA, in der Militärdoktrin der NATO ebenso wie in der sicherheitspolitischen Konzeption der Bundesrepublik gilt die Sicherung des Zugriffs auf Energie- und andere Ressourcen als legitime Grundlage militärischer Aktionen. Der Krieg gegen den Irak und Schritte zur Erweiterung der NATO in Richtung des transkaukasischen Raumes sind in eine geopolitische Strategie weltweiter Ressourcensicherung für die USA und ihre Partner einzuordnen. Deshalb avancierten die Öl und Gas fördernden Länder Kaukasiens und Transkaukasiens – Aserbaidschan, Kasachstan, Turkmenistan, Kirgisien, Usbekistan und Tadschikistan – zu «Nato-Kooperationsländern» und werden als Anwärter auf eine NATO-Mitgliedschaft betrachtet. Der Krieg in Afghanistan geht um geostrategische Macht, nicht zuletzt mit Blick auf den Öltransit aus Transkaukasien.

«Aber selbst wenn sich die Lage sehr viel später als erwartet zuspitzt – die Kurven der abnehmenden physischen Verfügbarkeit vor allem fossiler Energieressourcen und jene des Verbrauchs kreuzen sich unweigerlich. Schon wenn wir uns diesen Kreuzungspunkten nähern, ist ein wirtschaftliches Chaos unausweichlich. ... Und würde der Kreuzungspunkt tatsächlich erreicht, drohte das wahrscheinlich größte Gemetzel seit Menschengedenken – ein Höllenstück, in dem rationales organisiertes Handeln kaum noch möglich sein dürfte.» (Scheer, 1999: 105)

Allein für die USA werden die Gesamtkosten des Irakkrieges nach Berechnungen des Nobelpreisträgers und früheren Chefökonom der Weltbank, Joseph Stiglitz, drei bis fünf Billionen Dollar erreichen (Stiglitz/Bilmes, 2008). Das ist mehr als die Entwicklungshilfe des Westens in Höhe von 2,3 Billionen Dollar, die an sämtliche Entwicklungsländer in den letzten 60 Jahren gezahlt wurde. Die Ausgaben für Rüstung und Krieg fehlen der Finanzierung von Entwicklung und Klimapolitik im Süden und der öffentlichen Daseinsvorsorge im Norden. Sie zerstören in den vom Krieg betroffenen Ländern Ansätze erfolgreicher Entwicklung auf lange Zeit. Die Weltbank beziffert den Einkommensverlust eines «typischen» Bürgerkriegs auf 15 Prozent des Bruttoinlandsproduktes. «Untypische» Bürgerkriege, die erheblich zum Staatenzerfall in vielen Ländern beitragen und zivile Wirtschaftskreisläufe für lange Zeit in Kriegsökonomien untergehen lassen, haben noch verheerendere Wirkungen.

Jeder einzelne der großen krisenhaften Prozesse – die Finanzkrise, die zyklische und strukturelle Weltwirtschaftskrise, die Zerstörung der Biosphäre, die Energiekrise, die Armut und der Hunger in großen Erdregionen, Kriege, Staatenzerfall und Terrorismus, Arbeitslosigkeit, Sozialabbau, Erosion der Demokratie und kulturelle Niedergangserscheinungen – ist bereits für sich genommen katastrophal für die Betroffenen. Die Größe der Gefahren kommender Zeiten besteht jedoch noch mehr in ihrer Wechselwirkung und gegenseitigen Verstärkung.

Einzelne Verbesserungen und Reformen genügen nicht mehr. Die Einleitung einer Transformation des Ganzen rückt auf die Tagesordnung der Geschichte.

Immer wieder werden einzelne Fortschritte Illusionen über den Wandel des Ganzen fördern. Neue technologische Wunder,

unumgehrbarer Bildungszuwachs, vermehrte Selbstverantwortung für Viele mit Anstößen für ihre Subjektivität, Informati- onserweiterung mit Hilfe neuer Medien, mehr Emanzipation für Frauen, mehr praktische Erfahrung und Wissen zur wech- selseitigen Abhängigkeit der Völker und ein höheres Umwelt- bewusstsein werden sich gegen alle Widerstände auch weiter durchsetzen. Aber sie werden, wenn nicht tiefgreifende Ver- änderungen der Kräfte- und Machtverhältnisse erfolgen, im Rahmen der alten Herrschaftsstrukturen absorbiert werden.

Der Kern des Ganzen muss infrage gestellt werden, die Profitdominanz. Lösungen durch bloßen Wandel des Gegebenen werden immer gefährlicher.

Schwache Lösungspotenziale – starker Grund für eine alternative Transformation

Die jüngste Krise hat die Armut global vergrößert, statt Wege zu ihrer Überwindung zu öffnen. Sie hat, wie das Scheitern des Klimagipfels zeigt, nicht jenen Durchbruch zu erneuerbaren Energien, zu neuer Energie- und Ressourceneffizienz und nachhaltigen Produktions- und Lebensweisen eingeleitet, der allein den kommenden Ressourcen- und Klimakonflikten entgegenwirken könnte. Sie hat nicht zu einem Abbau von Kriegsursachen geführt.

Für das Nachdenken über die Alternative einer emanzipatori- schen Transformation bedeutet dies: Im Gegensatz zu früheren Regulationskrisen, die in Phasen relativer Lösung der angestau- ten Widersprüche mündeten, zeichnen sich nach der jüngsten Regulationskrise nur außerordentlich schwache Lösungsele- mente ab. Zumindest die oben skizzierten Entwicklungsvarian- ten I, II und IV bieten keine Chance nachhaltiger Stabilität einer neuen Entwicklungsphase des Kapitalismus. Allenfalls das Szenario III eröffnet solche Chance dann, wenn es einem Block alternativer Kräfte gelingt, Rückfälle in die Varianten I und II oder gar IV zu verhindern und Wege des Übergangs zu einem Transformationsszenario V zu beschreiten.

Kurz: diesmal wirkt die vieldimensionale Krise kaum als Reinigungskrise, kaum als Tor zu einer für längere Zeit kur- sistenten kapitalistischen Entwicklungsphase, in der die Machteliten ihre Hegemonie durch Aufnahme von Mehr- heitsinteressen der Bevölkerung in ihre Regierungskon- zepte sichern könnten. Die Herrschaftsinteressen der Mächtigen werden schon in kürzester Zeit scharf mit den Interessen der Mehrheit kollidieren. Obwohl der Gedanke des Aufbruchs zu einer anderen Welt in der europäischen Öffentlichkeit noch schwach ausgeprägt ist, spricht des- halb vieles für eine Durchsetzungschance der Idee einer emanzipatorischen Transformation.

5.3. SCHLECHTE WIRTSCHAFTSPERSPEKTIVE FÜR STABILE LÖSUNGEN

Für die Möglichkeit und Notwendigkeit einer Orientierung auf Schritte einer alternativen Transformation schon in der nächsten Phase kapitalistischer Entwicklung mit der Per- spektive einer postkapitalistischen Großen Transformation spricht ferner, dass das Terrain für die Wirtschaftspolitik der Herrschenden voraussichtlich viel weniger Spielräume und viel mehr Schwierigkeiten als in der fordistischen und selbst in der jüngsten neoliberalen Phase des Kapitalismus

bergen wird. Dies wird die Möglichkeit stark begrenzen, bei Fortsetzung der Profitdominanz soziale Interessen der Mehrheit so weit zu beachten, dass das Regime sich auf deren Zustimmung, Selbstanpassung, Selbstunterord- nung, ja Selbstregierung und in diesem Sinne auf Hege- monie anstelle von Herrschaft stützen könnte.

In vielen Ländern ist die Staatsverschuldung im Gefolge der Krise enorm angestiegen. Sie überschritt in den USA Mitte November 2009 die Marke von 12 Billionen Dollar, gefolgt von Japan mit rund 6 Billionen Dollar und Deutschland mit einem Schuldenstand von 1,767 Billionen Euro (Dezember 2009). Die Finanzierung von Bankenrettungsschirmen und Konjunkturprogrammen hat in vielen Ländern den staatlichen Schuldenstand im Verhältnis zum nominalen Bruttoinlands- produkt erheblich vergrößert. Allein im Haushaltsjahr vom Oktober 2008 bis September 2009 betrug die Neuverschul- dung in den USA 1,417 Billionen Dollar (www.welt.de/wirt- schaft). Die Neuverschuldung der Bundesrepublik wird 2010 allein für den Bundeshaushalt, die Bundesagentur für Arbeit und die Zuschüsse für die Krankenkassen 100 Milliarden Euro übersteigen.

Staat	Staatlicher Schuldenstand im Verhältnis zum nominalen BIP 2009 (2008) (Schuldenstandsquote)	
Japan	185,3%	(172,1%)
Italien	113,0%	(105,8%)
Griechenland	103,4%	(97,6%)
Belgien	95,7%	(89,6%)
Frankreich	79,7%	(68,0%)
USA	78,0%	(65,0%)
Eurozone	77,7%	(69,3%)
Deutschland	74,4%	(65,9%)
Europäische Union (Durchschnitt)	72,6%	(61,5%)
Österreich	70,4%	(62,5%)
Vereinigtes Königreich	68,4%	(52,0%)
Irland	61,2%	(43,2%)
Niederlande	57,0%	(58,2%)
Spanien	50,8%	(39,5%)
Schweden	44,0%	(38,0%)
Schweiz	41,3%	
Luxemburg	16,0%	(14,7%)
Estland	6,8%	(4,8%)

Der Anstieg der Staatsverschuldung ist eine überaus belastende Hypothek für die Zukunft. Die Höhe der Schuldendienstleistungen wird dazu beitragen, dass öffentliche Investitionen in den sozialökologischen Umbau und zur Klimastabilisierung im Moment höchster Dringlichkeit mit Verweis auf leere Staatskassen weiter auf heftigsten Widerstand stoßen werden. Mit jedem verlorenen Jahr für eine radikale Senkung der CO₂-Emission werden die Kosten der Klimapolitik global um 500 Milliarden Dollar steigen und noch mehr mit der Haushaltslage kollidieren.

Wenn eine machtvolle Formierung von Gegenkräften ausbleibt, werden die Herrschenden darauf setzen, die permanente Haushaltskrise vorrangig durch die Senkung von Sozialleistungen, durch höhere Umsatzsteuern, Beiträge und Abgaben zu Lasten der ohnehin sozial Schwächeren, aber auch großer Teile der gesellschaftlichen Mitte zu bearbeiten. Die Privatisierung von noch öffentlichem Eigentum und der Abbau öffentlicher Daseinsvorsorge werden mit Verweis auf die prekären Haushaltslagen weiter fortgesetzt werden. Griechenland wird zum Paradebeispiel dafür in der EU.

Die soziale Polarisierung der Gesellschaft wird sich noch härter vollziehen, wenn es nicht gelingt, dagegen breiten Widerstand und eine Gegenoffensive für eine solidarische Gesellschaft zu organisieren. Die voraussehbare Entwicklung der Staatsfinanzen mit negativen ökonomischen, ökologischen und sozialen Folgen wird der Linken viele Gründe für eine Politik bieten, die auf eine emanzipatorische Transformation zielt.

Aufgeblähter Geldumlauf – fatale Folgen

Zu großen Konflikten könnten die Geldmassen führen, die von den Zentralbanken in die Wirtschaftskreisläufe gepumpt werden, um einen noch tieferen Absturz in der Krise abzuwenden. Der Zuwachs von Gütern und Leistungen wird keineswegs so rasant erfolgen, dass die sprunghafte Erhöhung des Geldumlaufs in absehbarer Zeit für ihren Kauf absorbiert werden könnte.

«Die Weltwirtschaft erholt sich nur sehr langsam. Die Lage wird nicht über Nacht besser, sie bleibt auch in Zukunft schwierig. Einen Rückfall würde ich auf keinen Fall ausschließen.» (Paul Volcker, früherer US-Notenbankchef. In: Der Spiegel, 14. 12. 2009).

Viel wahrscheinlicher ist, dass erhebliche Teile der aufgeblähten Geldmenge durch Investmentfonds und Banken aufgesaugt werden. Die Geldpolitik der Zentralbanken zur Bewältigung der destruktiven Folgen des Finanzmarkt-Kapitalismus ist dabei, gerade dessen Übergewicht noch zu verlängern. Bei einem Ausbleiben radikaler Regulierungen der Finanzmärkte werden die Finanzmarktakteure abermals in undurchschaubare «Finanzprodukte» investieren. Sie sind bereits dabei. Mit hoher Wahrscheinlichkeit wird dies in neue große Finanzblasen und in die nächste Finanzkrise einmünden.

Unsicherheit durch USA

Nicht auszuschließen sind fatale Folgen durch das Zusammenfallen dreier Umstände in den USA: erstens der auf Wachstumsförderung gerichteten Überhöhung der Geldmenge durch die US-Notenbank; zweitens der Dämpfung des Konsums auf Pump seitens der extrem verschuldeten amerikanischen Privathaushalte mit dem Resultat einer inflatorischen Tendenz durch das Zusammentreffen beider Faktoren;

drittens der Versuchung für die Vereinigten Staaten, diese Tendenz auszunutzen, um ihre Schulden durch Inflation zu reduzieren. Immerhin sind die USA allein im Ausland in Höhe von 3,086 Billionen Dollar verschuldet, darunter gegenüber China mit 681,9 Milliarden Dollar (März 2009).

Diese Neuverschuldung lässt viele Ökonomen damit rechnen, dass die Vereinigten Staaten in Zukunft nicht im Umfang wie bisher Waren aus aller Welt auf Kredit importieren und damit nicht mehr wie gewohnt als globale Wachstumsmaschine funktionieren werden. Hinzu kommt, dass der durch die besonders hohe Verschuldung der USA geschwächte Dollar und womöglich noch seine künftige Abwertung den Export anderer Länder nach den USA erschweren und umgekehrt Exporte der USA begünstigen werden. Für Exportländer wie Deutschland wäre dies eine erhebliche Belastung ihrer Lage.

Wesentliche ökonomische Tendenzen im Gefolge der Krise lassen also für längere Zeit eine nur mäßige Erholung von der Weltwirtschaftskrise erwarten und deuten auf eine Verstärkung der längerfristigen Tendenz zur Wachstumsverlangsamung in den westlichen Industrieländern hin: die enormen Haushaltsdefizite vieler Staaten, die der staatlichen Wachstumspolitik viele Jahre hindurch Grenzen setzen werden; der aus dieser Haushaltslage folgende Druck der Herrschenden auf die Sozialsysteme; die begrenzende Wirkung der sich mit Sicherheit verschärfenden Weltmarktkonkurrenz auf die Masseneinkommen und damit auf die Kaufkraft; die aufgestauten Probleme in den USA.

Der zu erwartende weitere Aufstieg Chinas, Indiens, Brasiliens, Russlands und anderer Schwellenländer wird exportstarken Ländern wie Deutschland durch eine steigende Nachfrage nach Maschinen und Anlagen zwar neue Absatzchancen bieten, aber es ist unwahrscheinlich, dass die emarging markets die gesamte Weltwirtschaft dauerhaft nach oben ziehen können.

Die globalen Machteliten haben keine Vision als Antwort auf die globalen Herausforderungen, auf die durch die komplexe jüngste Krise ungelösten Probleme und auf die besonderen wirtschaftlichen Schwierigkeiten der kommenden Zeit.

Sie verfügen über unvorstellbare hohe Finanzvermögen – aber deren unkontrollierte Bewegung führt zu chaotischen Finanzkrisen. In den Industrieländern und zunehmend in Schwellenländern wurden die Produktionsgrundlagen hochtechnologisch umgewälzt und damit enormer gesellschaftlicher Reichtum geschaffen – aber der Profit als Maßstab des Handelns steht der Überwindung des Hungers von mehr als einer Milliarde Menschen entgegen. Energie und Ressourcen sparende Umwelttechnologien stehen zu breiter Anwendung bereit – aber die Herrschenden sind außerstande, die politischen Weichen dafür in globaler Kooperation zu stellen.

Diese Grundsituation fordert eine alternative emanzipatorische Transformation der Europäischen Union heraus, jener Union, in der die bürgerlich-konservativen Parteien die letzten Europawahlen gerade für sich entschieden haben. Ist damit eine zweite Große Transformation in das Reich der Theorie und Ideale verwiesen? In die Welt der Utopien anstelle realitätsgebundener, strategisch relevanter Visionen?

Die hier vertretene und jetzt unter verschiedenen Gesichtspunkten begründete These ist, dass die enormen Herausfor-

derungen des 21. Jahrhunderts eine Transformation über den neoliberalen Kapitalismus hinaus und perspektivisch eine Transformation über die profitdominierte, also kapitalistische Gesellschaft hinaus erfordern. Eine solche Transformation bedarf weiterer theoretischer Arbeit. Doch sie ist eine praktische Frage des Überlebens von Hunderten Millionen Menschen und des Erhalts oder der Zerstörung des Gleichgewichts zwischen Gesellschaft und Natur geworden. Sie muss daher zum Inhalt radikaler Realpolitik werden.

Das kapitalistische System unendlichen Wachstums kollidiert akut mit der Endlichkeit von Ressourcen und Tragkraft der Erde. Das Konkurrenzsystem immerwährenden Aufschubs menschenrettender Entscheidungen versagt, wo nur noch ein kurzes Zeitfenster für Lösungen existiert. Der Kapitalismus passt nicht mehr auf unsere Erde. Transformation über ihn hinaus ist das rettende Gebot.

Ob sie aber Wirklichkeit wird, hängt davon ab, ob die internationale Linke – Parteien und Bewegungen, Gewerkschaften und Institutionen von Bürgerinnen und Bürgern, Akteure für soziale Gerechtigkeit und libertär-demokratische Kräfte, parlamentarisch und außerparlamentarisch Handelnde, Linke in die Opposition und Linke in Regierungen – sich selbst als historischer Block von Gegenmächten reorganisieren können. Das hängt davon ab, wie weit es gelingt, durch ein Mitte-Unten-Bündnis die Kräfteverhältnisse antikapitalistisch zu verändern. Die Durchsetzung einer zweiten Großen Transformation, beginnend auf dem Boden einer ökosozialen ReformAlternative, oder ihr Entschwinden in eine ferne Zukunft hängen vom Verlauf der praktischen Kämpfe ab. Aber die Idee und Konzeption einer emanzipatorischen Transformation können diesen Kräften eine realistische Vision, eine Inspiration und strategische Orientierung verleihen. Sie müssen deshalb den programmatischen Grundbestand einer modernen Linken prägen.

5.4. POSITIVE ANSÄTZE FÜR EINE ALTERNATIVE TRANSFORMATIONS-PERSPEKTIVE

Bisher wurde hier die Chance einer ökonomischen Reformalternative und deren Öffnung für eine zweite Große Transformation mit einer demokratisch-sozialistischen Perspektive überwiegend mit dem Druck unausweichlicher Probleme und Gefahren begründet. Es existieren aber auch positive «molekulare Veränderungen» (Antonio Gramsci), die für eine alternative Entwicklung Ansätze bieten, obwohl sie selbst zunächst keinen umstürzenden Charakter haben.

Chancen für grüne Kapitalakkumulation

Erstens: In den rasch Verbreitung gewinnenden Konzepten eines Green New Deal wird zu Recht auf das vorhandene technologische Wissen für einen großen Schub ressourcenschonender umweltfreundlicher Investitionen verwiesen. Das ist ein erhebliches Potenzial für einen sozialökologischen Umbau als wesentliche Dimension künftiger Transformation. Immerhin berühren sich hier Unternehmerinteressen an der Eröffnung eines neuen großen Feldes der Kapitalakkumulation, Umweltinteressen und Interessen an der Schaffung nachhaltiger Arbeitsplätze. Das gilt trotz der im Abschnitt 3 dargestellten Einschränkungen.

Verfügbares Geldkapital

Zweitens: Die Entwicklung des Finanzmarkt-Kapitalismus hat zu einer enormen Überakkumulation von Geldkapital geführt,

für das keine ausreichenden Anlagemöglichkeiten nach Maßstäben des shareholder value verfügbar sind. Nachdem aber in der Finanzkrise die Gefahren der Entkopplung von anschwellendem Geldvermögen und Produktion in folgenreicher Weise zutage getreten sind, liegt die Anlage eines Teils der liquiden Geldkapitalvermögen zur Finanzierung von Investitionen in Umwelttechnologien nahe. Allerdings müsste dies durch Besteuerung purer Finanztransaktionen und durch Anreize für Umweltinvestitionen gefördert werden.

Ansätze im Produktivkraftsystem

Drittens: Die Entwicklung des Produktivkraftsystems – weit entfernt von der früheren marxistisch-leninistischen Erwartung, als eine Art mystisches Subjekt der Geschichte eine höhere Stufe von gesellschaftlichen (Produktions-)Verhältnissen nach sich zu ziehen – birgt neben seinem Zerstörungspotenzial auch begünstigende Tendenzen für eine zweite Große Transformation.

Die Produktivkraftentwicklung hat einen Reichtum wie nie zuvor in der Geschichte hervorgebracht. Bei gerechter Verteilung – die jedoch nur kraft veränderter Machtverhältnisse durchsetzbar ist – würde das erreichte Reichtumsniveau in kürzester Zeit eine Überwindung der Armut auf der Erde und die Aufwendungen für den Einstieg in einen sozialökologischen Umbau gestatten. Das eröffnet alternativen Akteuren in den Verteilungskämpfen zur Überwindung der sozialen Polarisierung in der Gesellschaft größere Aussichten im Verhältnis zu früheren Zeiten, in denen der geschaffene Reichtum gar nicht für den Wohlstand aller ausreichte.

Eine andere Chance für transformatorische Prozesse steckt in einer neuen Grundtendenz der Produktivkraftentwicklung, auf die Hubert Fetzter aufmerksam gemacht hat (Fetzter, 2010). Die Produktivkräfte haben eine Wirkungsmacht erreicht, die zu Naturzerstörungen mit weitaus höheren Kosten als jenen Kosten führt, die für die Naturerhaltung aufgewendet werden müssen. Es war in der Tat die Gegenüberstellung der zu erwartenden extremen Kosten fortschreitenden Klimawandels mit den durchaus niedrigeren Kosten einer Politik der Klimastabilisierung, die dem «Stern-Report» eine außergewöhnliche internationale Aufmerksamkeit sicherte. Das enorme Ausmaß der Schädigung der Biosphäre durch die modernen Produktivkräfte führt in widerspruchsvoller Weise dazu, dass gerade dadurch eine qualitativ andere Richtung der Produktivkraftentwicklung für die Kapitalverwertung als Ganzes vorteilhaft wird, die Entwicklung ressourcenschonender Umwelttechnologien.

«In der kapitalistischen Industrie vollzieht sich der Übergang von Technologien, die lediglich auf Arbeitersparnis gerichtet sind, zu Technologien, die auch die Einsparung von Naturressourcen zum Ziel haben.» (Fetzter, 2010: 38)

Allerdings erfolgt dies nicht reibungslos als eigengesetzlicher Richtungswandel der Produktivkraftentwicklung, sondern muss gegen die Interessen der Profiteure herkömmlicher, die Umwelt schädigender Wirtschaftsstrukturen und gegen das allgegenwärtige Kapitalinteresse an Wachstum schlechthin ohne Rücksichten auf Naturgrenzen durchgesetzt werden. Wiederum auf einer anderen für Transformationsprozesse wichtigen Ebene der Produktivkraftentwicklung liegt, dass in ihr Zentrum Wissen und Bildung und darauf gestützt die

Entfaltung der produktiven und kreativen Kräfte des Menschen gerückt ist. Die moderne bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft hat einen brisanten Widerspruch hervorgebracht: Auf ihrem Produktivkraft- und Zivilisationsniveau bedarf sie der Bildung, Selbstverantwortung und Kommunikationsfähigkeit, der eigenständigen Entscheidungskompetenz, Kooperationsfähigkeit und Kreativität eines wachsenden Teils der Beschäftigten – während ein anderer großer Teil nach wie vor zu unselbständiger, gering qualifizierter und prekärer Arbeit verurteilt bleibt. Beide Tendenzen bringen Widerstandspotenzial hervor. Schlechte Bezahlung und soziale Entsicherung durch die Zunahme befristeter und Leiharbeitsverhältnisse unter dem Druck drohender Arbeitslosigkeit lassen die Klüfte zwischen Reichen oder Wohlhabenden und Armen oder Absturzgefährdeten erkennbarer hervortreten. Selbstverantwortung verkehrt sich zwar in der Abhängigkeit der Beschäftigten von Kapital und Management vielfach in Selbstanpassung an die herrschenden Verhältnisse. Aber mehr Bildung und mehr im Arbeitsprozess abgeforderte Subjektivität bergen stets eine Gefahr für die Macheliten: Ihre Herrschaftsmechanismen könnten durchschaut, ihre Politik als gefährlich begriffen und Alternativen als überfällig und realisierbar erkannt werden.

«Was jahrelange ›linke‹ Aufklärungsarbeit über den Kapitalismus nicht vermochte, bricht in der Realerfahrung der Krise durch: Der Kapitalismus ist nicht gut – der Finanzmarktkapitalismus schon gar nicht.» (Michael Schumann, Präsident des Soziologischen Forschungsinstituts Göttingen (SOFI), 2010: 38)

Grenzen purer Wertregulation

Viertens: Mit dem letztgenannten Aspekt hängt eine weitere Entwicklung zusammen, die gleichfalls einen Ansatz für transformatorische Politik bietet. Der neoliberale, d. h. marktradikale Kapitalismus nutzte einen erheblichen Vorteil kapitalistischer Regulationsweise – ihre Eindimensionalität – gnadenlos aus: Das übergreifende Ziel kapitalistischer Entwicklung ist der Profit des Großkapitals, der in der Konkurrenz der Kapitale als unmittelbarer Handlungszwang Dynamik und Innovation der Wirtschaft bewirkt und ökonomische Proportionen dadurch reguliert, dass das Kapital vor allem in jene Branchen und Regionen fließt, in denen hohe Profitraten realisierbar sind. Eine einzige Größe, der Profit, steht im Verein mit anderen Wertkategorien – Zins, Rente, Preis, shareholder value – im Zentrum der Regulation und bestimmt in letzter Instanz die Grundrichtungen der gesamten gesellschaftlichen Entwicklung. Die Grundstruktur der kapitalistischen Regulationsweise ist von bewundernswerter Einfachheit und Durchsetzungskraft.

Allerdings – ignoriert in der bürgerlich klassischen und neoklassischen Wirtschaftstheorie – ist diese Stärke zugleich die Systemschwäche des Kapitalismus. In einer hochkomplexen Welt führt die Eindimensionalität kapitalistischer Regulation in gefährliche Sackgassen. Denn die profitdominierte Marktkonkurrenz ist mit sozialer Kälte und ökologischer Blindheit geschlagen.

Karl Polanyi schrieb über diesen Mechanismus: «Die Auswirkungen auf das Leben der Menschen waren unbeschreiblich grausam. Die menschliche Gesellschaft wäre tatsächlich vernichtet worden, hätte es keine schützenden Gegenströmungen

gegeben, die das Wirken dieses selbstzerstörerischen Mechanismus dämpfen.» (Polanyi, 1978: 112) Die gesamte Geschichte des Kapitalismus ist nach Polanyi von einer Doppelbewegung, vom Wirken zweier Organisationsprinzipien, gekennzeichnet. «Das eine Prinzip war das Prinzip des Wirtschaftsliberalismus, das auf die Schaffung eines selbstregulierten Marktes abzielte, auf die Unterstützung durch die gewerbetreibenden Schichten zählte und als Methode weitgehend Laissez-faire und den Freihandel benützte; das andere war das Prinzip des Schutzes der Gesellschaft, das auf die Erhaltung der Menschen und der Natur sowie der Produktivkräfte abzielte, auf die wechselnde Unterstützung jener zählte, die von der verderblichen Wirkung des Marktes als erste betroffen werden – vor allem, aber nicht nur, der arbeitenden und bodenbesitzenden Klasse –, und Schutzgesetze, Schutzvereinigungen und andere Interventionsmittel als Methoden benützte.» (ebenda: 185)

Im Unterschied zum sozialstaatlich regulierten Kapitalismus der Jahrzehnte nach dem zweiten Weltkrieg hat der neoliberale Kapitalismus das Prinzip des Marktradikalismus auf die (vorläufige?) Spitze getrieben und das Prinzip des Sozial- und Umweltschutzes zurückgedrängt. Die Warenwelt, so Marx, hat einen Doppelcharakter, Waren haben Wert und Gebrauchswert. Der Finanzmarkt-Kapitalismus hat zu hochgradiger Entkopplung der Wertsphäre in Gestalt des Finanzkapitals, des shareholder value und von «Finanzprodukten» – z. B. Kreditderivaten – von der Sphäre der Gebrauchswerte geführt. Ernährungskrisen in großen Erdregionen im Gefolge von Nahrungsgüterspekulationen, die fortschreitende Zerstörung der Biosphäre und die Gefahren des Klimawandels sind die katastrophalen Folgen.

Just auf dem Höhepunkt der Regulierung nach dem zweifelhaften Maß des Profits wird in elementarer Weise sichtbar, dass diese Regulierung die Existenzgrundlagen großer Teile der Menschheit untergräbt und dass über wichtige materielle Lebensbedingungen und den Erhalt von Naturkreisläufen daher politisch entschieden werden muss. Hat schon in früheren Phasen des Kapitalismus die Regulation durch Wertkategorien, vor allem durch den Profit, die für den Wohlstand der Bevölkerung möglichen Gebrauchswertstrukturen nur mangelhaft hergestellt, so ist mit der Wechselwirkung von Umweltkrise, andauernder Armut und militärischen Konflikten ein Umschlagpunkt erreicht, der als wichtigen Grundprozess einer zweiten Großen Transformation eine alternative Regulationsweise kategorisch herausfordert.

Die Kämpfe um die Festsetzung verbindlicher stofflicher Ziele zur Senkung der CO₂-Emissionen und um die Unterstützung der Klimapolitik armer Länder durch den Westen, die Millenniumsziele für Bildung, Gesundheit und Armutsbekämpfung, die Verhandlungen über die Reduzierung atomarer Waffen, Gesetze wie das Erneuerbare-Energien-Gesetz, die Verteidigung der öffentlichen Daseinsvorsorge durch viele Bürgerinitiativen, Tendenzen zur Re-Kommunalisierung zunächst privater Kommunalunternehmen und Experimente solidarischen Wirtschaftens jenseits des Maßstabs von Kapitalverwertung sind Ausdruck einer solchen Umschlagsituation und zugleich positive Anknüpfungspunkte für transformatorische Prozesse. Der Staatsinterventionismus in China

und Vietnam und zivilgesellschaftliche wie staatliche Regulierungsformen in einer Reihe lateinamerikanischer Länder können ebenfalls als Suche nach alternativen Regulierungsformen gedeutet werden. Die globale Großproblemlage legt die Grenzen der profitdominierten Regulationsweise mit neuer Deutlichkeit bloß und bringt Ansätze einer anderen, auch gebrauchswertorientierten Regulierung der Wirtschaft hervor.

Wandlungen im öffentlichen Bewusstsein

Fünftens haben sich bemerkenswerte Veränderungen im öffentlichen Bewusstsein vollzogen; ein Nachdenken darüber hat eingesetzt, dass eine andere bessere Welt erstrebenswert ist. Noch vor wenigen Jahren war es in den meinungsbestimmenden Medien verpönt, die westlichen Gesellschaften als kapitalistisch zu kennzeichnen. Sie wurden als soziale Marktwirtschaften und freiheitliche Demokratien gelobt. Inzwischen ist der Begriff des Kapitalismus – in Deutschland überwiegend verbunden mit einem Negativimage – wieder in die öffentliche Diskussion zurückgekehrt.

Dass das kapitalistische System durch ein besseres ersetzt werden kann, meinen inzwischen 53,6 Prozent aller Deutschen. Allerdings sehen 67 Prozent derzeit keine vernünftige Alternative zum bestehenden Wirtschaftssystem, und 64,1 Prozent glauben nicht an eine durchsetzbare Alternative. Der Sozialismus gilt 60 Prozent aller Befragten als eine gute Idee, die jedoch schlecht ausgeführt wurde. Neoliberale Grundprinzipien haben sich weitgehend diskreditiert, etwa die Privatisierung der Daseinsvorsorge. 86,6 Prozent der Deutschen sind der Meinung, dass der Staat bei Krankheit, Arbeitslosigkeit, im Notfall und im Alter für ein gutes Auskommen zu sorgen habe. Zwei Drittel der Befragten lehnen eine Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge ab. (INFO GmbH, 2009) Bereits vor dem Ausbrechen der Finanzkrise empfanden 56 Prozent der Deutschen die wirtschaftlichen Verhältnisse nicht als gerecht, und nur 15 Prozent sahen sie im Großen und Ganzen als gerecht an. (Institut für Demoskopie Allensbach, 2007. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 11. Dezember)

Großbanken, Investmentfonds und Hedgefonds als innerster Kern des Finanzmarktkapitalismus sind in der öffentlichen Meinung gründlich in Misskredit geraten. Ihre Vergesellschaftung gilt nicht mehr als unvorstellbar, nachdem Banken in den USA, Großbritannien und anderen Ländern in der Krise verstaatlicht wurden.

Gerechtigkeit und Solidarität haben eine erhebliche Aufwertung im öffentlichen Bewusstsein erfahren. Forderungen nach gleichen Bildungschancen für alle unabhängig von sozialer Herkunft, nach einem gesetzlichen Mindestlohn oberhalb der Armutsgrenze, nach armutsfesten Renten und nach einer bedarfsorientierten, repressionsfreien sozialen Grundversicherung finden mehrheitliche Unterstützung.

Gewachsen ist aber auch die Sensibilität für langfristige Gefahren und für die Dringlichkeit gesellschaftlichen Umsterns. So schreibt Helmut Wiesenthal, dass angesichts der Hochkomplexität der Klimaproblematik ihre öffentliche Thematisierung als sehr überraschend zu empfinden sei. Es ließe «sich ein Bewusstseinswandel registrieren, in dessen Verlauf das Unwahrscheinliche wahr geworden scheint: Die Menschheit hat sich (zumindest in Teilen) auf den Weg gemacht, Ver-

antwortung für ihr Schicksal zu übernehmen. Niemals zuvor haben sich moderne Wettbewerbsdemokratien mit einem Thema von ähnlicher Komplexität befasst. Normalerweise vermag die Mahnung, künftige Generationen zu verschonen, wenig auszurichten» (Wiesenthal, 2010: 9).

Noch beherrschen die Maximen der kapitalistischen Wachstumsökonomie das Mehrheitsverhalten in der westlichen Welt. Die Lebensweisen der Reichen und Wohlhabenden sind stark konsumistisch geprägt. Gesellschaftliche Anerkennung ist weitgehend an den Besitz hochwertiger materieller Güter gebunden. Die unteren Einkommensschichten, die Bevölkerungsmehrheit der Schwellenländer und viele Menschen in den armen Ländern streben einen Konsum nach westlichem Vorbild an.

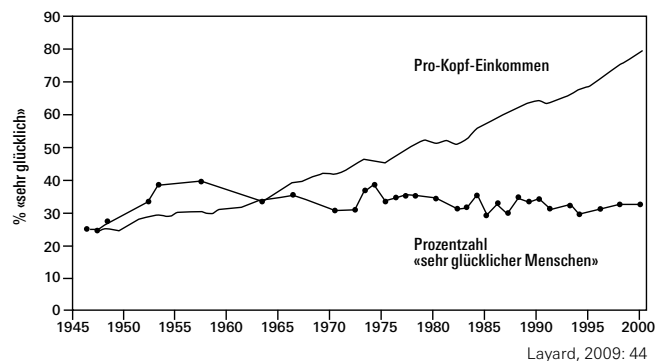
Einsichten der Glücksforschung

Aber schon haben immer mehr Menschen in den Industrieländern das Gefühl, dass ein Zuwachs von Konsumgütern jenseits eines bereits gehobenen Einkommensniveaus ihre Zufriedenheit und ihr Wohlbefinden nicht mehr verbessert. In den armen Ländern und in den ärmeren Bevölkerungsschichten der Industrieländer nimmt mit steigendem Einkommen der Armen deren Not ab und ihr Wohlbefinden wächst daher. Aber oberhalb eines guten Einkommens gilt dies nicht mehr oder nur äußerst begrenzt.

In Deutschland erklärten sich 1970 rund 60 Prozent der Westdeutschen als zufrieden oder sehr zufrieden mit ihrem Leben. 2009 lagen die Durchschnittseinkommen um 75 Prozent höher als 2007. Aber das Zufriedenheitsniveau verharrte bei 60 Prozent. (Noelle-Neumann/Köcker, 2009)

Für die USA und andere Länder ist das empirisch belegt. In den Vereinigten Staaten hat sich das durchschnittliche Realinkommen seit den fünfziger Jahren verdoppelt. Der Lebensstandard ist entsprechend gestiegen. Aber die Prozentzahl derer, die sich als «sehr glücklich» bezeichnen, hat seit den Fünfzigern nicht mehr zugenommen (Layard, 2009: 43 f.).

ENTWICKLUNG VON EINKOMMEN UND GLÜCK IN DEN USA



Zunächst wirkt das beginnende Bewusstsein über den begrenzten Glückseffekt steigender materieller Konsumtion durchaus nur als molekulare Veränderung, d. h. als ein Wandel ohne einschneidende Folgen. Wenn aber eine steigende Güterkonsumtion verstärkt mit schwersten Umweltfolgen zusammentreffen wird, kann das Zusammenfallen von ausbleibendem Wohlfahrtseffekt der Mehrkonsumtion mit rapider Verschlechterung der Umweltsituation durchaus zu einem Bestandteil organischer, d. h. struktureller tieferer Krisenprozesse werden und

transformatorische Prozesse begünstigen. Die Große Transformation des 21. Jahrhunderts wird erhebliche Umwälzungen der Lebensweisen einschließen. Auf der Grundlage eines auskömmlichen materiellen Lebensstandards wird die Bedeutung von sozialer Sicherheit und Geborgenheit, guten zwischenmenschlichen Beziehungen und von Anerkennung zunehmen, die sich auf das Bildungsniveau, kulturellen Habitus und andere Kompetenzen bezieht, also mehr auf das Sein als auf das Haben. Der Zugang zu hochwertigen Leistungen des Gesundheitswesens, Möglichkeiten eines selbstbestimmten Lebens und Teilhabe an der Gestaltung der gesellschaftlichen Entwicklung werden ein größeres Gewicht gewinnen. (Bellebaum/Schaaff/Zinn, 1999).

Hoffnung auf alternative Akteure – trotz alledem

Sechstens: Das Entscheidende für eine progressive Ausschöpfung aller dieser Ansätze und Tendenzen, für die Durchsetzung transformatorischen Wandels ist, ob die hier angedeuteten Veränderungen im öffentlichen Bewusstsein von der Suggestion überlagert bleiben, dass es keine realistische Alternative zu den herrschenden Verhältnissen gebe, oder ob alternative Akteure entschieden erstarken, sich zu einem historischen Block der Gegenmacht und zu wirkungsmächtigen Netzen zusammenfinden und die Kräfteverhältnisse nachhaltig zu ihren Gunsten verändern.

Auch dafür gibt es positive Ansätze, die hier nur angedeutet werden. Sie bestimmten in den letzten Jahrzehnten neoliberaler Dominanz nicht die Richtung der Entwicklung. Eine hegemoniefähige Linke ist in Europa, in den USA, Japan und vielen anderen Ländern nicht in Sicht. Europäische Linksparteien im Aufwind sind die Ausnahme, zu der – mit Einschränkungen – Die Linke gehört. Die Gewerkschaften stehen in der Krise mit dem Rücken zur Wand. Die kapitalismuskritischen und antikapitalistischen globalen Bewegungen konnten in der jüngsten mehrdimensionalen Krise ihre Positionen ebenso wenig stärken wie die Linksparteien.

Gleichwohl gibt es hoffnungsvolle Erfahrungen alternativer Akteure. In keinem Teil der Erde sind die Lernprozesse alternativer Kräfte als Reaktion auf den neoliberalen Kapitalismus so stürmisch und mit so beachtlichen Erfolgen verlaufen wie in Lateinamerika (Chrenko/Wahl, 2009). Nach Jahrzehnten von Militärdiktaturen haben linksorientierte soziale Organisationen und Bewegungen, Vereinigungen der indigenen Bevölkerung und neue linke Parteien trotz andauernden Widerstands mächtiger reaktionärer und konservativer Kräfte bestimmenden Einfluss auf die Regierungen und Präsidentschaften einer Reihe lateinamerikanischer Länder gewonnen. Mit dem Forum von São Paulo, an dem sich 60 bis 80 Parteien und eine schwankende Zahl sozialer Organisationen beteiligen, ist eine der wichtigsten Plattformen für die Entwicklung politischer Strategien der Linken und die international breiteste Gruppierung linker Parteien entstanden (ebenda: 33).

Eine Vielzahl autonomer sozialer Bewegungen übt anhaltenden Druck auf die Regierungspolitiken aus und ist oft Träger neuer Formen in der Wirtschaft und Gesellschaft. Beispiele dafür sind die Front gegen Armut (Frente contra la Pobreza) in Argentinien, die Nationale Front zur Verteidigung der öffentlichen Güter und des nationalen Eigentums (Frente Nacional de Defensa de los Bienes Públicos y el Patrimonio Nacional) in Paraguay, die verschiedenen Bewegungen der Landlosen, die Lateinamerikanische Koordinierung der Bau-

ernorganisationen (CLOC), die Vereinigungen der indigenen Völker z. B. des Amazonas und der Anden, das Netz der Frauen für eine andere Wirtschaft (REMTE), das Gewerkschaftsforum der Amerikas und die Kontinentale Soziale Allianz (ASC), die gegen die von den USA beherrschte Amerikanische Freihandelszone (ALCA) kämpft.

In mehreren Ländern Lateinamerikas sind die Bewegungen der indigenen Völker zum prägenden Teil der progressiven Kräfte geworden. Bolivien unter Führung von Präsident Evo Morales ist das herausragende Beispiel dafür.

Angesichts des alles durchdringenden kapitalistischen Globalisierungsprozesses hat die Entstehung der globalen «Bewegung der Bewegungen» unterschiedlichster gesellschaftlicher Gegenkräfte, die sich in den Sozialforen eine Vernetzungsform gegeben haben, eine erstrangige Bedeutung. Denn keine große Menschheitsfrage wird mehr allein im nationalen Rahmen entschieden werden können. Angesichts der außerordentlichen Schwierigkeit des solidarischen Handelns ganz und gar verschiedener sozialer Kräfte mit unterschiedlichen praktischen Erfahrungen, theoretischen Vorstellungen, Kulturen und Organisationspräferenzen sind die Sozialforen als «Raum für Entpolarisierung der Pluralitäten» (de Sousa Santos) eine wichtige Arena gemeinsamer Suchprozesse. Viele der Bewegungen, die sich in den Welt-, Regional- und Ländersozialforen begegnen, sind selbst komplizierte Gebilde, deren Wirken gewichtige Bausteine neuer Gegenmacht verkörpern. La Via Campesina ist ein herausragendes Beispiel dafür. In dieser beweglichen Struktur sind 148 Kleinbauern-, Landarbeiter-, Landlosen- und Indigenenorganisationen aus 69 Ländern Amerikas, Europas, Asiens und Afrikas zusammengeschlossen. La Via Campesina entwickelt globale Solidarität in vielen lokalen Kämpfen und in Kampagnen gegen internationale Unternehmen wie dem Saatgut-, Gentechnik- und Pflanzenschutzkonzern Monsanto. Ernährungssouveränität, ökologisches Wirtschaften, soziale und Geschlechtergerechtigkeit sind Felder ihres Wirkens. Einer ihrer Aktivisten, Paul Nicholson, sieht neben einer Abschwächung globaler Mobilisierungen zugleich einen Anstieg lokaler Aktivitäten und Kämpfe (Nicholson, 2010: 144 ff.).

Als eine Gegentendenz zu Schwächen der Sozialforumsbewegung in den letzten Jahren könnten sich die neue Weltklimabewegung erweisen. Immerhin nahmen an der großen Demonstration gegen das Versagen des Weltklimagipfels in Kopenhagen im Dezember 2009 rund 100.000 Menschen teil. In Europa fanden jüngst Generalstreiks in Griechenland und Italien gegen die Abwälzung der Verluste in der Finanzkrise auf die Bevölkerung statt. In den Niederlanden zerbrach die Regierung an dem durch öffentlichen Druck bewirkten Ausstieg der sozialdemokratischen Partei aus dem Krieg in Afghanistan. In Frankreich stellen Jugendrevolten in den Vorstädten das Versagen der Sozial-, Jugend- und Integrationspolitik an den Pranger. In Deutschland, England und in anderen EU-Ländern verteidigen Antiprivatisierungs-Bündnisse öffentliches Eigentum gegen die neoliberale Privatisierungspolitik und setzen bereits in vielen Orten eine Re-Kommunalisierung von privatisiertem früherem Kommunaleigentum durch. Als Politik von unten entwickeln sich Bürgerhaushalte, auf die die Bürgerinnen und Bürger in selbst mitbestimmten transparenten Verfahren auf gleicher Augenhöhe mit Politik und Verwaltung unmittelbaren Einfluss nehmen.

Sozial- und Armutsberichte, die unter aktiver Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger in Kenntnis ihres eigenen Lebensumfeldes erarbeitet werden, bringen analytisches und Bewertungswissen hervor und können zum Ausgangspunkt kritischen Handelns werden. Die lokale Agenda 21 hat in Deutschland Initiativen von unten mobilisiert.

Solche und andere Ansätze für alternatives Denken und Handeln werden in Deutschland und in der EU bisher von der Politik der Herrschenden überlagert oder auch in sie integriert und ihres oppositionellen Gehalts beraubt. Aber sie existieren und verbinden sich mit linken Diskursen darüber, wie die Defensivsituation der Linken aufgebrochen und in transformatorische Prozesse verwandelt werden kann.

6. DIE ZWEITE GROSSE TRANSFORMATION – EIN PROZESS

Eine künftige andere Gesellschaft wurde in der Geschichte der Linken in der Regel entweder als Hineinwachsen in die neue Gesellschaft auf dem Wege von Reformen oder als das Resultat eines großen Aktes der Revolution erwartet. Demokratischen Sozialismus als transformatorischen Prozess zu verstehen, bedeutet Aufhebung beider Ansätze in einer linken Transformationstheorie und deren Realisierung in einer Praxis dialektischer Verflechtung reformerischer und revolutionärer Veränderungen.

Generationen von sozialdemokratischen Reformern haben an den theoretischen Grundlagen von Reformwegen gearbeitet. Sie haben die bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaften als grundsätzlich unbegrenzt gestaltbar in demokratischer und sozialer Richtung betrachtet. Sie konnten durch Reformen politische Freiheiten, beachtliche Verbesserungen für die Lohnabhängigen und sozialstaatliche Sicherungssysteme erringen, ohne die Profitdominanz und die ihr zugrundeliegenden Eigentumsverhältnisse in Frage zu stellen. Aber die Polarisierung zwischen Reich und Arm, die Ausbeutung großer Teile der Erdbevölkerung, verheerende Krisen, Kriege und die akute Gefährdung der Biosphäre wurden nicht verhindert. Generationen von Kommunisten haben sich an einer Revolutionstheorie orientiert, in der die westlichen Gesellschaften reduziert auf ihre kapitalistische Grundstruktur betrachtet wurden. Ihre Evolutionspotenziale wurden in der kommunistischen Orthodoxie negiert und größere Verbesserungen erst jenseits des Rubikon der Revolution erwartet. Im Westen führte das die Kommunisten in die Isolierung. Die kommunistischen Revolutionen des 20. Jahrhunderts haben die kapitalistische Unterdrückung durch parteimonopolistische Strukturen ersetzt, mehr soziale Gleichheit, eine breite Volksbildung und Fortschritte der Geschlechtergleichstellung gebracht, individuelle Freiheit aber radikal beschränkt, die Umwelt mehr als der Kapitalismus zerstört und durch eine zentralistische Wirtschaftsregulierung Innovationen so begrenzt, dass der Staatssozialismus in Europa schließlich auch ökonomisch scheiterte. In der Geschichte der Linken haben sich Reformisten und Revolutionaristen stets bekämpft und die Linke damit geschwächt. Reform und Revolution galt ihnen als antagonistisch und wurde in der Regel ohne jede Vermittlung gedacht. Eine linke Transformationstheorie lässt dieses antinomische Denken hinter sich.

Erstens ist es für emanzipatorische Transformationsprozesse kennzeichnend, dass sie Reformen mit Umwälzungen revolutionärer Tiefe verbinden können.

Die Stärke des Reformismus ist, dass er durch eine lange Folge vieler realisierbarer Teilreformen Wandel ermöglicht. Die Schwäche des Reformismus ist, dass er vor der Veränderung kapitalistischer Grundstrukturen, Eigentums- und Machtverhältnisse zurückschreckt. Der erreichbare Wandel bleibt daher durch die kaum angetastete Profitdominanz begrenzt.

Die Stärke revolutionärer Konzepte ist, dass sie auf die Überschreitung der Grenzen des Kapitalismus zielen und auf Konsequenz der notwendigen Veränderungen dringen. Ihre Schwäche ist, dass sie die in bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaften möglichen Reformen gering und allenfalls als Instrumente zum Heranführen der Massen an die erhoffte Revolution schätzen. Eine linke Transformationstheorie vermag die Schwächen beider Konzepte gesellschaftlicher Erneuerung zu überwinden und ihre Stärken in Anerkennung von Pluralität aufzuheben. Reform und Revolution schließen einander nicht kategorisch aus. Revolutionäre Veränderungen können zwar in Gestalt plötzlicher Brüche auftreten, umschließen aber selbst in solchem Fall zugleich eine Vielzahl von Reformschritten, in denen tiefe Brüche nur einen Teil der Veränderungen bewirken. Reformen, deren Reichweite unter der Voraussetzung andauernder Veränderungen der Kräfteverhältnisse zugunsten weitergehender Forderungen schließlich per saldo die Tiefe revolutionärer Veränderungen erreichen, sind nicht deren totaler Gegenpol. Eine gerechte, solidarische und nachhaltige Friedensgesellschaft, die als demokratischer Sozialismus bezeichnet werden kann, ist nicht allein als künftige Gesellschaftsordnung im Jenseits von gegenwärtigen Verhältnissen zu erwarten, sondern ist ebenso als Ziel wie als Entwicklungsprozess zu verstehen, dessen Elemente bereits im Heute Konturen gewinnen und der bereits für das gegenwärtige alternative Handeln orientierende Bedeutung hat.

Zweitens: Dadurch kann demokratischer Sozialismus zu einer irdischen Angelegenheit für alle werden, die heute und nicht irgendwann von einer linken Politik vor allem Verbesserungen ihrer gegenwärtigen Arbeits- und Lebenswelten erwarten – lange bevor der Kapitalismus an sein Ende gelangt sein wird. Transformation meint aber zugleich, die gegenwärtig realisierbaren Reformen für Schritte über den Kapitalismus hinaus zu öffnen.

Transformation bedeutet, eine Hoffnung und Vision in das heute Machbare hineinzuholen. Sie überwindet die Selbstbeschränkung auf nächste Schritte, ohne sie in Illusionen aufzulösen. Ein Transformationskonzept kann sich als mobilisierungsfähiger erweisen als einzelne Reformvorstellungen ohne Perspektive oder als eine Utopie, die die Gegenwart nicht verändert.

Drittens eröffnet ein Transformationsprozess die Chance, eingewurzelte Abgrenzungen unterschiedlicher Linker gegeneinander besser überwinden zu können. Ihre gegensätzlichen Standpunkte werden als Ausdruck realer Widersprüche in der Realität erfassbar.

*«Mein Wort berührt die Welt der Erscheinungen,
die darunter oft leider zerfällt.
Immer noch meint ihr, es gehe um Meinungen,
aber der Widerspruch ist in der Welt.»*
(Karl Kraus)

Die Konzentration der einen auf Protest und Widerstand gegen das Bestehende, der anderen, der «Pragmatiker», auf gegenwärtig realisierbare Teilschritte und der «Revolutionaristen» auf die Propagierung einer künftigen sozialistischen Ordnung werden als unterschiedliche Beiträge zu einem einheitlichen Gesamtprozess begreifbar, zwischen dessen Exponenten Brücken geschlagen werden können, weil es um die widersprüchlichen Momente ein und desselben Prozesses geht. Die Veränderungspotenziale außerparlamentarischer Kämpfe, parlamentarischer Arbeit und des Wirkens in Regierungen können durch den Bezug aufeinander und durch die bewusste Bindung an einen emanzipatorischen Transformationsprozess größere Kraft gewinnen als bei einer Abgrenzung ihrer Akteure und Strategien gegeneinander. Reformen im Kapitalismus und Umbrüche *über ihn hinaus* erscheinen reformistisch und revolutionaristisch betrachtet als gegeneinander abgeschottet. Transformatorisch denkend und handelnd sind beide Entwicklungen als ein einheitlicher Prozess mit vielen Übergängen gestaltbar.

Viertens eröffnet die Einstellung auf einen voraussichtlich längeren Prozess der Transformation die Möglichkeit breiter Bündnisse.

In Zeiträumen, in denen eine vollständig andere Gesellschaft noch gar nicht die Aufgabe sein kann, können Bündnisse für Teilziele zustande kommen, in denen radikale Akteure und gemäßigte Kräfte, die nicht mehr als einen besseren Kapitalismus wollen, zusammen gehen. In solchen Phasen können zur Abwendung globaler Gefahren für die Menschheit sogar Allianzen der Mehrheit mit strategisch denkenden Fraktionen der Machteliten zustande kommen, auch wenn diese die möglichen Teilschritte sozialen oder ökologischen Wandels vor allem als Chance ihrer Herrschaftssicherung begreifen.

7. DIE ZWEITE GROSSE TRANSFORMATION – BÜNDNISSE UND DEMOKRATIE

Aus den Inhalten einer emanzipatorischen Transformation und aus ihrem Prozesscharakter ergibt sich, welche Bündnisse ihre Basis bilden können. Die Reformen in der Phase des sozialstaatlich regulierten Kapitalismus, die Ralf Dahrendorf als Epoche der Sozialdemokratie bezeichnete, stützten sich auf ein Mitte-Oben-Bündnis. Es waren – ob rekrutiert aus sozialdemokratischen Parteien, aus der Demokratischen Partei Präsident Roosevelts in den USA oder in manchen Ländern unter dem Druck der Umstände auch aus konservativen Parteien – die Regierungen von oben und die breite gesellschaftliche Mitte, insbesondere die qualifizierten männlichen Facharbeiter und ihre Gewerkschaften, die als Träger der klassischen sozialdemokratischen Reformen agierten. Frauen, überwiegend vom männlichen Familienernährer abhängig, war eher eine passive Rolle zugeordnet. Die unteren Schichten wurden durch soziale Sicherungssysteme eher ruhig gestellt, als aktive Bündnispartner zu sein. Diese soziale Basis sozialdemokratischer Reformpolitik erklärt sowohl ihre über mehrere Jahrzehnte beachtlichen Erfolge wie auch ihre Grenzen.

«Was nun? Keiner der üblichen Verdächtigen für sich genommen drängt sich als Träger einer neuen Kapitalismuskritik auf. ... Für einen solchen Akteur wurde der Begriff der Mosaik-

Linken ins Spiel gebracht». Hans-Jürgen Urban sieht theoretische Grundlagen für ein mosaikartiges Zusammenfinden unterschiedlichster linker Akteure in Pierre Bourdieus Feldtheorie. *«Nach Bourdieu ist ein gesellschaftliches Feld ein «autonomer Mikrokosmos innerhalb des sozialen Makrokosmos.» ... «in einem Feld wie dem politischen, religiösen oder jedem anderen Feld, wird das Verhalten der Akteure durch ihre Position in der Struktur des Kräfteverhältnisses bestimmt».* *«Aus feld- und kapitalismustheoretischer Perspektive könnte die Mosaik-Linke also als eine Assoziation von Feldakteuren begriffen werden. ... Die Vielen finden durch Bezug auf eine allgemeine Dynamik zu einem Ganzen zusammen» – zu einem «einheitlichen und kollektiven, kohärenten und machtvollen Protest» (Bourdieu).* (Hans-Jürgen Urban, 2010: 21 f.).

Künftige Transformationsprozesse haben eine andere soziale Basis. Ihre Chance ist ein demokratisches und solidarisches Mitte-Unten-Bündnis. Michael Brie hat gestützt auf die Studie von Rita Müller-Hilmer für die Friedrich-Ebert-Stiftung «Gesellschaft im Reformprozess» (Müller-Hilmer, 2006) und auf Gero Neugebauers Arbeit «Politische Milieus in Deutschland» (Neugebauer, 2007) herausgearbeitet, dass unter den dort untersuchten politischen Milieus, die vereinfacht in sechs Gruppen zusammengefasst werden können, mindestens drei große Gruppen ein Interessenbündnis für eine Transformation zu einer solidarischen und nachhaltigen Gesellschaft eingehen können. Das sind die sozial-libertäre Mittelschicht, bedrohte Kernbelegschaften und subproletarische Gruppen bzw. das moderne Prekariat (Brie, 2007: 13–45; Institut für Gesellschaftsanalyse 2/2009: 10 ff.). Die Möglichkeit eines breiten historischen Blocks dieser politischen Milieus und weiterer Kräfte ergibt sich daraus, dass die in Abschnitt 3 skizzierten zu erstrebenden Charaktere einer solidarischen gerechten Gesellschaft als der Inhalt einer emanzipatorischen Transformation den Interessen durchaus unterschiedlicher sozialer Gruppen einer Bevölkerungsmehrheit entsprechen. Aber das bleibt eine bloße Möglichkeit, solange die Linke nicht in der Lage ist, ihre Transformationsvorstellungen als ein *attraktives Gesellschaftsprojekt* für das ganze Spektrum potenzieller Akteure zu präsentieren, das ebenso Lösungen für die dringlichen gegenwärtigen Probleme wie für lebenswerte Perspektiven bietet. Aber selbst wenn dies gelänge – und viele Ansätze eines solchen Projekts existieren ja bereits – würde dies für die Entscheidung von Mehrheiten zu aktiver Unterstützung eines solchen Transformationsprojekts noch nicht ausreichen. Zweierlei muss dazu kommen: dass bei den Linken und anderen demokratischen Exponenten einer solidarischen Gesellschaft die – zumindest potenzielle – *Macht* erkannt wird, ein solches Projekt tatsächlich durchzusetzen, und dass ihnen auch die *Sachkompetenz* dafür zugetraut wird. Beides trifft für die Linke in Deutschland und auch in Europa gegenwärtig nicht zu. Die Linke in Europa ist zur Zeit kein hegemoniefähiger Akteur, anders als sich dies in einer Reihe lateinamerikanischer Länder abzeichnet.

Die zentrale Aufgabe

Als zentrale Aufgabe für den Einstieg in eine zweite große Transformation ergibt sich daher für die Gesamtheit aller linken Kräfte, an einem breiten Mitte-Unten-Bündnis zu arbeiten. Das erfordert:

- «eine lange nicht mehr (noch nie?) gekannte Bereitschaft zur Kooperation und Kommunikation nicht nur zwischen diesen Strömungen (innerhalb der Linken – D.K.), sondern zwischen allem, worin sie sich ausdifferenzieren: Handlungsräumen und -optionen, Modi ihrer Reflektion, national wie international auszuspielende Strategien, strategischen Bündnissen, politischen Konzepten und möglichen alternativen Projekten.» (Seibert, 2009: 7)
- die Kompetenz alternativer Akteure auf den verschiedenen Politikfeldern erheblich zu stärken, sie in konkreten Projekten zur Lösung brennender Probleme im Interesse der unteren Schichten der Gesellschaft und ihrer Mitte zur Geltung zu bringen und dabei «alltägliche Praxen (nach links – D.K.) zu verschieben.» (Brand, 2009: 43)
- den konkreten Kämpfen eine gemeinsame Richtung zu geben, bestimmt durch ein attraktives linkes Gesellschaftsprojekt als Alternative zum Kapitalismus. Denn: «wir müssen uns eine Alternative vorstellen können, wenn wir etwas verändern wollen.» (Ceceña, 2009: 20)

Eine zweite Große Transformation wird nur als ein von der Mehrheit getragener Prozess demokratischer Erneuerung gelingen oder gar nicht.

8. DIE ZWEITE GROSSE TRANSFORMATION – DAS ZEITFENSTERPROBLEM

Eine künftige Transformation, die einen solidarischen Wandel schon unter den gegebenen bürgerlich-kapitalistischen Verhältnissen einleitet, aber nach den Erwartungen großer Teile der Linken zur Überwindung der Profitdominanz in der Gesellschaft führen soll, enthält einen tiefen Widerspruch.

Problematischer Widerspruch

Eine solche Transformation ist voraussichtlich ein langer Such- und Lernprozess im Verlauf andauernder Kämpfe gegensätzlicher Klassen und sozialer Gruppen. Aber im Widerspruch zu dieser Langfristigkeit haben sehr weitreichende Schritte zur Abwendung einer Klimakatastrophe, anderer Umweltgefahren und des Todes vieler Millionen Menschen durch Hunger, Mangelkrankheiten, Umweltzerstörung und Kriege in den armen Ländern äußerste Dringlichkeit. Nach der Überzeugung einer großen Mehrheit der Klimaforscher verbleibt der Menschheit nur ein kurzes Zeitfenster von einer bis anderthalb Dekaden, um vor allem den Umschlag des Klimawandels in eine Klimakatastrophe mit weitreichenden Veränderungen gerade noch – wenn auch bereits mit schwersten Schäden – abzuwenden. In dieser Zeit wird die Macht der gegenwärtig Herrschenden nicht gebrochen und das die Umwelt zerstörende Profitsystem nicht überwunden sein.

«Jetzt ist es Zeit, sich zusammenzuschließen, durch beständige Kooperation, starke Institutionen, gemeinsame Opfer und ein globales Bündnis für den Fortschritt, um den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts entgegenblicken zu können». «Jetzt ist die Zeit gekommen, auf eine Welt hinzuwirken, die Frieden ohne Atomwaffen zu schaffen versucht». «Jetzt ist die Zeit gekommen, um gemeinsam etwas zur Rettung dieses Planeten zu tun. Lassen sie uns beschließen, dass wir unseren Kindern keine Welt hinterlassen, in der die Meeresspiegel steigen, Hungersnöte ausbrechen und schreckliche Stürme unsere Länder verwüsten». (Barack Obama, Juli 2008)

Ist es vorstellbar, dass eine die Klimastabilität rettende Veränderung im Verhältnis der Gesellschaft zur Natur, die nicht ohne erhebliche Veränderungen in den gesellschaftlichen Verhältnissen selbst möglich ist, als wesentlicher Teil kommander Transformation zeitlich schneller verlaufen kann als voraussichtlich die Herausbildung einer demokratisch-sozialistischen Gesellschaft? Kann es gelingen, im Kampf gegen die zerstörerische Politik der Herrschenden weitsichtigen und verantwortungsfähigen Teilen der Machteliten politische Veränderungen und Kompromisse abzurufen, die zu Lösungen von Menschheitsproblemen wie einer solaren Energierevolution und einer Klimawende und der Abschaffung aller Atomwaffen führen?

Umstrittener Green New Deal

Nicht wenige Linke lehnen die Vorstellung solcher die Klassenschranken überschreitenden Überlebenspakte als unrealistisch ab. Susan George beispielsweise schrieb: «Es wäre auch eine Illusion zu glauben, dass die transnationalen Konzerne und die reichen Staaten zumindest dann ihre Haltung ändern würden, wenn sie endlich begreifen, dass sie das Leben auf dem Planeten, auf dem wir alle leben müssen, zerstören. Von allen Glaubenssätzen ist dieser vielleicht sogar der schädlichste ... Wie ich sehe, können sie nicht aufhören, auch wenn sie es wollen, auch nicht um der Zukunft ihrer eigenen Kinder willen. Der Kapitalismus ist das berühmte Fahrrad, das immer in Schwung bleiben muss, wenn es nicht fallen soll, und die Konzerne stehen in Konkurrenz zueinander, um zu sehen, wer am kräftigsten in die Pedale treten kann, bevor er an die Wand fährt.» Doch die Frage ist, ob dies nicht eine zu ökonomistische Sicht ist, ob nicht die Wirkungsweise und Wirkungsintensität ökonomischer Gesetze durch Veränderung der politischen Kräfteverhältnisse, durch einen Wandel kultureller Auffassungen und rechtliche Rahmengenbungen erheblich modifiziert werden können.

Ähnlich wie Susan George schließen z. B. Neil Smith (Smith, 2008), Paul Burkett (Burkett, 2006), Victor Wallis (Wallis, 2008), Tadzio Müller und Stefan Kaufmann (Müller/Kaufmann, 2009), Harald Welzer (Welzer, 2008), und Elmar Altvater (Altvater, 2009) die Öffnung des Tors zu ökologischer Nachhaltigkeit durch einen grünen Kapitalismus aus. «Die «Moderaten» haben mit ihren hartnäckigen Versuchen, einem System, das zwangsläufig alles in seinem Wege Liegende niedertrampelt, ein ökologisches Heilmittel zu entlocken, jeden Realitätssinn verloren.» (Wallis, 2008: 882) Andere Linke, die die unverzichtbare Kritik der Konzeption eines grünen Kapitalismus in einen transformatorisch-theoretischen Ansatz einbetten, widersprechen einem solchen ausschließlich antagonistischen Denken. (Wolf, 2009; 2009; Klein, 2009). Es gibt viele gute Gründe dafür, einen grünen Kapitalismus nicht für die Lösung der Umweltkrise zu halten. Doch dies ist nur die halbe Wahrheit. Denn die beweglichen Grenzen des Kapitalismus schließen nach allen historischen Erfahrungen stets erhebliche Anpassungspotenziale und Bewegungsspielräume innerhalb dieser Grenzen ein. Es ist nicht auszuschließen, dass Teilerfolge einer Ökologisierung von Wirtschaft und Gesellschaft auch unter kapitalistischen Bedingungen erreicht werden können. Die Linke sollte diesen Möglichkeitsraum für den Einstieg in einen sozialökologischen Umbau der Gesellschaft nutzen. Statt sich in die Rolle von Verweigerern zu begeben, indem sie dem Kapitalismus die Potenzen für eine stärkere Umweltorientie-

rung abspricht, sollte sie die Differenzen innerhalb des herrschenden Blocks erkennen und daran ansetzend öffentlichen Druck auf die Verwirklichung vieler Bekenntnisse der Herrschenden zu nachhaltiger Entwicklung ausüben. Sozialökologischer Umbau sollte der Linken als entscheidende Seite einer zweiten Großen Transformation gelten.

Ein Green New Deal kann durchaus im Spannungsfeld zwischen einem vor allem von gefahrenbewussten Teilen der Machteliten getragenen grünen Kapitalismus mit den eben angedeuteten Widersprüchen und Grenzen beginnen, könnte aber im Maße der Veränderung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse zunehmend in einen sozialökologischen Umbau münden, der sich unter dem Druck von Gegenmächten demokratisch und solidarisch vollzieht. Der Green New Deal wäre selbst als ein Prozess aufzufassen, dessen sozialer Inhalt und umweltwirksame Reichweite sich verändern.

Historische Erfahrungen

Gibt es historische Parallelen, die für die Möglichkeit klassenübergreifender Allianzen in Überlebensfragen der Menschheit oder für strategisches politisches Handeln von Teilen der Machteliten selbst gegen Grundtendenzen des Profitmechanismus sprechen?

■ Die Herausbildung des New Deal in den USA in den dreißiger Jahren kann nur teilweise als Parallele gelten. Es ging dabei nicht um ein globales Menschheitsproblem, wohl aber um die Bewahrung des kapitalistischen Systems nach der tiefen Erschütterung durch die Weltwirtschaftskrise 1929/32, um die von der Präsidentschaft Franklin Delano Roosevelts getragene «praktische Reaktion von oben auf das Versagen der herrschenden Klasse Amerikas» (Carlson/Unger, 1992: 34, 29 ff.). Der New Deal war keine von vornherein geplante Strategie. Er wurde erzwungen durch eine tiefe Systemkrise, durch eine Delegitimierung des Big Business, durch die Wahlniederlage der bis dahin regierenden Republikaner. Er erwuchs aus einer Bewegung der Selbstorganisation der Arbeiter, beeinflusst vom Aufschwung sozialreformistischer Gedanken und stark geprägt von linksliberalen, zum Teil zuvor eher desinteressierten Intellektuellen, Künstlerinnen und Künstlern. Ein Teil der herrschenden Klasse sah sich widerstrebend gezwungen, gegen den erbitterten Widerstand der konservativen Mehrheit der Machteliten nach und nach ein Bündel von Reformen durchzusetzen, das schließlich auf einen fordistischen Verteilungskompromiss hinauslief. Aber diese Entwicklung wurde erst stabilisiert, als im Angesicht des Aufstiegs des Hitlerfaschismus und des heraufziehenden Weltkrieges große Rüstungsprogramme die Wirtschaft aus der anhaltenden Depression herausführten.

Festzuhalten bleibt: eine herrschaftsbedrohende Krise, ein nach links rückendes öffentliches Bewusstsein, Druck der von tiefster Unsicherheit betroffenen Massen und demokratisches Engagement von Intellektuellen konnten eine Minderheit der Machteliten bewegen, gegen die Mehrheit der herrschenden Klasse den tiefsten Bruch der amerikanischen Geschichte, bezogen auf die politische Rolle des Staates und seine soziale Verantwortung, durchzusetzen.

Dass nach dem zweiten Weltkrieg die reformerischen Erfahrungen des New Deal und der wohlfahrtsstaatliche Weg skandinavischer Länder für Jahrzehnte im OECD-Maßstab in die Gestalt des sozialstaatlich regulierten Kapitalismus ein-

mündeten, war auf historisch besondere Wachstumsbedingungen und auch auf den äußeren Druck der Ost-West-Systemauseinandersetzung zurückzuführen.

Die meisten dieser konkret-historischen Bedingungen des New Deal sind heute nicht gegeben. Die herrschende Klasse hat im Management der gegenwärtigen Krise keineswegs so eklatant versagt wie 1929/32 (van der Pijl, 2009: 29 ff.). Sie hat einen Einbruch der Beschäftigung wie in der damaligen Krise, einen totalen Zusammenbruch des Finanzsystems und die Flucht in den Protektionismus weitgehend verhindern können. Die jüngste Krise hat sich nicht zu einer politischen Herrschaftskrise zugespitzt. Im Unterschied zur Krise 1929/32 haben die Gewerkschaften nicht an Kampfkraft gewonnen, sondern sie sind geschwächt. Nicht die Demokraten bzw. die Sozialdemokratie, sondern die Konservativen sind gegenwärtig in Europa auf dem Vormarsch. Aber sie haben – wie z. B. die Koalition von CDU/CSU und FDP in Deutschland – gelernt, mit mäßigen sozialpolitischen Zugeständnissen den Druck von unten zu kanalisieren. Roosevelts New Deal funktionierte nur gestützt auf einschneidenden institutionellen Wandel: die staatliche Macht zu Eingriffen in den Markt wurde in einem weit höheren Maße als heute gestärkt, erst recht seit dem Eintritt in die Kriegswirtschaft. Die Gewerkschaften wurden damals weitgehend in administrative Regulierungsinstitutionen einbezogen. Solche Bedingungen sind gegenwärtig nicht gegeben. Anders als in der Nachkriegszeit wirken heute keine extrem günstigen Wachstumsbedingungen und existiert schon gar nicht mehr der Druck einer mächtigen Gegenwart wie früher die Sowjetunion.

Aber nicht die Stärke der konservativen Kräfte, sondern vor allem die Schwäche der Linken ist heute für die Lage in Europa kennzeichnend. Das kann sich ändern. In den USA erinnert das erklärte Programm Barack Obamas durchaus an das Projekt des New Deal – ohne sich allerdings auf eine kämpferische Arbeiterklasse stützen zu können. Die Implosion des Staatssozialismus hat die westlichen Machteliten zwar von einem äußeren Handlungsdruck befreit, hat ihnen aber auch den Kit inneren Zusammenhalts mittels des Verweises auf äußere Bedrohungen genommen. Die ökonomischen Spielräume, sich herangereiften Herausforderungen stellen zu können, sind heute erheblich größer als in der Krise 1929/32. Die Unterschiede zur Zeit des Rooseveltschen New Deals sind also ambivalent und müssen nicht ein für allemal gegen eine mit der damaligen Zeit vergleichbaren Lernfähigkeit der Machteliten sprechen.

■ Als eine weitere Erfahrung mit der Lernfähigkeit von Teilen der Machteliten unter Schock kann deren Handeln im zweiten Weltkrieg und in der Phase des «Neuen Denkens», der Rüstungskontrolle und Abrüstung gegen Ende des Kalten Krieges gelten. Die militärische Expansion Deutschlands und die Bedrohung der bürgerlichen Zivilisation durch den Faschismus führten zu einem Bündnis der Westmächte mit der gehassten Sowjetunion. Die lange Verzögerung einer zweiten Front im Westen gegen Hitlerdeutschland spiegelt das Widerstreben mächtiger Teile der Herrschenden gegen eine solche Allianz wider. Eric Hobsbawm schrieb über diese Klassen und Ideologien überbrückende Koalition: «Wie sich herausstellen sollte, verliefen die entscheidenden Grenzen in diesem (internationalen – D.K.) Bürgerkrieg nämlich nicht zwischen Kapitalismus und der sozialen Revolution des Kommunismus als solchem, sondern zwischen zwei ideologi-

schen Familien: auf der einen Seite die Nachkommen der Aufklärung des 18. Jahrhunderts und der großen Revolutionen, wozu natürlich auch die russische Revolution gehörte; auf der anderen Seite alle ihre Gegner. Die Grenze verlief also nicht zwischen Kapitalismus und Kommunismus, sondern zwischen dem, was das 19. Jahrhundert einerseits «Fortschritt» und andererseits «Reaktion» genannt hatte. (Inzwischen waren diese Begriffe nicht mehr ganz angemessen.)» (Hobsbawm, 1994: 186 f. Im Krieg bewältigten die USA durch staatliche Lenkung in kürzester Zeit und unter Einbeziehung der Gewerkschaften die Umstellung großer Teile der zivilen Produktion auf Rüstungsproduktion. Im Rahmen des Manhattan-Projekts zur Produktion der amerikanischen Atombombe wurde über alle Konkurrenzschranken hinweg die Arbeit von mehr als hunderttausend Menschen in Hunderten von Wissenschaftseinrichtungen und Produktionsstätten zusammengeführt. Lester R. Brown schlussfolgerte: «Diese Mobilisierung von Ressourcen innerhalb von Monaten zeigt, dass ein Land, und gewiss auch die Welt, in der Lage ist, die Wirtschaft in kürzester Frist umzustellen, wenn die Überzeugung herrscht, dies sei eine Notwendigkeit.» (Brown, 2008; 280). Als nach dem zweiten Weltkrieg die militärischen und insbesondere die atomaren Potenziale der Kontrahenten des Kalten Krieges zwar ein Gleichgewicht des Schreckens sicherten, aber zugleich die Existenz großer Teile der Menschheit gefährdet und damit auch die Herrschaft der Mächtigen der Welt bedroht war, siegte schließlich das langfristige Überlebensinteresse auch von Teilen der herrschenden Klasse über die Aggressivität der Falken und die Interessen des militärisch-industriellen Komplexes. Das Konzept der Gemeinsamen Sicherheit konnte in Verträge über Rüstungskontrolle und in Abrüstungsvereinbarungen umgesetzt werden.

Festzuhalten ist: Wenn die Herrschaft der Machteliten und die menschliche Zivilisation bedroht sind, sind realistische Teile der Eliten zu weitreichendem politischem Umsteuern der Wirtschaft und auch zu Arrangements selbst mit ihren ärgsten Gegnern fähig – wenn das Profitsystem selbst dabei bewahrt bleibt.

Differenzen im herrschenden Block und linke Strategie

Für die Strategie der Linken, die Partei DIE LINKE eingeschlossen, hat dies erstrangige Bedeutung. Es ist ein erheblicher Unterschied, ob anzunehmen ist, dass das Abwenden einer Klimakatastrophe, einer Beschleunigung des Artensterbens und anderer Umweltkrisen erst in einer Gesellschaft nach dem Kapitalismus erfolgreich sein kann – das heißt nach größten Katastrophen – oder ob unter der Voraussetzung erheblicher Veränderung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse ein Übergang von der neoliberalen Entwicklungsphase des Kapitalismus zu einer postneoliberalen Phase eines grünen Kapitalismus erfolgt. Im zweiten Fall sind die Chancen für einen Einstieg in den notwendigen sozialökologischen Umbau größer, weil Fortschritte auch von Teilen der Machteliten mitgetragen werden können.

Beim Vergleich der Bedrohung auch der westlichen Machteliten durch den faschistischen Aggressionskrieg und später durch die Möglichkeit eines Atomkrieges mit der Gefahr einer Klimakatastrophe, den Folgen dezimierter Artenvielfalt und von anhaltender Armut in großen Erdregionen ist allerdings ein erheblicher Unterschied zu beachten: Die Gefahren heute sind

mehr eine schleichende als eine so unmittelbare und sichtbare Bedrohung wie damals. Sie lassen sich weit eher verdrängen. Zumindest die Umweltgefahren werden nicht von feindlichen Mächten getragen, sondern wirken oft eher in unsichtbarer Weise. Das macht ein Lernen der Machteliten unter Schock wie 1929/32, wie im zweiten Weltkrieg oder unter dem Eindruck eines strategischen atomaren Gleichgewichts des Schreckens unwahrscheinlicher. Tatsächlich sind aber die großen Gefahren des 21. Jahrhunderts selbst für die Herrschenden eher größer als die des 20. Jahrhunderts. Der Klimawandel wird zudem schnell an Dramatik gewinnen. Die Kosten notwendiger Reaktionen darauf werden um so höher sein, je länger eine klimapolitische Wende ausbleibt. Die Störung der ökologischen Gleichgewichte wird die Bevölkerung in den armen Ländern der Welt besonders schwer belasten und kann zu heftigsten Reaktionen führen. Die zu erwartenden Ölpreissteigerungen werden sie ebenfalls besonders hart betreffen. Das könnte den Staatenzerfall in weiten Erdregionen verstärken und dem internationalen Terrorismus neue Anstöße geben. Ohnehin wird die Verflechtung unterschiedlicher Krisenprozesse und Instabilitäten anhalten. Die mögliche modifizierte Reproduktion eines neoliberalen Kapitalismus und erneute Finanzkrisen könnten schnell wieder zu Schocksituationen auch für die Herrschenden führen. Auf dem Hintergrund der oben skizzierten Renaissance eines bürgerlich-humanistischen Verantwortungsbewusstseins ist nicht auszuschließen, dass bewegliche Fraktionen der Machteliten im Rahmen eines nur noch kurzen historischen Zeitfensters zu entscheidenden Schritten der Klimastabilisierung und der Minderung anderer Großgefahren gedrängt werden können. Die gegenwärtigen Kräfteverhältnisse sprechen jedoch für berechtigte Zweifel daran.

Könnten sich verantwortungsvoll handelnde Kreise der herrschenden Klasse jedoch durchsetzen, so könnte eine solche Entwicklung Teil eines transformatorischen Prozesses werden und das im Kapitalismus Mögliche «aufheben» in einer weitreichenderen Perspektive neuer gesellschaftlicher Naturverhältnisse. In diesem Sinne wäre ein Green New Deal ein Prozess sozialökologischen Umbaus, der in der postneoliberalen Phase eines angegrüneten Kapitalismus beginnt und in einer postkapitalistischen Entwicklung eine vollendetere Fortsetzung finden wird – als ein zentraler Wesenszug emanzipatorischer Alternativen oder des demokratischen Sozialismus. Geraume Zeit wäre der Erfolg eines solchen Prozesses aber von einer Kombination mächtigen Drucks von unten mit ökologischem Wandel von oben abhängig. Bedingt durch die Wirkung des Profitmechanismus ist zu erwarten, dass ein grüner Kapitalismus, soweit er von Teilen der Machteliten vorangetrieben wird, stark zu Lasten der Lohnabhängigen, sozial Schwächeren und der Mehrheit in konkurrenzschwachen Ländern der Erde verlaufen soll und zudem auf ein Wachstum zielt, das Erfolge ökologischen Wandels wieder aufzufressen droht. Gerade deshalb bedarf es eines Blocks von demokratischen sozialökologischen Gegenmächten, die die Entwicklung über einen grünen Kapitalismus hinaustreiben.

In diesem widerspruchsvollen Sinn kann in einer historischen Parallele zu einem zu Gemeinsamer Sicherheit, Rüstungskontrolle und Abrüstung fähigen Kapitalismus in den achtziger Jahren des letzten Jahrhunderts ein zu grünem Umbau potenziell – wenn auch begrenzt – fähiger Kapitalismus erwartet werden.

Die Bedingungen dafür sind, dass der Kampf von Gegenmächten für demokratischen sozialökologischen Wandel, Entwicklung und Frieden mächtig genug wird, um in absehbarer Zeit zwar nicht ein Ende des Kapitalismus herbeizuführen, wohl aber Interessengegensätze und Elemente ökologischer Vernunft in den Machteliten auszunutzen und sie zu dringlichen Veränderungen in der Umwelt-, Energie- und Klimapolitik zu zwingen. Erfolg ist möglich, wenn der Druck der Gefahren groß genug ist, um beide Seiten zu verändertem Handeln zu nötigen, und wenn die Auseinandersetzungen innerhalb des herrschenden Blocks zugunsten der flexibleren, für globale Verantwortung offeneren Kräfte ausgeht. Die Linke muss aus solchen strategischen Überlegungen Schlussfolgerungen in Programmatik und Politik ziehen, die sich in eine Transformationsstrategie einordnen. Dazu gehört eine Politik für ein Mitte-Unten-Bündnis, das in globalen Menschheitsfragen bis zu einem – wenn auch widerspruchsvollen – gemeinsamen Handeln mit Teilen der Machteliten reichen kann.

9. DIE ZWEITE GROSSE TRANSFORMATION – IMPLIKATIONEN FÜR KONKRETE POLITIK

Transformationstheoretische Überlegungen haben nicht allein programmatische Bedeutung. Sie sind allerdings in der Regel nicht einmal in der Programmatik linker Parteien verarbeitet. Zu den Ausnahmen gehören programmatische Ansätze der Europäischen Linkspartei. Das Transformationskonzept hat aber über linke Programmatik hinaus auch Bedeutung für strategisches und praktisch-politisches Handeln. Beispiele dafür sind:

- Implikationen für die Positionierung der Linken in den Auseinandersetzungen um CO₂-Emissionszertifikate in der Klimapolitik und z. B. um das Wüstenstromprojekt «Desertec»,
- linke Strukturpolitik im Umgang mit Elektroautos,
- linke Schlussfolgerungen für die Stabilisierung des Finanzsystems.

Das ist kurz darzustellen

Beispiel Emissionszertifikate

CO₂-Emissionszertifikate: In den Auseinandersetzungen um CO₂-Emissionszertifikate wird der Unterschied zwischen Reformierung des Kapitalismus und Reformen als Element transformatorischer Prozesse sehr deutlich sichtbar. Den für Umweltfragen sensibilisierten Teilen der Machteliten gilt die Einführung des Emissionshandels mit CO₂-Zertifikaten als marktconformer Hauptweg zur Minderung der Kohlendioxidbelastung und des Anstiegs der Erderwärmung, weil auf solche Weise Energiepreiserhöhungen und durch sie eine Senkung des Ausstoßes von Treibhausgasen ausgelöst würden. Linke Kritiker weisen den Einsatz dieses Instrument zurück, weil mit künstlich konstruierten Rechten zur Verschmutzung der Umwelt gerade jener Marktmechanismus noch ausgeweitet wird, der doch in das Umweltdesaster hineingeführt hat (Altvater/Brunnengräber, 2008: 10 ff.). Ihre berechtigte Kritik würde allerdings nicht mehr zutreffen, wenn es gelänge, den Zertifikatehandel in ein Instrument eines sozialökologischen Transformationsprozesses zu verwandeln. Das würde bedeuten, im Rahmen des «cap and trade» – des Kappens der erlaubten Emissionsmengen durch Emissions-senkungsziele einerseits und des Handels mit den Zertifikaten andererseits – harten Zielen verbindlicher Reduzierung der Emissionen durch internationale Verträge und nationale

Regelungen absoluten Vorrang zuzumessen. Die primäre Zuteilung der Emissionsrechte müsste von dem Prinzip des Rechts für jede Erdbewohnerin und jeden Erdbewohner auf gleichen Umweltraum ausgehen. Dies würde die reichen Länder zum Zukauf von Rechten aus den Entwicklungsländern zwingen und diesen erhebliche Mittel für Investitionen in den Klimaschutz verschaffen. Ferner muss die Zuteilung von Emissionsrechten durch Versteigerung statt kostenlos wie bisher in der Europäischen Union erfolgen. Zudem müssten finanzielle Kompensationen der zu erwartenden Preissteigerungen für sozial schwächere Teile der Bevölkerung garantiert werden. Unter solchen Bedingungen könnten auch marktliche Instrumente eines Green New Deal in der Kombination mit ordnungspolitischen, nicht marktförmigen Instrumentarien und der aktiven Begünstigung erneuerbarer Energien in den Dienst sozialökologischer Transformation gestellt werden. Mehr allerdings als auf die Ausnutzung von Marktelementen kommt es in einer alternativen Klimapolitik auf die politische Begrenzung des Angebots von fossilen Energieträgern und auf ihr Belassen im Boden an, auf Umweltgebote und -verbote und auf die Förderung einer dezentralen Energiewirtschaft, auf Energie sparende Lebensweisen und auf eine gesellschaftliche Kontrolle oder Vergesellschaftung von Unternehmen, wenn deren Profitinteressen eine nachhaltige Klimapolitik blockieren.

Da globale Einigungen über Bedingungen einer tatsächlich klimastabilisierenden Nutzung von CO₂-Zertifikaten nicht absehbar sind, sollte für näher gelegene Schritte gekämpft werden. Hermann Scheer schlägt als sinnvolle Maßnahmen zum Beispiel vor: Finanzierung eines neuen Fonds für die Förderung von Umwelttechnologien in Entwicklungsländern aus einer globalen Flugtreibstoffsteuer; zinsfreie Kredite für umweltfreundliche Energieinvestitionen in Entwicklungsländern; wirksamer und zügiger Ausbau der jüngst gegründeten Internationalen Agentur für erneuerbare Energien.

Politik im Rahmen eines Transformationsprojekts erfordert allerdings, nicht nur soziale und ökologische Teilreformen im Rahmen des Kapitalismus auszuschöpfen und sie für weitergehende Veränderungen zu öffnen, sondern auch, Widerstand gegen solche Projekte zu leisten, die die Weichen in eine falsche Richtung stellen und eine nachhaltige Zukunft verbauen. Das zeigt sich exemplarisch an dem Projekt Desertec und an einseitigen Hoffnungen auf Elektroautos als umweltpolitische Lösung für den Individualverkehr.

Beispiel Desertec

Wüstenprojekt Desertec: Am 13. Juli 2009 wurde die Desertec Industrial Initiative aus der Taufe gehoben. Ein Konsortium von zunächst 20 deutschen und internationalen Konzernen schickt sich an, in den Wüsten (deserts) Nordafrikas Solarkraftwerke mit einem – voraussehbar viel zu niedrig kalkulierten – Investitionsaufwand von rund 400 Milliarden Euro zu bauen, um neben Stromlieferungen in Afrika rund 15 Prozent des europäischen Strombedarfs zu decken. Mit von der Partie sind u. a. die Deutsche Bank, die Investoren zur Finanzierung aufzutreiben und zusammenführen soll, die Münchener Rück, RWE und E.on, Siemens und Schott Solar, MAN Solar Millennium, der Schweizer Technologiekonzern ABB, das spanische Unternehmen Abengoa Solar und der größte Privatkonzern Algeriens, die Cevital-Gruppe. Das Projekt wurde in den Medien emphatisch als

«die größte private Ökostrom-Initiative aller Zeiten» (Süddeutsche Zeitung, 19.6.2009) begrüßt. Greenpeace befürwortet das Projekt ebenso wie die Bundeskanzlerin und Sigmar Gabriel.

Gerhard Knies, Aufsichtsratschef der Desertec-Stiftung, erklärte: «Ich möchte der Industrie meinen Glückwunsch aussprechen, dass die Rettung der Welt die größte ethische Aufgabe und zugleich das größte Geschäft der Zukunft sein dürfte.» (Süddeutsche Zeitung, 13.7.2009)

Doch solcher Typ von Projekten ist gerade kein Anknüpfungspunkt der Linken in Unternehmensstrategien und Politik der Herrschenden. Desertec bedeutet Konstituierung eines extremen privaten Machtmonopols auf einem zukunftsentscheidenden Feld. Desertec steht für jene Konturen eines grünen Kapitalismus, die in eine falsche Richtung weisen. Die Energieversorgung in Nordafrika wird monopolisiert, statt Entwicklungspolitik durch dezentrale Energieversorgung zu stärken. Diese Machtkonzentration wird die Monopolpreispolitik im Energiesektor internationalisieren und zementieren. Die Potenziale erneuerbarer Energien für Dezentralisierung und Kommunalisierung, für Arbeitsplätze vor Ort, für einen demokratischen Einfluss von Bürgerinnen und Bürgern auf ihre Energieversorgung und lokale Wirtschaftskreisläufe werden verspielt. Zudem wird das Projekt nach Schätzungen kritischer Energieexperten teurer werden als ein dezentraler Mix verschiedener erneuerbarer Energien. Hermann Scheer, Präsident von Eurosolar und alternativer Nobelpreisträger, erwartet, dass bis zum Zeitpunkt der Lieferfähigkeit von Desertec – frühestens 2020 – die dezentrale Solar- und Windstromerzeugung in Deutschland preisgünstiger als das Desertec-Angebot sein wird (www.sonnenseite.com). Er schrieb: «Die Konzerne verfolgen das Ziel, die Strukturen der heutigen Energieversorgung in das Zeitalter der erneuerbaren Energien zu verlängern. Desertec bedeutet Strom von einem einzelnen Konsortium, das Produktionsanlagen wie Transportleitungen kontrolliert.» (manager-magazin.de, 13.7.2009) – zu einem Zeitpunkt, zu dem sogar die EU-Kommission dabei ist, Energiekonzerne zur Trennung von ihren Netzen zu veranlassen.

Desertec ist ein herausragendes Beispiel dafür, dass die Enge des klima- und energiepolitischen Zeitfensters dazu herausfordert, strategische Strukturentscheidungen *jetzt* und nicht irgendwann von der Fortschreibung der alten destruktiven Strukturen abzukoppeln. Genau das Gegenteil erfolgt jedoch mit dem gefeierten Wüstenstrom-Projekt.

Elektroauto

Projekt Elektroauto: Ein zweites Beispiel für die Verknüpfung umweltfreundlicher technologischer Fortschritte mit der Reproduktion untauglicher Strukturen im grünen Gewand kündigt sich im Marketing-Feldzug für Elektroautos an. Ganz abgesehen davon, dass sie keine Umweltlösung wären, wenn ihr Stromverbrauch aus Kohle und Öl gedeckt würde, ändern sie nur wenig an der gegenwärtigen Mobilitätsstruktur. Eine Konzentration auf sie lenkt vom Ausbau des öffentlichen Verkehrs, von einer Verringerung des gesamten Verkehrsvolumens und von seiner Verlagerung auf die Schiene ab. Ihr Einsatz als bloße Ersetzung von Benzinfahrzeugen tastet die

gegenwärtigen Stadtstrukturen nicht an, nicht die Vernutzung des öffentlichen Raumes als Fließ- und Stau- und bezahlten Parkräume des allgegenwärtigen Autos, nicht das zeitverschlingende Auseinanderfallen von Wohnen, Arbeit und Kultur und nicht die Zersiedelung der Landschaft, nicht die Ausmerzungen der Läden nebenan durch Supermärkte in städtischen Randgebieten. Ein individualistischer Mobilitäts- und Lebensstil wird festgeschrieben, Verkehrsstaus bleiben uns erhalten. Prestigekonsum lässt sich auch elektrisch zelebrieren. Die Fortschritte, die Elektromobile bei gemäßigter individueller Nutzung, beim Einsatz als Taxis, Leihautos und in Carsharing-Flotten als Teil eines ökologischen Gesamtkonzepts moderner Mobilität bieten, sollten von der Linken angenommen werden. Aber ihr Missbrauch zur Verlängerung individuell-konsumistischer Lebensweisen und Gesellschaftsstrukturen ist keine akzeptable Perspektive.

«Es ist ein hegemonialer Block von neoliberaler Politik, Traumfabriken, Großkonzernen, Gewerkschaften und abhängig Beschäftigten sowie der breiten Masse der Beschäftigten entstanden, für die das Wir-Sind-Auto alternativlos zu sein scheint – materiell wie geistig, rational wie emotional, wirtschaftlich wie politisch.» (Brie, 2009: 169)

Die Herausforderung besteht wiederum darin, dass *jetzt* innerhalb eines engen Zeitfensters wenigstens die Weichen für einen die Umwelt bewahrenden Mobilitätstyp als Teil einer nicht-konsumistischen Gesellschaft gestellt werden müssen. Ein erholsamer, angenehmer und künftig entgeltfreier öffentlicher Personenverkehr, dessen Anschlusspunkte in wenigen Minuten vom Ausgangspunkt erreichbar sind, Verkürzung der Arbeitszeit auch als Ausgleich von teilweise größerem Zeitaufwand für Mobilität, Übergang zu Stadtstrukturen kurzer Wege, attraktive Naherholungsmöglichkeiten, Selbstbestätigungsmöglichkeiten in Bildung, Kultur und Sport statt durch PS-starke Limousinen, ästhetisch gestaltete öffentliche Räume anstelle von Autoströmen könnten diesen Weg markieren. In solchem Rahmen hat auch das Elektroauto seinen gewichtigen Platz.

Das Machbare darf eben nicht die Wege in die Zukunft versperren, sondern ist vom Standpunkt linker Politik in einen größeren transformatorischen Prozess einzufügen. Das kann auch an linken Forderungen zur Erneuerung des Finanzsystems verdeutlicht werden.

Beispiel Bankensanierung

Erneuerung des Finanzsystems: Die Linke hat eine Vielzahl konkreter Vorschläge zur Überwindung der Dominanz der Finanzmärkte in Wirtschaft und Gesellschaft, zur weitgehenden Beschränkung des Bankensystems auf das Einlagengeschäft, auf die stabile Versorgung der Wirtschaft mit Krediten und zur demokratischen Kontrolle der Finanzmärkte vorgelegt (z. B. Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, 2009; Wahl: 2009). Ein Teil der Forderungen aus dem linken Spektrum zielt auf nächste notwendige Schritte, etwa auf die Beseitigung besonders destabilisierender Praktiken und Instrumente. Dazu gehören beispielsweise Forderungen nach dem Verbot von Kreditverbriefungen, von Credit Default Swaps, von außerbörslichen Termingeschäften und Leerverkäufen. Dazu gehören Vorstöße zur Rücknahme der Zulassung von Hedgefonds in Deutschland, zum Verbot von Geschäften deutscher Banken

mit ausländischen Hedgefonds und zur Abschaffung falscher Anreize bei Managervergütungen. Andere Forderungen zielen stärker auf eine mittelfristige Reform des Finanzsystems, etwa auf die Zurückdrängung und strenge Kontrolle des Investmentbankings, verschärfte Vorschriften für kapitalgedeckte Altersvorsorgemodelle, die im Interesse der Versicherten von spekulativen Geschäften abgehalten werden sollen, auf strenge öffentliche Aufsicht über private Ratingagenturen und den Aufbau öffentlicher Ratinginstitute und auf die Einführung von Transaktionssteuern auf Wertpapier- und Devisengeschäfte mit dem Ziel der Entschleunigung der Finanzmärkte und der Einschränkung von Spekulation (Bundestags-Drucksache 16/7191/DIE LINKE).

Im Rahmen eines Transformationsprozesses denkend wären die gegenwärtigen Schritte zur Stabilisierung des Finanzsystems nach den Vorstellungen der LINKEN jedoch als Einstiegsprojekte für die Umwandlung des von kurzfristiger Profitdominanz beherrschten privatmonopolistischen Finanzsystems in ein öffentliches Finanzsystem anzulegen, das emanzipatorischen Zielen und dem sozialökologischen Umbau der Gesellschaft verpflichtet ist. Das äußert sich in dem am 29. Januar 2009 von der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag vorgelegten Antrag «Großbanken vergesellschaften» (Drucksache 16/11747; Arenz, 2009).

Beispielsweise sollten Staatsbeteiligungen an Banken nicht als stille Beteiligung gestaltet werden, sondern an die Voraussetzung von verbindlichem öffentlichem Einfluss nicht auf die Tagesgeschäfte, wohl aber auf die Richtung der Unternehmenspolitik gebunden werden. Staatsbeteiligungen an systemisch wichtigen Finanzinstitutionen sollen nicht nur auf möglichst kurze Zeit gehalten und dann wieder aufgelöst werden, sondern als Einstieg in wachsenden öffentlich-demokratischen Einfluss auf den Umbau des Finanzsystems genutzt werden. Verstaatlichungen würden also in einen Vergesellschaftungsprozess münden: öffentliches Bankeneigentum und öffentlicher Einfluss auf die Verfügung über das Eigentum von Privatbanken, öffentliche Kontrolle, Gebote, Verbote und politische Richtungsentscheidungen sollten so kombiniert werden, dass eine Transformation des am shareholder value orientierten hochspekulativen Finanzsystems zu einem Bankensystem mit der primären Aufgabe der Kreditierung von Produktionsunternehmen und vor allem von Projekten des sozialökologischen Umbaus eingeleitet wird.

Ein linkes Transformationsprojekt ist zugleich sozial und ökologisch angelegt. So wollen linke Akteure, Gewerkschaften und soziale Bewegungen, verhindern, dass die Hauptlasten der Finanzkrise und anderer Krisen auf die Lohnabhängigen und sozial schwachen Gruppen abgewälzt werden. Darauf zielen Forderungen wie die der LINKEN nach einer zeitlich befristeten Millionärsabgabe: fünf Prozent vom Privatvermögen ab einer Million Euro. In die gleiche Richtung weist der Vorschlag, Managerinnen und Managern privater Finanzinstitute eine zeitlich befristete Sonderabgabe aufzuerlegen: 80 Prozent Einkommenssteuer ab einem Jahreseinkommen von über 600.000 Euro. Damit können dem Staatshaushalt Einnahmen gesichert werden, die der Versuchung entgegenwirken sollen, den eskalierenden Staatsschulden durch den weiteren Abbau von Sozialausgaben beizukommen. Die IG Metall hat einen mit mindestens 100 Milliarden Euro ausgestatteten öffentlichen Beteiligungsfonds vorgeschlagen, mit dem sich der Staat an existenzgefährdeten Unternehmen mit dem Ziel beteiligen

kann, Arbeitsplätze wenn notwendig durch ökologisch orientierte Konversion zu sichern. Dieser Fonds soll durch eine Zwangsanleihe in Höhe von zwei Prozent auf private Geldvermögen oberhalb von 750.000 Euro finanziert werden.

Aber zugleich ist ein bestimmender öffentlicher Einfluss auf das zu erneuernde Finanzsystem vor allem deshalb dringlich, weil dafür gesorgt werden muss, dass die in das Bankensystem hineingepumpten Steuergelder für eine sozialökologisch sinnvolle Wirtschaftsentwicklung eingesetzt werden, statt erneut in spekulative Finanzinvestitionen zu gehen oder in die Inflation zu führen.

Ein Zwischenfazit: Transformationstheoretische Überlegungen sind keine abstrakte Angelegenheit für abgehobene Programmdebatten, sondern haben orientierende Bedeutung für Strategien und konkrete Politik.

Transformationsprojekte

Ein emanzipatorischer Transformationsprozess muss die Gestalt großer entscheidender Projekte annehmen, die solchem Prozess Profil verleihen.

Welche konkreten Problemlagen, Interessen, Konflikte und Auseinandersetzungen in verschiedenen Ländern und Regionen zu welchen Zeitpunkten in den Vordergrund treten und zum Ausgangspunkt weiter reichender Veränderungsprozesse werden können, ist kaum vorauszusagen.

Gleichwohl verweisen die Praxen demokratischer Akteure, öffentliche Diskurse und konzeptionelle Überlegungen auf mögliche Einstiegsprojekte in größere Prozesse transformatorischen Wandels. Solche Einstiegsprojekte versprechen Erfolg, wenn sie einige wichtige Eigenschaften aufweisen: Sie können die Verhältnisse zum Tanzen bringen, wenn sie ungelöste Widersprüche und Probleme zum Ausdruck bringen, die die Interessen wichtiger sozialer Gruppen und Akteure stark betreffen. Sie können sich als Beginn wesentlicher Veränderungsprozesse erweisen, wenn sie für diese Kräfte in absehbaren Zeiträumen positive Veränderungen versprechen, wenn sie also machbar sind und deshalb mobilisierend wirken. Eine transformatorische Wirkung können Sie dann entfalten, wenn ihre Realisierung an weitere emanzipatorische Schritte heranführt.

Transformationsprojekte und Einstiegsprojekte

Folgende Transformationsprojekte und Einstiegsprojekte könnten aus der Sicht linker Akteure für Deutschland und andere europäische Länder den Herausforderungen am Beginn des 21. Jahrhunderts entsprechen. Für sie gilt es, in überzeugender Weise Sachkompetenz zu entwickeln und durch Bündnisse Machtpotenziale für ihre Verwirklichung zu schaffen.

PROJEKT: SOZIALÖKOLOGISCHER UMBAU Einstiegsprojekte:

- Stärkung des öffentlichen Personennahverkehrs zu niedrigen Tarifen und in absehbarer Zeit unentgeltlich
- Konzentration kommunaler Energieunternehmen auf regenerierbare Energieträger und Energieeffizienz
- Öffentliche Zukunftsinvestitionsprogramme als Säule strategischer staatlicher Strukturpolitik

PROJEKT: ERNEUERUNG DER SOZIALEN SICHERUNGSSYSTEME AUF DER GRUNDLAGE SOLIDARISCHER FINANZIERUNG UND GESCHLECHTERGERECHTIGKEIT

Einstiegsprojekte:

- Einführung einer armutsfesten, bedarfsorientierten, repressionsfreien Grundsicherung für alle, die ein menschenwürdiges Leben nicht durch eigene Arbeit sichern können
- Ausbau öffentlicher Daseinsvorsorge durch einen solidarischen Sektor der Bildung, Gesundheitsvorsorge, der sozialen Dienste und Pflege und des Naturschutzes

PROJEKT: SINNVOLLE EXISTENZSICHERNDE ARBEIT FÜR ALLE ARBEIT SUCHENDEN

Einstiegsprojekte:

- gesetzliche Mindestlöhne
- erhebliche und flexible Arbeitszeitverkürzung bei Lohnausgleich für untere und mittlere Einkommensgruppen
- Ausbau öffentlicher und öffentlich geförderter Beschäftigung

PROJEKT: HOCHWERTIGE BILDUNG FÜR ALLE UNABHÄNGIG VOM SOZIALEN STATUS

Einstiegsprojekte:

- Recht auf kostenlose Kita-Betreuung für jedes Kind
- Gemeinsame Schulbildung bis zur 10. Klasse

PROJEKT: ERNEUERUNG DER DEMOKRATIE IN GESELLSCHAFT UND WIRTSCHAFT

Einstiegsprojekte:

- Partizipative Bürgerhaushalte als wichtiger Zugang zu Demokratisierung und Transparenz der Haushaltspolitik
- Re-Reform des öffentlichen Dienstes und seine Demokratisierung gegen seine Verbetriebswirtschaftung
- Wirtschaftsdemokratie: Beteiligung von abhängig Beschäftigten und Gewerkschaften an wesentlichen Unternehmensentscheidungen, Stärkung des Einflusses zivilgesellschaftlicher Institutionen auf die Wirtschaft

PROJEKT: FRIEDENS- UND SICHERHEITSPOLITIK IN EUROPA FÜR EINE SOLIDARISCHE WELT-ORDNUNG

Einstiegsprojekte:

- Abzug der Bundeswehr aus Kampfeinsätzen im Ausland
- Druck auf die Bundesregierung für den Abzug aller Atomwaffen von deutschem Boden und für ihre volle Unterstützung aller Schritte zu einer atomwaffenfreien Welt
- Druck auf die Europapolitik für ein neues kollektives Sicherheitssystem und für starke finanzielle und technische Unterstützung einer Anpassung der Entwicklungsländer an den Klimawandel und zu dessen Begrenzung – ohne Verzögerung und zusätzlich zur Entwicklungshilfe in Höhe von 0,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts.

10. DIE ZWEITE GROSSE TRANSFORMATION – POLITISCHE KULTUR DER LINKEN

Ein emanzipatorischer Transformationsprozess, der von einer Erneuerung der Demokratie getragen wird, schließt notwendig auch eine Erneuerung der politischen Kultur der Linken ein. Schon die Überschreitung der antagonistischen Entge-

gensetzung von Reform und Revolution im Diskurs der Linken erfordert, die tief verwurzelte Unkultur wechselseitiger Beschuldigung, Diffamierung und Ausgrenzung von Grund auf zu überwinden.

Ein transformatorischer Such- und Lernprozess ist völlig unverträglich mit Restvorstellungen in der Linken davon, sich im Besitz eines Wahrheitsmonopols über künftige Wege und Gestalten der Gesellschaft zu wähnen. Stattdessen bedarf sie einer Kultur des Argumentierens, des Anhörens und Prüfens von Argumenten und Gegenargumenten, der Toleranz und des Lernens auch von Andersdenkenden.

«Wenn man nun einen Tag des Anhörens fremder Argumente einführte?» (Karol Irzykowski, 1975: 18)

In der parteiförmigen Linken mit staatssozialistischer Geschichte erforderte dies einen vollständigen Bruch mit stalinistischen Strukturen, wie ihn die damalige SED/PDS auf ihrem Gründungsparteitag 1989 vollzogen hat. Die zentralistische Struktur des Staatssozialismus, die Enge des marxistisch-leninistischen Denkgebäudes und die Heiligung der Parteilinie erstickten jede politische Kultur. «Wir sagten, dass es besser sei, sich mit der Partei zu irren, als außerhalb von ihr und gegen sie recht zu haben.» (Semprun, 1981: 82) Das Ende des Staatssozialismus war deshalb nicht zuletzt eine Befreiung der Kultur in weitem Sinne und insbesondere der politischen Kultur.

«Wir müssen viel mehr bestrebt sein, die Kritik nie in Beleidigung ausarten zu lassen, wir müssen als möglich annehmen, dass unsere Gegner recht haben.» (Albert Carmus, 1997: 33)

Die Befreiung aus dogmatischen Denkgehäusen und eine offene politische Kultur bleiben jedoch eine ständige Aufgabe. Sie betrifft die gesamte Linke und keineswegs nur ihre Teile mit kommunistischer und staatssozialistischer Herkunft. Eine offene, kommunikative und kooperative politische Kultur ist auch ein Erfordernis der Verständigung zwischen den sehr verschiedenen politischen Milieus, die einen emanzipatorischen Transformationsprozess tragen könnten.

«Wir stehen vor weit voneinander entfernten kulturellen, symbolischen, sprachlichen Welten, ohne dass wir über einen Übersetzungsmodus verfügen. Während einerseits von Klassenkampf, Kräfteverhältnissen, Gesellschaft, Staat, Reform und Revolution gesprochen wird, ist andererseits von Liebe, Würde, Solidarität, Gemeinschaft, Rebellion oder Gefühl die Rede, von der Transformation von Subjektivität, von «einer Welt, in der viele Welten Platz haben».» (de Sousa Santos, 2010: 128)

Diese Milieus sind nicht zuletzt durch den besonderen kulturellen Habitus unterschieden, der den ihnen Zugehörigen eigen ist. Es bedarf wiederum der Toleranz, erheblicher Empathie, einfühlsamer Sprache und des Lernens von den Andersartigen, um das Gemeinsame im Verschiedenen politisch produktiv zu machen. Erst recht gilt dies für den politischen Balanceakt, *gegen* die Herrschenden *mit* den weitsichtigeren und flexibleren Teilen der Machteliten Schritte zu gehen, die einer Klimakatastrophe entgegenwirken, eine

atomwaffenfreie Welt greifbarer machen und die Armut mildern. Der Philosoph Peter Sloterdijk legt in seinem Buch «Zorn der Zeit» als Grundgestus, der die Entwicklung vorantreibt, eine Sprache des Zorns nahe. Ohne Zweifel ist eine solche Sprache zur Anklage gegen menschenfeindliche Haltungen und Handlungsweisen angemessen. Zu bezweifeln ist aber, dass eine pure Sprache des Zorns ohne alle Differenzierung eine Sprache linker politischer Kultur sein kann. Mit ihr ist jene Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger kaum erreichbar, die in Individualisierungsprozessen, Vielfalt der Lebensstile, internationaler Arbeitsteilung und Begegnung der Kulturen, Fortschritten der Geschlechteremanzipation, Eigenverantwortung und ähnlichen Prozessen Chancen für eigene Lebensentwürfe sieht. Erst recht wird eine ausschließlich aggressive Sprache keine Brücken zu jenen schlagen, die in der Sphäre der Macht bereit sind, gegen manche eigenen kurzfristigen Interessen in Überlebensfragen der Menschheit der Vernunft den Vorrang zu geben.

Kurz, eine künftige emanzipatorische Transformation der Gesellschaft bedarf einer neuen politischen Kultur der Linken. Es sind die Menschen, die die Gesellschaft verändern können, wenn ihre konkreten Interessen, ihre Emotionen und ihr Verstand zu einem Strom des Umbruchs zusammenfinden. Auch wenn es dazu kollektiver Akteure bedarf, schließt dies doch die innere Entscheidung von Millionen Individuen ein, die Erneuerung der Gesellschaft in die eigenen Hände zu nehmen. Erich Fromm schrieb in seinem Werk «Haben und Sein» sogar, die Vorbedingung einer besseren Welt sei, dass sich «die heute vorherrschende Charakterstruktur des Menschen grundlegend wandelt.» (Fromm, 1976: 20). Rudolf Bahro formulierte knapp, dass es «nur so viel Umkehr geben wird, wie Individuen umkehren» (Bahro, 1989: 464). Talcott Parsons betrachtete einschneidenden gesellschaftlichen Wandel als das Resultat fundamentalen Wertewandels in der kulturellen Sphäre der Gesellschaft und der Verinnerlichung dieses kulturellen Wertewandels durch die Individuen (Parsons, 1969). Nach Günter Anders' Überlegung müssen die kulturellen Veränderungen dazu führen, dass sich ein politisch relevanter Teil der handelnden Menschen unvergleichlich viel mehr Gefühls- und Mitgefühlstiefe aneignet. Nur so könnten sie die «prometheische Lücke» zwischen ihrer an die kühne Tatkraft des Prometheus gemahnenden Veränderungsmacht und der Begrenztheit menschlicher Verantwortungsfähigkeit für die Folgen ihres Handelns schließen (Anders, 1985: 266). Douglass North hat argumentiert, die ungeheure Unterschiedlichkeit in den Wandlungsprozessen von Gesellschaften mache deutlich, dass die kulturelle Komponente zusammen mit der Veränderung von Institutionen auch für den Wandel von Ökonomie und Politik im Laufe der Zeiten zentral sei (North, 2005: IX).

Immer ist in den zitierten Überlegungen die Rede von einschneidenden Veränderungen in der soziokulturellen Grundsituation von Gesellschaften und Individuen unter dem Druck von extremen Spannungen und Gefahren. In solchem Fall kann für einen historischen Moment die kulturell-geistige Verfasstheit der Gesellschaft entscheidend für große transformativische Fortschritte werden. Dem Historiker und Revolutionsforscher Manfred Kossok gilt «der Umbruch im philosophischen Denken (als Kernstück der allgemeinen Kulturrevolution) als eine von drei entscheidenden Ebenen revolutionärer Umwälzungen (Kossok, 1988: 44).

Die notwendige Erneuerung der politischen Kultur der Linken, die Linkspartei eingeschlossen, ist nur ein Teil solcher allgemeinen Kulturrevolution. Die schnelle Entfaltung einer eigenen solidarischen politischen Kultur wird DIE LINKE in den kommenden geistig-politischen Kämpfen um die Wege nach der Krise durch das Miteinander über Meinungsverschiedenheiten hinweg, durch die erhöhte Glaubwürdigkeit und moralische Anziehungskraft einer solchen Kultur stärken. In dem unumgehbaren künftigen Wandel der Lebensweisen wird überdies dem kulturellen Niveau der zwischenmenschlichen Beziehungen eine erstrangige Bedeutung zukommen. Allerdings existiert auch eine linke Kultur nicht außerhalb der Einflüsse der kapitalistischen Konkurrenzgesellschaft, so dass der Wandel der Kultur der Linken zu einem Teil ihres Projekts einer gerechten Gesellschaft der Freiheit, sozialen Gleichheit und Solidarität für jede und jeden wird.

LITERATURVERZEICHNIS

AGLIETTA, MICHEL: *A Theory of Capitalist Regulation. The US-Experience*. London, 1979

ALTVATER, ELMAR: *Die kapitalistischen Plagen. Energiekrise und Klimakollaps, Hunger und Finanzchaos*. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik*. 3, 2009

ALTVATER, ELMAR/BRUNNENGRÄBER, ACHIM (Hrsg.): *Ablasshandel gegen Klimawandel? Marktbasierende Instrumente in der globalen Klimapolitik und ihre Alternativen*. Hamburg, 2008

ANDERS, GÜNTER: *Die Antiquiertheit des Menschen, Bd. 1. Über die Seele im Zeitalter der zweiten industriellen Revolution*. München, 1985

ARBEITSGRUPPE ALTERNATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK: *Memorandum 2009. Von der Krise in den Absturz? Stabilisierung, Umbau, Demokratisierung*. Köln, 2009

BAAR, LOTHAR, u. a.: *Wirtschaftsgeschichte. Leitfaden*. Berlin, 1980

BAHR, EGON (Hrsg.): *Weltgesellschaft. Ein Projekt von links!*. Berlin, 2008

BAHRO, RUDOLF: *Logik der Rettung. Wer kann die Apokalypse aufhalten? Ein Versuch über die Grundlagen ökologischer Politik*. Stuttgart/Wien, 1989

BECK, ULRICH/ZIEGLER, ULF ERDMANN: *eigenes leben. Ausflüge in die unbekannte Gesellschaft, in der wir leben*. München, 1997

BELLEBAUM, ALFRED/SCHAAFF, HERBERT/ZINN, KARL-GEORG (Hrsg.): *Ökonomie und Glück. Beiträge zu einer Wirtschaftslehre des guten Lebens*. Opladen/Wiesbaden, 1999

BENJAMIN, WALTER: *Allegorien kultureller Erfahrung. Ausgewählte Schriften 1920–1994*. Leipzig, 1984

BINSWANGER, HANS CHRISTOPH: *Die Wachstumsspirale. Geld, Energie und Imagination in der Dynamik des Marktprozesses*. Marburg, 2006

BISCHOFF, JOACHIM/HUFFSCHMID, JÖRG/NICK, HARRY/REUTER, NORBERT/STEINITZ, KLAUS/ZINN, KARL GEORG: *In der Stagnationsfalle. Perspektiven kapitalistischer Entwicklung*. Hamburg, 2006

- BOLLENBECK, GEORG: *Für eine unbescheidene Linke*. In: LuXemburg 1, 2010
- BOYER, ROBERT: *La Theorie de la Regulation. Une analyse critique*. Paris, 1986
- BRAND, ULRICH: *Staatseuphorie ohne Strategie. Zur Lage der Linken im Postneoliberalismus*. In: Blätter für deutsche und internationale Politik. 4, 2009
- BRIE, MICHAEL: *Der Kampf um gesellschaftliche Mehrheiten*. In: Brie, Michael/Hildebrandt, Cornelia/Meuche-Mäker, Meinhard (Hrsg.): *DIE LINKE. Wohin verändert sie die Republik*. Berlin, 2007
- BRIE, MICHAEL: *Sind wir Auto?* In: LuXemburg. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis, 1: In der Krise., 2009
- BRIE, MICHAEL/KLEIN, DIETER: *Nachwort: Über ein Institut*. In: Brie, Michael/Klein, Dieter (Hrsg.): *Zwischen den Zeiten. Ein Jahrhundert verabschiedet sich*. Berlin, 1992
- BROWN, LESTER R.: *Plan B 3.0. Mobilizing to save civilization*. New York/London, 2008
- BURKETT, PAUL: *Marxism and Ecological Economics*, Leiden. 2006
- CAMUS, ALBERT: *Verteidigung der Freiheit. Politische Essays*. Reinbek b. Hamburg, 1997
- CANDEIAS, MARIO: *Neoliberalismus – Hochtechnologie – Hegemonie. Grundrisse einer transnationalen kapitalistischen Produktions- und Lebensweise. Eine Kritik*. Berlin. 2009
- CARLSON, LEWIS/UNGER, FRANK: *Amerika. Der gesplattene Traum*. Berlin, 1992
- CECEÑA, ANA ESTHER: *Gesellschaftliche Gabelungen*. In: LuXemburg. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis. 1: In der Krise., 2009
- CHRENKO, HELMA/WAHL, ACHIM: *Die Europäische Union und die lateinamerikanische Linke*. Papers der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin, 2009
- DELLHEIM, JUDITH: *Baustein Transformation*. Unveröffentlichtes Manuskript. Berlin, 2009
- DE SOUSA SANTOS, BOAVENTURA: *Entpolarisierte Polaritäten*. In: LuXemburg 1, 2010, Die Linke, PDS, 2003: Programm, Berlin
- ENGELS, FRIEDRICH: *Einleitung zu Marx' «Klassenkämpfe in Frankreich»*. In: MEW. Bd. 22. Berlin, 1963
- FALKINGER, JOSEPH: *Sättigung. Moralische und psychologische Grenzen des Wachstums*. Tübingen 1986
- FETZER, HUBERT: *Produktivkraftrevolution im Kapitalismus und die Linken*. In: Sozialismus, Heft 2, 2010
- FROMM, ERICH: *Haben und Sein. Die seelischen Grundlagen einer neuen Gesellschaft*. München, 1976
- GLOBAL SCENARIO GROUP/STOCKHOLM ENVIRONMENT INSTITUTE – BOSTON: *Great Transition. Umbrüche und Übergänge auf dem Weg zu einer planetarischen Gesellschaft*. Frankfurt/Main, 2003
- GRAMSCI, ANTONIO: *Gefängnishefte*. Bd. 7. Hamburg/Berlin, 1996
- HABERMAS, JÜRGEN: *Die nachholende Revolution*, Frankfurt/Main.
- HOBBSBAWM, ERIC: *Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts*. München/Wien, 1994
- HÜBNER, KURT: *Theorie der Regulation. Eine kritische Rekonstruktion eines neuen Ansatzes der Politischen Ökonomie*. Berlin, 1989
- HUFFSCHMID, JÖRG/JUNG, HEINZ: *Reformalternative. Ein marxistisches Plädoyer*. Frankfurt/Main, 1988
- INSTITUT FÜR GESELLSCHAFTSANALYSE: *Die Krise des Finanzmarkt-Kapitalismus – Herausforderung für die Linke*. In: Rosa-Luxemburg-Stiftung (Hrsg.): *kontrovers 1, 1/2009*
- INSTITUT FÜR GESELLSCHAFTSANALYSE: *Die gesellschaftliche Linke in den gegenwärtigen Krisen*. In: Rosa-Luxemburg-Stiftung (Hrsg.): *kontrovers 2, 2/2009*
- IRZYKOWSKI, KAROL: *In: Denkspiele. polnische Aphorismen*. Berlin, 1975
- KAUFMANN, STEPHAN/MÜLLER, TADZIO: *Grüner Kapitalismus. Krise, Klimawandel und kein Ende des Wachstums*. Berlin, 2009
- KLEIN, DIETER: *Steht Deutschland wirklich im Frühlingsflor?* In: Neues Deutschland, 18.8., 1990
- KLEIN, DIETER: *Doppelte Modernisierung im Osten: Illusion oder Option der Geschichte?* In: Brie, Michael/Klein, Dieter (Hrsg.) *Umbruch zur Moderne?* Hamburg, 1991
- KLEIN, DIETER: *Demokratischer Sozialismus als transformatorisches Projekt. Ein Beitrag zur Programmdiskussion der PDS*. In: Brie, Michael/Chrapa, Michael/Klein, Dieter: *Sozialismus als Tagesaufgabe*. Berlin, 2002
- KLEIN, DIETER: *Milliardäre – Kassenleere. Rätselhafter Verbleib des anschwellenden Reichtums*. Berlin, 2006
- KLEIN, DIETER: *Grüner Kapitalismus – Irrweg oder aufzuheben in einer sozial-ökologischen Transformation*. In: Kaufmann, Stephan/Müller, Tadzio: *Grüner Kapitalismus. Krise, Klimawandel und kein Ende des Wachstums*. Berlin, 2009
- KLEIN, NAOMI: *Die Schock-Strategie. Der Aufstieg des Katastrophenkapitalismus*. Frankfurt/Main, 2007
- KOSSOK, MANFRED: *1989 – Versuch einer Positionsbestimmung*. In: *Institut für Marxistische Studien und Forschungen: Die Französische Revolution. 1789–1989. Revolutionstheorie heute*. Jahrbuch des IMSF 14, Frankfurt/Main. 1988
- LAYARD, RICHARD: *Die glückliche Gesellschaft. Was wir aus der Glücksforschung lernen können*. Frankfurt/Main; New York, 2009
- LEPENIES, WOLF: *Folgen einer unerhörten Begebenheit*. Berlin, 1992
- LIPIETZ, ALAIN: *Akkumulation, Krisen und Auswege aus der Krise. Einige methodische Überlegungen zum Begriff der «Regulation»*. In: PROKLA, Heft 58. Berlin, 1985
- MARX, KARL: *Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte*. In: MEW. Bd. 8. Berlin, 1960
- MAYER, HANS: *Bürgerliche Endzeit. Reden und Vorträge 1980 bis 2000*. Frankfurt/Main, 2000
- MERKEL, WOLFGANG: *Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung*. Opladen, 1999
- MIEGEL, MEINHARD: *Exit. Wohlstand ohne Wachstum*. Berlin, 2010

- MÜLLER-HILMER, RITA: *Gesellschaft im Reformprozess*. Berlin, 2006
- NEUGEBAUER, GERO: *Politische Milieus in Deutschland. Die Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung*. Bonn, 2007
- NICHOLSON, PAUL: *Erst kommt der politische Kampf, ... dann die politische Organisation*. In: LuXemburg 1, 2010
- NOELLE-NEUMANN, ELISABETH/KÖCHER, RENATE (Hrsg.): *Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie 2009*. Allensbach am Bodensee, 2009
- NORTH, DOUGLASS, C.: *Understanding the Process of Economic Change*. Princeton, New Jersey, 2005
- PARSONS, TALCOTT: *Das Problem des Strukturwandels: eine theoretische Skizze*. In: Zapf, Wolfgang (Hrsg.): *Theorien des sozialen Wandels*. Köln, 1969
- REISSIG, ROLF: *Gesellschafts-Transformation im 21. Jahrhundert. Ein neues Konzept sozialen Wandels*. Wiesbaden, 2009
- RIFKIN, JEREMY: *Die empathische Zivilisation. Wege zu einem globalen Bewusstsein*. Frankfurt/New York, 2010
- RILLING, RAINER: *Das Getümmel in der Herrschaft und der Gang der Krise*. ifg.rosalux.de, 2010
- ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG (Hrsg.): *Reformalternativen. Sozial, ökologisch, zivil*. Berlin, 2000
- SCHEER, HERMANN: *Solare Weltwirtschaft. Strategie für die ökologische Moderne*. München, 1999
- SCHEER, HERMANN: *Global reden, national bremsen – das heimliche Motiv der Weltklimakonferenz*. In: Le Monde Diplomatique. 12.2., 2010
- SCHUMANN, MICHAEL: *Die Herausforderung annehmen*. In: Sozialismus, Heft 3, 2010
- SEIBERT, THOMAS: *Strategisches Szenario, gewonnen im Rückblick auf italienische Ereignisse*. In: rls papers. Berlin, 2009
- SEMPRUN, JORGE: *Was für ein schöner Sonntag!* München, 1981
- SMITH, NEIL: *Zur kapitalistischen Produktion von Natur*. In: Argument 6, 2008
- STERN, NICHOLAS: *The Stern-Review: The Economics of Climate change*. Cambridge MA, 2006
- STIGLITZ, JOSEPH/BILMES, LINDA: *Die wahren Kosten des Krieges. Wirtschaftliche und politische Folgen des Irak-Konfliktes*. München, 2008
- STOCKHOLM ENVIRONMENT INSTITUTE/INSTITUT FÜR SOZIAL-ÖKOLOGISCHE FORSCHUNG: *Great Transition. Umbrüche und Übergänge auf dem Weg zu einer planetarischen Gesellschaft*. Frankfurt/Main, 2003
- VAN DER PIJL, KEES: *Die herrschende Klasse schlägt sich nicht schlecht*. In: Luxemburg. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis. 1: In der Krise, 2009
- URBAN, HANS-JÜRGEN: *Lob der Kapitalismuskritik.*, In: LuXemburg 1, 2010
- WAHL, PETER: *Entwaffnet die Märkte! Der Finanzcrash – Ursachen, Hintergründe, Alternativen*. Attac Basis Texte 32. Hamburg, 2009
- WALLERSTEIN, IMMANUEL: *Linke Politik für ein Zeitalter des Übergangs*. In: Supplement der Zeitschrift Sozialismus, 3, 2002
- WALLERSTEIN, IMMANUEL: *Krise des kapitalistischen systems – und was jetzt?* In: Sozialismus 4, 2010
- WALLIS, VICTOR: *Wider die These von der «Produktion der Natur»*. In: Argument 6, 2008
- WEBER, MAX: *Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre*. Tübingen, 1988
- WELZER, HARALD: *Klimakriege. Wofür im 21. Jahrhundert getötet wird*. Frankfurt/Main, 2008
- WIESENTHAL, HELMUT: *Nach Kopenhagen der Weltuntergang? Versuch, einen Pfad durchs Dickicht des Klimastreits zu brechen*, www.boell.de/downloads/stiftung/HelmutWiesenthal_Klimapolitik_nach_Kopenhagen.pdf, 2010
- WITT, UWE: *Kann es nachhaltiges umweltverträgliches Wachstum geben? Unveröffentlichtes Manuskript*. Bonn, 1998
- WOLF, FRIEDER OTTO: *Den Green New Deal instandbesetzen!* In: Luxemburg. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis. 1, 2009
- WUPPERTAL INSTITUT: *Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt. Eine Studie des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt, Energie*. Herausgegeben von: Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland/Brot für die Welt. Evangelischer Entwicklungsdienst. Frankfurt/Main, 2008
- ZAPF, WOLFGANG: *Die Transformation in der ehemaligen DDR und die soziologische Theorie der Modernisierung*. Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung: MPIFG Discussion Papier 92/4. München, 1992
- ZINN, KARL GEORG: *Konjunktur und Wachstum*. Hamburg, 2002
- ZINN, KARL GEORG: *Die Keynesische Alternative. Beiträge zur Keynesischen Stagnationstheorie, zur Geschichtsvergessenheit der Ökonomik und zur Frage einer linken Wirtschaftspolitik*. Hamburg, 2008

IMPRESSUM

KONTORVERS wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und erscheint unregelmäßig
 Redaktion: Marion Schütrumpf-Kunze
 Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · Tel. 030 44310-127
 Fax -122 · m.schuetrumpf@rosalux.de · www.rosalux.de